

ÖGZ



Österreichischer
Städtebund

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

7-8/2017



ERFOLG

Direktvergabe von
Öffi-Leistungen in Gefahr

WILLKOMMEN

Vier neue Städtebund-
Mitglieder

UNTERSTÜTZUNG

Frauenvolksbegehren 2.0

HIDDEN CHAMPION

Biodora

RÜCKBLICK ZELL AM SEE

67. Österreichischer Städtetag

GENERALSEKRETÄR



Städte neu denken

Die Sommerausgabe der ÖGZ zeigt traditionell eine Rückschau des Österreichischen Städtetages, der heuer zum 67. Mal stattfand und sich dem Thema der Digitalisierung widmete. Gastgebende Stadt war Zell am See, die für einen perfekten Rahmen der Veranstaltung sorgte. Als Festredner sprach Viktor Mayer-Schönberger – selbst in Zell am See aufgewachsen und derzeit Professor an der Oxford University – eindrucksvoll über Big Data und die Chancen und Risiken der Digitalisierung. Bundeskanzler Christian Kern hielt seine Rede über das Zusammenwirken von Wirtschaft und Gesellschaft, über den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Infrastrukturinvestitionen.

Drei Tage lang wurde u. a. in den Arbeitskreisen intensiv getagt und diskutiert. Das Rahmenprogramm nutzten die Gäste auch für weitere Vernetzung. Ein besonderes Highlight war das Gipfeltreffen im Alpincenter in 2.450 Metern Höhe am Kitzsteinhorn. Den Abschluss bildete schließlich die Fahnenübergabe an die Stadt Feldkirch, die zum Städtetag 2018 nach Vorarlberg einlädt.



Dr. Thomas Weninger,
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

STÄDTEBUND AKTUELL
Kurzmeldungen aus dem Städtebund 04

PERSONALIA
Personalia, Bürgermeisterwechsel, Todesanzeigen 08

KOMMUNALNEWS
Aktuelles aus den Städten 11

SCHWERPUNKTTHEMA STÄDTETAG 2017

Eröffnung Städtetag 2017 14

Städte tragen soziale Verantwortung 17

Interview
Bundespräsident Alexander Van der Bellen 18

Big Data – Aus Quantität Qualität machen 22

Resolution einstimmig beschlossen 24

Arbeitskreis 1
Innenstadtentwicklung in Zeiten von Zalando, Amazon und Co. 26

Markus Wotruba
Aktuelle Veränderungen in der Handelswelt 28

Arbeitskreis 2
Big Data – Daten veröffentlichen oder schützen? 30

Martin Weichbold
Herausforderung für Städte und Gemeinden 32

Arbeitskreis 3
Machen wir unsere Städte zukunftsfit! 34

Horst Karas
Kommunale Herausforderungen und Lösungen 36

Arbeitskreis 4
Zukunft Schule – Schule der Zukunft 40

Bundesminister Rupprechter
verleiht European Energy Awards 42

Rede von Generalsekretär Thomas Weninger
Stadt neu denken – Digitalisierung meistern 44

Rede von Bundeskanzler Christian Kern
Politik funktioniert, wenn sie das Leben der Menschen beeinflusst 47

Fahnenübergabe
Feldkirch lädt zum Städtetag 2018 49

Bildstrecke
Impressionen vom Städtetag 2017 50

MAGAZIN
Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen 52

FINANZEN
Ertragsanteilsvorschüsse für Juni und Juli 72

LITERATUR
Aktuelle Rezensionen 74

HIDDEN CHAMPION
Biodora: Plastik aus Pflanzen 75

EU-PROJEKTE
Mit LEADER die Basis für stadregionale Zusammenarbeit legen | Förderung sozialer Angelegenheiten 78

ZU GUTER LETZT
Kommende Termine und mehr 81

IMPRESSUM 83

PRÄSIDENT



Digitale Herausforderungen meistern

Digitale Anwendungen und das Sammeln von Daten greifen immer stärker in Abläufe unseres täglichen Lebens ein. Wir müssen uns an diese Gegebenheiten anpassen, sie uns zunutze machen, aber dennoch ein waches Auge auf mögliche Risiken haben. Daten werden auch von Städten und Gemeinden gesammelt und verarbeitet, dabei ist aber stets auf die Persönlichkeitsrechte der BürgerInnen zu achten. Zudem braucht es einen kritischen Umgang mit digitalen Medien. Digitale Kompetenzen sollten daher schon in der Schule vermittelt werden.

Weitere Themen des diesjährigen Städtetages waren die anstehende Schulreform, interkommunale Zusammenarbeit, Innenstadtentwicklung sowie Angebot und Finanzierung von Sport- und Freizeiteinrichtungen in den Städten und Gemeinden. Themen, die u. a. im Rahmen der FAG-Verhandlungen auch zukünftig Berücksichtigung finden müssen.



Dr. Michael Häupl,
Präsident Österreichischer Städtebund

Generalsekretär Thomas Weninger zu Direktvergabe versus Ausschreibung von ÖV-Leistungen der Städte:

„Die Wahlfreiheit muss unbedingt erhalten bleiben.“

Der Österreichische Städtebund warnte in den letzten Wochen eindringlich vor einer Neuregelung des Bundesvergaberechts, welche zu einer verpflichtenden (europaweiten) Ausschreibung der Personenverkehrsdienstleistungen in Österreich geführt hätte.

„Die verpflichtende Ausschreibung des städtischen Nahverkehrs hätte enorme Kosten und Unsicherheit für eine der wichtigsten städtischen Infrastrukturen gebracht“, ist Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, überzeugt.

Derzeit besteht eine Wahlfreiheit zwischen Direktvergabe an eigene städtische Unternehmen und einer europaweiten wettbewerblichen Ausschreibung. Diese Vorgehensweise ist auch mit dem EU-Recht vereinbar. Der Österreichische Städtebund und der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft (VÖWG) forderten deshalb gemeinsam in den letzten Tagen die verantwortlichen PolitikerInnen vehement dazu auf, diese Wahlfreiheit jedenfalls beizubehalten.

VerkehrsexpertInnen: Gleichheitsgrundsatz erlaubt keine Ausnahmen für Fernverkehr

Gegenüber Medien war zuletzt die Rede davon, dass der ÖVP-Vorstoß sich nur auf den Schienenfernverkehr bezöge. Tatsächlich liegt jedoch kein anders lautender Vorschlag vor und von der geplanten verpflichtenden Ausschreibung wäre jedenfalls auch der städtische ÖPNV betroffen. Zudem wäre eine allfällige Unterscheidung zwischen Fern- und Nahverkehr bzw. Fernverkehr und städtischen öffentlichen Verkehren laut städtischer VergaberechtsexpertInnen unzulässig. Eine solche Differenzierung sei vor dem Hintergrund des Gleichheitsgesetzes verfassungsrechtlich anfechtbar.

Auch technisch sind Schienenpersonenverkehrsdienstleistungen zwischen Fern- und Nahverkehr kaum voneinander zu unterscheiden. Selbst wenn das Verbot der Direktvergabe lediglich im Bereich des Fernverkehrs käme, wären davon sowohl die Bundesbahn als auch alle Landesbahnen/Privatbahnen und somit letztendlich auch der kommunale ÖPNV (öffentliche Personennahverkehr) betroffen.

Aufgrund der engen Verknüpfung des innerstädtischen Verkehrsangebots mit den Verkehrsbestellungen der Länder bzw. des Bundes würden sich ferner erhebliche Änderungen für die städtische Mobilität, die standortbezogene Wertschöpfung und die Arbeitsplatzsituation ergeben.

Städtebund: Wahlfreiheit bei Ausschreibungen muss bleiben!

Derzeit dürfen Städte selbst entscheiden, ob sie die Leistungen der öffentlichen Verkehrsdienste EU-weit ausschreiben und wettbewerblich vergeben oder damit ein eigenes städtisches Unternehmen beauftragen. Diese „In-House-Vergabe“ an eigene städtische Unternehmen ist vergleichbar mit der Auftragserteilung an eine Dienststelle im Magistrat und wird von allen großen österreichischen Städten praktiziert. „Die eigenen Verkehrsunternehmen der Städte sind heute dem öffentlichen Interesse verpflichtet – nicht der Gewinnmaximierung. Mit unseren städtischen Verkehrsunternehmen sind wir als Städte in der Lage, langfristige wirtschaftliche, aber vor allem auch stadt- bzw. verkehrsplanerische Ziele zu verfolgen. Und das ist gut so“, erklärt Heidrun Maier-de Kruijff, Geschäftsführerin des Verbands der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG).

schaft Österreichs (VÖWG). Wenn Öffi-Leistungen im Wettbewerb vergeben werden, dürfen Investitionen gemäß Europarecht nur 10 bis – im Ausnahmefall – 22,5 Jahre steuerlich abgeschrieben werden. Wenn die Städte Straßenbahnen oder U-Bahnen bauen und die Züge dafür anschaffen, gelten aber Abschreibungszeiträume zwischen 20 und teilweise sogar mehr als 50 Jahren. „Das geht sich für einen gewinnorientierten Anbieter nicht aus“, erklärt Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger.

Wenn Verkehrsdienstleistungen ausgeschrieben werden und nach Vertragsende der Betreiber wechselt, kommt es oft zu langfristigen Schwierigkeiten. Wer übernimmt dann die Verantwortung? „Für eine Stadt wie Graz oder Wien ist unvorstellbar, wenn ein Verkehrsträger, beispielsweise die Straßenbahn oder die U-Bahn, ausfällt, weil es Probleme beim Betreiberwechsel aufgrund einer Neuausschreibung gibt“, illustriert Weninger.

Keine Einigung vor dem Sommer

Im Ministerrat vom 7. 6. 2017 wurde gleichzeitig mit dem neuen Bundesvergabegesetz auch ein Bundesgesetz über die Vergabe von Konzessionsverträgen (Bundesvergabegesetz Konzessionen 2017) und ein Bundesgesetz über die Regelung des Rechtsschutzes für Vergaben des Bundes im öffentlichen Personenverkehr (Bundesvergaberechtsschutzgesetz Öffentlicher Personenverkehr) beschlossen. Dieses Gesamtpaket sollte noch vor dem Sommer im Parlament verabschiedet werden.

Aufgrund sehr kontrovers geführter Diskussionen zum Verbot der Direktvergabe von (öffentlichen) Personenverkehrsdienstleistungen und Konzessionen konnte im Rahmen der parlamentarischen Behandlung keine Einigung der politischen Parteien erzielt werden. Auch im Verfassungsausschuss des Nationalrats am 26. 6. 2017 wurde das Thema deshalb nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Seitens des Österreichischen Städtebundes und des VÖWG wird diese „Nachdenkpause“ begrüßt und wird man sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Wahlfreiheit zwischen Direktvergabe und Ausschreibung bei der Vergabe von öffentlichen Personenverkehrsdienstleistungen unbedingt erhalten bleibt.

© Foto: LINZ AG

Eine Steuerung für alle Gewerke.

Integrale, PC-basierte Gebäudeautomation von Beckhoff.



Microsoft Technology Center, Köln:
Die integrale Gebäudeautomatisierung wurde mit PC- und Ethernet-basierter Steuerungstechnik von Beckhoff realisiert.

www.beckhoff.at/building

Die offene, PC-basierte Steuerungstechnik von Beckhoff bildet die Grundlage einer integralen Gebäudeautomation, die alle Anforderungen an eine nachhaltige und effiziente Lösung erfüllt. Eine einheitliche Hard- und Softwareplattform steuert alle Gewerke, von der nutzungsgerechten Beleuchtung über die komfortable Raumautomation bis zur hocheffizienten HLK-Regelung. Das Ergebnis: Durch die optimale Abstimmung aller Gewerke werden die Energieeinsparpotenziale über die Energieeffizienzklassen hinaus voll ausgeschöpft. Darüber hinaus reduziert die integrale Gebäudeautomation Hardware-, Software- und Betriebskosten. Für alle Gewerke stehen vordefinierte Softwarebausteine zur Verfügung, die das Engineering enorm vereinfachen. Funktionserweiterungen oder -änderungen sind jederzeit möglich.

Die ganzheitliche Automatisierungslösung von Beckhoff:



Flexible Visualisierung/Bedienung



Skalierbare Steuerungstechnik, modulare I/O-Busklemmen



Modulare Software-Bibliotheken

New Automation Technology **BECKHOFF**

Herzlich willkommen im Städtebund!

Im Rahmen des 67. Städtetages in Zell am See wurden vier neue Gemeinden in den Österreichischen Städtebund aufgenommen. Die Beschlüsse zur Aufnahme erfolgten einstimmig. Der Städtebund freut sich, die Gemeinden Ebenthal in Kärnten, Wernberg, Kremsmünster und Seiersberg-Pirka herzlich willkommen zu heißen. Die vier Gemeinden verzeichneten in den letzten Jahren durchwegs ein Bevölkerungswachstum und befinden sich allesamt im Umland größerer Städte.



Marktgemeinde Ebenthal – Bezirk Klagenfurt Land

Die Marktgemeinde Ebenthal ist mit ihren beinahe 8.000 EinwohnerInnen eine der größten Kärntner Gemeinden. Aufgrund der ausgezeichneten Infrastruktur Ebenthals, aber auch aufgrund der örtlichen Nähe zur Stadt Klagenfurt, erlebt Ebenthal eine äußerst positive Entwicklung: Ebenthal ist nicht nur eine beliebte Wohngemeinde, sondern auch ein etablierter und aufstrebender Wirtschaftsort.

Im Zuge der Gemeindezusammenlegung kamen zum 1. Jänner 1973 die Ortsgemeinde Radsberg, ein großer Teil der Ortsgemeinde Mieger sowie kleinere Teile der Stadtgemeinde Klagenfurt und der Ortsgemeinden Maria Rain und Grafenstein zur Gemeinde Ebenthal, was insgesamt eine erhebliche Erweiterung des Gemeindegebiets bedeutete.



Gemeinde Wernberg – Bezirk Villach

Aufgrund der zentralen Lage zwischen Villach und Klagenfurt entwickelt sich Wernberg seit Jahren zu einem gefragten Wirtschaftsstandort. Die Gemeinde Wernberg bietet nicht nur eine hervorragende Infrastruktur und optimale Lebens- und Wohnqualität, sondern auch eine Vielzahl an touristisch genutzten Sehenswürdigkeiten.

Die Gemeinde Wernberg verzeichnet seit 150 Jahren eine stetig steigende Bevölkerungsanzahl. Im April 2016 zählte die Gemeinde Wernberg insgesamt 6.180 EinwohnerInnen, wovon 580 Personen mit Nebenwohnsitz gemeldet waren.



Marktgemeinde Kremsmünster – Bezirk Kirchdorf an der Krems

Die Marktgemeinde Kremsmünster ist mit 6.500 EinwohnerInnen und 42 km² der größte Ort des Bezirkes Kirchdorf und damit unter den 160 größten Orten in Österreich bzw. 30 größten Orten in Oberösterreich. Die Agrarwirtschaft ist ebenso gut ausgeprägt wie der Handel. Die Marktgemeinde bietet rund 4.000 Arbeitsplätze, Bildungsstätten in ausreichendem Ausmaß, großes Kultur- und Sportangebot und aktive Umweltgruppierungen.

Das Benediktinerstift Kremsmünster beeinflusst den Ort in vielen Bereichen. Das Bevölkerungswachstum befindet sich im österreichischen Trend, die Wohn- und Lebensqualität ist hoch. Die Gemeindegröße und die gute Lage im Delta von Linz, Steyr und Wels begünstigen die positive Bevölkerungsentwicklung. Bekannt ist Kremsmünster auch als „E-Government-Gemeinde“. Ein strategisches Hauptprojekt ist derzeit die Entwicklung der „Smart City Kremsmünster“.



Seiersberg-Pirka – Bezirk Graz Umgebung

Seiersberg-Pirka ist mit einer Bevölkerung von 11.051 EinwohnerInnen die größte Gemeinde des Quartetts. Zudem ist Seiersberg-Pirka nach Gratwein-Straßengel die zweitgrößte Gemeinde des Bezirkes Graz-Umgebung. Seiersberg-Pirka entstand im Zuge der steiermärkischen Gemeindestrukturreform am 1. Jänner 2015 durch die Zusammenlegung der vormals eigenständigen Gemeinden Seiersberg und Pirka.

Die Gemeinde vor den Toren von Graz ist vor allem durch die Shopping City Seiersberg, das drittgrößte Einkaufszentrum Österreichs, bekannt. Die Vorortgemeinde hat jedoch weitaus mehr zu bieten. Neben vielen Arbeitsplätzen und ausgezeichneten Einkaufsmöglichkeiten verfügt Seiersberg-Pirka auch über eine hervorragende Infrastruktur mit Zugang zur Autobahn und zum Bahnnetz, was die Gemeinde auch zu einem beliebten Wirtschaftsstandort macht. Mit dem Start des GUST-Mobil, einem Sammeltaxi-Service, versucht die Gemeinde ab Juli die Lebensqualität im Ort noch weiter zu steigern.



© P. Ortner, Innsbrucker Volkspartei

Hans Straßegger tritt nach 32 Jahren in der Kommunalpolitik, davon drei Jahre im Bürgermeisteramt, den Ruhestand an. Neuer Bürgermeister von Bruck an der Mur wird der bisherige Finanzstadtrat Peter Koch.

Bürgermeisterwechsel in Bruck an der Mur

Mit 1. Juni trat Hans Straßegger als Bürgermeister von Bruck an der Mur zurück. Straßegger hatte das Amt im April 2014 nach dem Rücktritt von Bernd Rosenberger angetreten. Davor hatte er 20 Jahre lang das Amt des Vizebürgermeisters bekleidet. Für ihn sei es nach 32 Jahren in der Politik nun Zeit, sich zurückzuziehen. Rückblickend zieht Straßegger eine positive Bilanz und nennt diesbezüglich viele Investitionen in Stadt, Wirtschaft und Infrastruktur, die auf Schiene gebracht wurden. Vor allem, dass er das Amt des Bürgermeisters der viertgrößten Stadt der Steiermark bekleiden durfte, erfülle ihn mit Ehre. „Die Krönung jedes Lokalpolitikers ist es, als Bürgermeister seiner Heimatstadt tätig sein zu dürfen“, so Straßegger. Die Nachfolge Straßeggers tritt Peter Koch an. Koch galt als Wunschkandidat von

Straßegger und setzte sich auch innerhalb der SPÖ-Fraktion durch. Koch ist seit zehn Jahren in der Brucker Kommunalpolitik tätig und seit der letzten Kommunalwahl im Jahr 2015 Finanzstadtrat. Zudem war Koch Geschäftsführer des über 600 MitarbeiterInnen umfassenden Sozialhilfverbandes. Diese Tätigkeit legte Koch zurück, um sich vollständig dem Bürgermeisteramt widmen zu können. Als wichtigste Projekte sieht der 52-Jährige die Budgetkonsolidierung unter dem Titel „Haushalt 2020“, die Umsetzung der „Stadtvision 2030“ und die Stärkung der Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten Leoben und Kapfenberg. Kochs Nachfolgerin im Finanzressort wird Kerstin Stocker. Kurt Diepold folgt in den Stadtrat nach und wird sich künftig um die Bauagenden kümmern.

© Foto: Stadt Bruck/Pastirkovskaya

Franz X. Gruber in den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas gewählt

Der Innsbrucker Stadtrat Franz X. Gruber wurde am Städtetag als Mitglied in den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas gewählt. Der Beschluss der Geschäftsleitung des Städtebundes erfolgte einstimmig. Gruber setzt mit der Übernahme dieser ehrenamtlichen Aufgabe die Tradition des europäischen Engagements der Stadt Innsbruck fort. „In einer Stärkung der Regionen und Städte liegt klar die gemeinsame Zukunft. Wir müssen den künftigen Weg Europas selbst in die Hand nehmen und mitgestalten“, so Stadtrat Gruber über seine neue Funktion. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist eine europaweite Organisation der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. 1951 gegründet, haben sich im RGRE (CEMR) 60 nationale Kommunalverbände aus 42 europäischen Ländern zusammengeschlossen.



DIE BANK AUSTRIA:
Ihr verlässlicher Partner beim Thema Daseinsvorsorge

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die öffentliche Hand sind nach wie vor herausfordernd. Die Gemeinden müssen weiterhin sparen. Was bedeutet das für die Aufrechterhaltung der staatlichen Leistungen in der Daseinsvorsorge? Woher kommt die nötige Unterstützung? Wolfgang Figl, Leiter Public Sector, Bank Austria, gibt Antwort.

Dann müssen Private einspringen?
Entweder übernehmen private Wirtschaftsbetriebe die Leistungen der öffentlichen Hand – das ist aber nur eingeschränkt möglich –, oder es kommt zu einer verstärkten Zusammenarbeit von Staat und Privatunternehmen, in sogenannten Private-Public-Partnerships...

Wie lange kann sich die öffentliche Hand das Sparen noch leisten?
In Österreich sind wir in der glücklichen Lage, dass sich die Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge sowie des Erhalts und Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur derzeit noch auf einem qualitativ hohen Niveau befinden. Diese Investitionen sind immer über einen längeren Zeitraum zu betrachten und Vorlaufzeiten für neue Projekte sind zu berücksichtigen. Künftig wird sich die öffentliche Hand wohl vermehrt aus gewissen Projekten zurückziehen müssen, weil sie die Finanzierungslast und das damit verbundene wirtschaftliche Risiko nicht mehr tragen kann.

... die nur funktionieren, wenn der Betrieb für den privaten Partner auch rentabel ist. Was passiert, wenn der Private in Konkurs geht oder aussteigt?
Bei unmittelbaren Leistungen der Daseinsvorsorge – z. B. Schulen, Verkehr und Wasserversorgung – bleibt das Risiko des Betreibens bei der öffentlichen Hand. Sie kann ihre Verantwortung bei so grundlegenden Leistungen der Daseinsvorsorge nicht einfach abgeben. Deshalb wäre eine Lockerung der strengen EU-Vorgaben zur Einhaltung eines strukturellen Defizits von max. 0,5 Prozent für solche Leistungen mehr als wünschenswert

WOLFGANG FIGL,
LEITER PUBLIC
SECTOR DER
BANK AUSTRIA



Was kann die Bank Austria als Unternehmerbank für die Gemeinden tun?
Wir stehen der öffentlichen Hand als Beratungs- und Finanzierungspartner bei PPP-Projekten und natürlich auch privaten Unternehmen für reine Projektfinanzierungen zur Seite. Unsere Kunden wünschen sich Beratung auf Augenhöhe und ein breites, flexibles Produktangebot. Das kann ihnen die Bank Austria als größte Firmenkundenbank Österreichs mit einem eigens für die öffentliche Hand eingerichteten Public-Sector-Bereich maßgeschneidert zur Verfügung stellen.

Kontakt:
publicsector.bankaustria.at

BEZAHLTE ANZEIGE



SDGs auf lokaler Ebene und kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Was bedeuten die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen für die kommunale Ebene in Österreich und wie können Österreichs Städte zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit beitragen?
Erfahrungsaustausch am 14. November 2017, 9–17 Uhr
Ort: Innsbrucker Rathaus, Gemeinderatssitzungssaal, Maria-Theresien-Straße 18



Anmeldung bis 6. November 2017 unter:
<https://www.staedtebund.gv.at/anmeldung/sdg2017.html>





Andrea Schnattinger als Wiener Umweltanwältin bestätigt

Dr.ⁱⁿ Andrea Schnattinger wurde nach einem Hearing in ihrer Funktion bestätigt und von der Landesregierung für eine weitere Amtsperiode bestellt. Sie übt das Amt der Wiener Umweltanwältin seit dem Jahr 2002 aus. Andrea Schnattinger studierte Biologie an der Universität Wien und war zuvor am Institut für Umweltmedizin, im Forschungsbereich und beim Österreichischen Städtebund tätig.

Anlaufstelle für Umweltschutz seit 1993

Die Umweltanwaltschaft wurde im Jahr 1993 ins Leben gerufen. Es handelt sich um eine weisungsfreie und unabhängige Einrichtung der Stadt

Wien, deren Ziel es ist, Umweltinteressen im Namen der Wiener Bevölkerung zu wahren.

Die Umweltanwaltschaft gibt unter anderem Stellungnahmen zu umweltrelevanten Gesetzesentwürfen ab und vertritt die Interessen des Umweltschutzes im Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren sowie im Flächenwidmungsverfahren. Die Umweltanwaltschaft erarbeitet zudem Konzepte und Vorschläge zu den verschiedensten Umweltthemen.

Über laufende Aktivitäten informiert die Umweltanwaltschaft auf ihrer Website: www.wua-wien.at.

Markus Lewe übernimmt mit Jahresende den Deutschen Städtetag

Am Schlußtag der jährlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Nürnberg wurde Präsidentin Dr.ⁱⁿ Eva Lohse in ihrem Amt bestätigt. Da die langjährige Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen jedoch nicht für eine dritte Amtszeit kandidieren wird und mit Jahresende aus ihrem Amt ausscheidet, wird sie auch ihr Amt beim Städtetag niederlegen. Lohse ist seit 2015 Präsidentin des Deutschen Städtetags und war zuvor zwei Jahre Vizepräsidentin. Seit dem Jahr 2002 ist sie Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein.

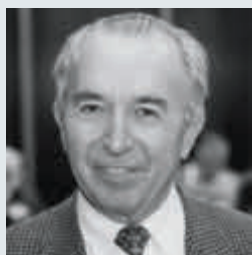
Mit 1. Jänner 2018 übernimmt Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster. Dafür wurde Lewe ebenfalls im Zuge der Hauptversammlung gewählt. Lewe ist seit 2009 Oberbürgermeister von Münster und gehört seit 2013 dem Präsidium des Deutschen Städtetags an. Zum Vizepräsidenten wurde der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly wiedergewählt. Maly stand von 2013 bis 2015 als Präsident an der Spitze des Deutschen Städtetags. Seit 2015 hat er das Amt des Vizepräsidenten inne.



Mit 1. Jänner 2018 übernimmt Markus Lewe, Oberbürgermeister von Münster, das Amt des Präsidenten des Deutschen Städtetags.



Dr.ⁱⁿ Eva Lohse kandidiert nach 15 Jahren als Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen nicht mehr für eine weitere Amtszeit, womit sie auch ihre Funktion im Deutschen Städtetag zurücklegt.



Peter Kurnik verstorben

Regierungsrat Peter Kurnik, langjähriger Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen beim Magistrat Klagenfurt, verstarb im 87. Lebensjahr. Kurnik war bis zum Antritt des Ruhestandes im Jahr 1995 48 Jahre lang beim Magistrat der Stadt Klagenfurt tätig. Die Abteilung Bevölkerungswesen leitete er von 1967 an. Zur Abteilung gehörten damals das Wahlamt, die Einwohnerkartei, die Lohnsteuerstelle, die Amtsbescheinigungen, die Statistik, das Standesamt mit Geburtenbuch, Ehebuch und Sterbebuch, die Staatsbürgerevidenz sowie die Amtsdruckerei.

Kurnik war zudem Standesbeamter und traute in seiner langjährigen Tätigkeit viele KlagenfurterInnen. Kurnik stellte stets die Interessen „seiner“ BürgerInnen in den Vordergrund und engagierte sich auch stark im Österreichischen Städtebund.

Höchste Geburtenbilanz seit dem Jahr 1996

Im Jahr 2016 wurden in Österreich mehr Kinder geboren als im Jahr davor. Mit 87.675 Geburten verzeichnete die Statistik Austria ein klares Plus von 3,9 Prozent bzw. 3.294 Neugeborenen. Gleichzeitig sank die Zahl der Sterbefälle um 2,9 Prozent auf 80.669. Die Geburtenbilanz lag somit bei einem Plus von 7.006, so hoch wie zuletzt im Jahr 1996.

Die höchste positive Geburtenbilanz verzeichnete Wien mit plus 4.773. Neben der Bundeshauptstadt konnten auch die Bundesländer Oberösterreich (plus 2.553), Tirol (plus 1.749), Vorarlberg (plus 1.401) und Salzburg (plus 1.163) eine positive Geburtenbilanz erzielen. Mehr Todesfälle als Neugeborene gab es demgegenüber in Niederösterreich (minus 1.537), in der Steiermark (minus 1.097), in Kärnten (minus 1.089) und im Burgenland (minus 910).

Erfreulich ist, dass die Geburtenzahlen in allen neuen Bundesländern anstiegen. Am deutlichsten in Vorarlberg, wo man ein sattes Plus von 5,8 Prozent verzeichnete. Knapp dahinter folgten Niederösterreich (5,7 Prozent) und Oberösterreich (5,6 Prozent). Auch in Kärnten (plus 4,8 Prozent) und Wien (4,4 Prozent) lagen die Zuwächse über dem bundesweiten Durch-



schnitt. Unterdurchschnittlich stiegen die Geburtenzahlen in Salzburg (plus 2,9 Prozent), dem Burgenland (2,4 Prozent), der Steiermark (0,6 Prozent) und in Tirol (0,4 Prozent). Gleichzeitig ging die Anzahl der Sterbefälle in allen Bundesländern zurück. Die Säuglingssterberate blieb mit 3,1 Promille gegenüber dem Vorjahr unverändert.

© Foto: iStockphoto

© Fotos: N. Formanek, Presseamt Münster/Britta Roski, Stadt Ludwigshafen am Rhein, Beigestellt

FIATPROFESSIONAL.AT

IN DER WERKZEUGHISTE VON CHUCK NORRIS GIBT ES KEINE WERKZEUGE, ES GIBT NUR CHUCK NORRIS.

ENTWEDER BIST DU CHUCK NORRIS, ODER DU BRAUCHST EINEN DUCATO.

Um jede Herausforderung eines harten Arbeitstages zu überstehen, sind Sie entweder Chuck Norris oder Sie brauchen die berühmte Effizienz und Zuverlässigkeit eines Fiat Professional Ducato. Steigen Sie ein und freuen Sie sich auf eine großartige Partnerschaft.

Jetzt ab € 17.990,- exkl. MwSt.

4 JAHRE
GARANTIE

Gesamtverbrauch ab 5,5 l/100 km, CO₂-Emissionen ab 144 g/km.
Symbolfoto: *2 Jahre Neuwagen-Garantie und 2 Jahre Funktionsgarantie MaximumCore der FCA Austria GmbH bis maximal 100.000 km gemäß deren Bedingungen. Optional und gegen Aufpreis erweiterbar auf bis zu 200.000 km. Barzahlungspreis inkl. MwSt.: € 21.588,-. Angebotspreis nur gültig für das Modell Ducato 290 SLU 6 inkl. Option INI, solange der Vorrat reicht. Angebot für Unternehmer gem. UGB. Nicht gültig für Flottenkalkulationen und bereits zugelassene Neufahrzeuge. Mit anderen Aktionen nicht kombinierbar. Details bei Ihrem Fiat Professional Partner oder auf www.fiatprofessional.at. Alle Angaben ohne Gewähr. Stand 08/2017.

BE CHUCK OR BE PRO

PROFESSIONAL
Austria

FCA BANK
Austria

PROFESSIONAL WIE SIE



Beim RGRE-Treffen auf der griechischen Insel Chios standen Flüchtlings- und Migrationsthemen im Zentrum der Diskussion.

Oppitz-Plörer bei RGRE-Meeting in Chios

Im Dezember 2016 wurde Innsbrucks Bürgermeisterin, Mag.^a Christine Oppitz-Plörer, in Maastricht für die nächsten drei Jahre zur Vorsitzenden des Finanzausschusses des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) gewählt. In ihrer Funktion als Vertreterin des Österreichischen Städtebundes nahm sie von 11. bis 13. Juni an der Sitzung des Policy Committee (Hauptausschuss) im griechischen Chios teil. Oppitz-Plörer leitete den Tagesordnungspunkt „Finanzen“ – alle diesbezüglichen Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Daneben wurde auf der griechischen Insel vor allem über Flüchtlings- und Migrationsfragen diskutiert. Den TeilnehmerInnen des Ausschusses wurde in Chios, das nur 15,8 Kilometer von der türkischen Stadt Cesme entfernt liegt, die direkte Betroffenheit der Region vor Augen geführt. Manolis Vournous, der Bürgermeister der Gastgeberstadt, klagte vor allem über die fehlende Koordination vor Ort und die schlechten Verhältnisse in den zwei Flüchtlingslagern auf der Insel. Laut Oppitz-Plörer gehe das Thema Migration alle etwas an, derartig große Herausforderungen seien nur gemeinsam

zu lösen. Zudem betonte die Bürgermeisterin in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle der Städte. „Es ist meine Überzeugung, dass die kommunale Ebene als unmittelbarste Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin eine wichtige Schlüsselfunktion einnehmen wird“, so Oppitz-Plörer.

Über den RGRE

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist die wichtigste und älteste Vereinigung der Gebietskörperschaften in Europa. Seit seiner Gründung im Jahr 1951 setzt sich der RGRE für ein vereintes, friedliches und demokratisches Europa ein, das auf lokaler Selbstverwaltung, Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und BürgerInnenbeteiligung basiert. Der RGRE besteht aus 60 Mitgliedsverbänden und vertritt insgesamt mehr als 130.000 Gebietskörperschaften.

© Foto: Shutterstock

Steigende Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

Etwa ein Jahr liegt der vielleicht größte Tiefpunkt der Europäischen Union zurück. Am 23. Juni 2016 stimmten die BürgerInnen des Vereinigten Königreiches für einen Austritt. Doch nach „Brexit“ und Trump zeigt sich nun ein vollkommen entgegengesetztes Bild. EU-weit steigt die Zustimmung zur Union wie schon lange nicht mehr. Die Wahlen in Frankreich und den Niederlanden brachten klare Mehrheiten für europafreundliche Parteien. Gedankenspiele über weitere EU-Exits scheinen verfliegen. Auch in Österreich steigt die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft stark an, wie eine Studie der Europäischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) zeigt. Demnach sprechen sich 75 Prozent der ÖsterreicherInnen für einen Verbleib in der EU aus. 21 Prozent plädieren für einen Austritt, 4 Prozent beziehen keine Stellung. Gegenüber Jänner 2017 ist die Zahl der BefürworterInnen der Mitgliedschaft damit um ganze 8 Prozentpunkte gestiegen. Eine ähnliche hohe Zustimmung wurde zuletzt im Februar 2011 verzeichnet. „Gerade in unsicheren Zeiten sind nationale Alleingänge für eine deutliche Mehrheit keine Option“, analysiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, das Ergebnis der Studie.



Skeptisch reagiert man hierzulande jedoch auf eine stärkere Integration innerhalb der Euro-Zone. Lediglich 59 Prozent der ÖsterreicherInnen würden dies derzeit begrüßen. Das Thema EU wird wohl auch im anstehenden Nationalratswahlkampf eine wichtige Rolle spielen. Drei von vier Befragten gaben an, dass es für ihre persönliche Wahlentscheidung „sehr wichtig“ oder „wichtig“ ist, wie eine Partei zur Europäischen Union steht.

© Foto: CC-BY-NC-SA

FIATPROFESSIONAL.AT

CHUCK NORRIS SCHALTET NICHT EINFACH
DAS LICHT EIN. ER SCHALTET DIE SONNE EIN.

ENTWEDER BIST DU CHUCK NORRIS, ODER DU BRAUCHST EINEN DOBLÒ.

Um jede Herausforderung eines harten Arbeitstages mit einem sonnigen Lächeln zu meistern, sind Sie entweder Chuck Norris oder Sie vertrauen auf die Effizienz und Vielseitigkeit eines Fiat Professional Doblo. Steigen Sie ein und freuen Sie sich auf eine großartige Partnerschaft.

Jetzt ab € 10.990,- exkl. MwSt.

4
JAHRE
FIAT PROFESSIONAL
GARANTIE

Gesamtverbrauch ab 4,5 l/100 km, CO₂-Emissionen ab 120 g/km.
Symbolfoto. *2 Jahre Neuwahrgarantie und 2 Jahre Funktionsgarantie MaximumCare der FCA Austria GmbH bis maximal 100.000 km gemäß deren Bedingungen. Optional und gegen Aufpreis erweiterbar auf bis zu 200.000 km. Barzahlungspreis inkl. MwSt.: € 13.188,-. Angebotspreis nur gültig für das Modell Doblo Cargo 263.11M.1 inkl. Option INVI, solange der Vorrat reicht. Angebot für Unternehmer gem. UGB. Nicht gültig für Flottenkalkulationen und bereits zugelassene Neufahrzeuge. Mit anderen Aktionen nicht kombinierbar. Details bei Ihrem Fiat Professional Partner oder auf www.fiatprofessional.at. Alle Angaben ohne Gewähr. Stand 08/2017.

BE CHUCK OR BE PRO

PROFESSIONAL
PROFESSIONAL WIE SIE



Eröffnung des 67. Städtetags in Zell am See

Die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf Städte und Gemeinden standen im Mittelpunkt der Eröffnungsreden am 67. Städtetag in Zell am See. Mehr als 1.000 KommunalvertreterInnen aus Österreich und der EU reisten an, um über aktuelle Fragen zu diskutieren.

Bürgermeister Peter Padourek hieß die mehr als 1.000 Gäste beim Empfang im Ferry Porsche Congress Center herzlich willkommen. Mit einem Film wurden Zell am See und die vielfältigen Aufgaben der Kommune vorgestellt. Padourek erläuterte die Herausforderungen bei der Verwaltung der Stadt, allen voran die Bereitstellung der Infrastruktur für 9.800 EinwohnerInnen und 2,5 Millionen Nächtigungen. „Vor dem Vergnügen kommt die Arbeit“, erklärte der Bürgermeister die Aussage des Films. Egal ob es um das Schwimmbad, den Seezauber, die Eishalle, das Schlittschuhlaufen auf dem See etc. geht: Nur durch den Einsatz der Stadt können die BewohnerInnen diese Angebote nutzen. Am Ende seiner Rede bat Padourek den Städtebund-Präsidenten Michael Häupl auf die Bühne.

In seiner Eröffnungsrede ging Städtebund-Präsident Michael Häupl auf die Bedeutung von Stadtregionen ein. „Wenn dieser Tage der Landwirtschaftsminister durch Österreich fährt, um seinen ‚Masterplan ländlicher Raum‘ zu präsentieren, sollten wir ergänzen: Ein funktionierender ländlicher Raum ist wichtig, aber er lebt durch die Versorgungsfunktion der Städte und regionalen Zentren innerhalb dieser Räume. Diese leisten als regionale Gesundheits-, Bildungs-, Wirtschafts- und – ganz allgemein – als Dienstleistungszentren einen enormen Beitrag“, betonte Häupl. Regionale Zentren müssten besonders gestärkt werden, da sie bei der Abwanderung bzw. bei der Erhaltung von Regionen eine zentrale Rolle spielten.

Als zwei der wichtigsten Zukunftsthemen nannte Häupl Bildung und Integration. „Beides sind Investitionen in die nächsten Jahre und Jahrzehnte, beides kostet Geld, aber beides ist gut investiertes Geld, weil es die wichtigsten Investitionen in Sicherheit und Wohlstand sind“, sagte Häupl. Er bedankte sich ausdrücklich bei den BürgermeisterInnen für den „humanitären Einsatz“ bei der Aufnahme von Flüchtlingen in den vergangenen anderthalb Jahren.

Die Veränderungen durch die Digitalisierung verglich Häupl mit dem Ausmaß der industriellen Revolution. Die Veränderungen heute hätten riesige Auswirkungen auf die Gesellschaft, deren Ausmaß noch nicht abzuschätzen sei. Umso wichtiger sei es, auf dem Weg dorthin niemanden zurückzulassen, so Häupl.

Angeichts der Fülle von verfügbaren Informationen sei Bildung, mehr denn je zuvor, der Schlüssel dazu, aus In-

„Ein funktionierender
ländlicher Raum ist wichtig,
aber er lebt durch die Versor-
gungsfunktion der Städte und
regionalen Zentren“



V. l. n. r.: Wilfried Haslauer, Michael Häupl, Peter Padourek

Oben: Andrea Ecker
Unten: Rupert Dworak

formationen verwertbares Wissen zu kreieren. „Nur durch umfassende Bildung kann – neben den Erfordernissen am Arbeitsmarkt, die an den Einzelnen gestellt werden – eine Gesellschaft entstehen, der das Allgemeinwohl am Herzen liegt, die solidarisch ist mit den Schwächeren, die tolerant ist und ein starkes Fundament aus demokratischen und europäischen Werten besitzt“, betonte Häupl.

„Geld folgt Leistung, ist unser Grundsatz“

Aus der langjährigen Forderung des Österreichischen Städtebundes nach einem aufgabenorientierten Finanzausgleich wird – nach der Unterzeichnung des politischen Paktums im Herbst 2016 – nun ein Projekt im Bereich der Elementarpädagogik ausgearbeitet, wonach die Städte und Gemeinden erstmals im Kindergartenbereich eine aufgabenorientierte Dotierung erhalten sollen. Häupl warnte davor, dass dieses Projekt nunmehr aus bestehenden Mitteln finanziert werden solle. „Geld folgt Leistung, ist unser Grundsatz“, sagte Häupl. „Wir werden nicht müde werden, das zu betonen, um Strukturreformen in diesem Land voranzutreiben“, so Häupl abschließend.

Andrea Ecker, Leiterin der österreichischen Präsidentschaftskanzlei, die im Namen von Bundespräsident Alexander Van der Bellen Grußworte übermittelte, sagte: „Ich weiß um das große Engagement der Städte und Gemeinden.“ Die BürgermeisterInnen würden am besten wissen, wo Veränderungen notwendig seien. Sie würden auch darauf abstellen, dass

Städte und Gemeinden „leben- und liebenswert“ blieben. Die Leistungen der Städte und Gemeinden seien daher „nicht hoch genug einzuschätzen“. „Wir brauchen die Städte für den Zusammenhalt der Gesellschaft.“

Der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer hob hervor, dass es darum gehe, die Anforderungen an kleine und große Kommunen „auszutariieren“ und sprach dabei den Finanzausgleich an, der eine „fast herkulische Aufgabe“ sei. Außerdem nannte er den immer größer werdenden Zuzug in Städte, die damit besonders in den Bereichen Bildung und Wohnen vor neuen Herausforderungen stünden. Nicht zuletzt gebe es auch einen „Braindrain“; junge Menschen würden in den kleineren Städten keine Jobs finden und deshalb in den großen Städten bleiben.

Bürgermeister Rupert Dworak, 2. Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, betonte die erfolgreiche Achse zwischen Städte- und Gemeindebund. Als Beispiel nannte er die Finanzausgleichsverhandlungen, dabei seien „sehr viele unserer Ideen und Vorstellungen“ umgesetzt worden. Er erwähnte die Reform der Grundsteuer und die Bereitstellung von 300 Millionen Euro aus dem Lebensministerium für strukturschwache Gemeinden. Angesichts der aktuellen politischen Situation forderte er von der Bundesregierung „arbeiten bis zuletzt“. Wichtig war ihm dabei die „Aktion 20.000“ – sie gebe arbeitslosen Menschen Hoffnung – und die Investitionsprämie von 175 Millionen Euro, die 8.500 Arbeitsplätze schaffe. ■

© Alle Fotos: Markus Wache



Städtebund-Präsident Michael Häupl, Vizepräsident Bürgermeister Markus Linhart (Bregenz), Bürgermeister Peter Padourek (Zell am See) und Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger luden zu einem Mediengespräch vor der Eröffnung des Österreichischen Städtetages.

Mediengespräch

„Städte tragen soziale Verantwortung“

„Mittel und Wege zu finden, diese sinnvoll zu regulieren, ist auch eine Herausforderung für die Städte und Gemeinden“, sagte der gastgebende Bürgermeister Peter Padourek (Zell am See) über die rasante Entwicklung der digitalen Welt.

„Der sogenannte ‚Digital Divide‘, also die Kluft zwischen Menschen mit umfassenden digitalen Kompetenzen und jenen, die sich damit schwerer tun, muss ein Ansporn für Kommunen sein, auf dem Weg in die Zukunft alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Denn Städte und Gemeinden tragen auch in diesem Bereich soziale Verantwortung“, sagte Städtebund-Präsident Michael Häupl.

„Big Data, also die Erfassung, Aufbereitung, Speicherung und Analyse strukturierter und unstrukturierter Daten, verändert nicht nur die individuellen Lebensbereiche, auch die Stadtverwaltungen sind zunehmend von der Digitalisierung betroffen. Dadurch entsteht ein großer Bedarf an Fachkräften, die mit ihren Kenntnissen die öffentliche Verwaltung zu einem datenbasierten Unternehmen umformen werden. Unsere Aufgabe besteht darin, darauf achtzugeben, dass auf der einen Seite der Datenschutz unangetastet bleibt, auf der anderen Seite aber Möglichkeiten für innovative Unternehmen und Start-ups gewährleistet werden“, so der Bregenzer Bürgermeister und Vizepräsident des Österreichischen Städtebundes, Markus Linhart. ■

SORA-Städtebarometer: Ambivalenz zum digitalen Wandel

Die im Frühjahr 2017 im Auftrag des Österreichischen Städtebundes unter 1.051 Personen durchgeführte Umfrage ergab ein hohes Vertrauen in Städte und Gemeinden. Die Zufriedenheit bei Trinkwasserversorgung (98 Prozent der Befragten), Müllentsorgung (96 Prozent) oder Abwasserentsorgung (94 Prozent) ist sehr groß. Mit den Gesundheitseinrichtungen sind 85 Prozent sehr zufrieden; Nahversorgung und Verkehrsinfrastruktur werden ebenso positiv bewertet. Das Angebot an Pflicht- sowie höheren Schulen hat sich gebessert, Potenzial gibt es bei der schulischen Nachmittagsbetreuung (nur 59 Prozent zufrieden). Die Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige haben sich dagegen verbessert.

Schwerpunkt „Digitalisierung“

67 Prozent der Befragten besitzen zwar ein Smartphone und verwenden es regelmäßig für die Internetnutzung, dennoch werden digitaler Wandel und das Sammeln von Daten ambivalent gesehen. 27 Prozent sehen Chancen bei der Digitalisierung, 19 Prozent Risiken.



Im Interview

Unser neuer Herr Bundespräsident

ÖGZ: Wir leben in turbulenten Zeiten. Ihr erster Besuch des Österreichischen Städtetags war durch die Angelobung von zwei neuen Regierungsmitgliedern leider nicht möglich. Unmittelbar danach trat Grünen-Chefin Glawischnig zurück. Nicht nur in solchen Zeiten werden die Städte und Gemeinden von vielen als Stabilitätsfaktor gesehen.

Welche Bedeutung messen Sie der kommunalen Ebene und deren Vertreterinnen und Vertretern bei?

Van der Bellen: Städte und Gemeinden sind der Ort, wo Gemeinschaft entsteht, wo Zusammenhalt gelebt wird, wo das soziale Miteinander stattfindet. Sie begleiten die Bürgerinnen und Bürger von der Kinderbetreuung, der Schule über die Arbeit und das Wohnen bis ins Leben im Alter.

© Foto: Carina Karlovits-Höf

Und sie bieten die Möglichkeit für das Gemeinsame in Sportvereinen, bei der Feuerwehr, im Rettungswesen, beim Musikverein und bei vielen anderen ehrenamtlichen sozialen Tätigkeiten. Besonders Städte sind auch jener Ort, wo ein Großteil der Innovation stattfindet, sie sind regionale Autonomiezentren und sie sind Wirtschaftsmotor. Daher ist es wichtig, dass den Städten und Kommunen nicht die Kraft ausgeht! Städte und Gemeinden sind aber auch der Ort, wo Integration stattfindet. Das ist eine große, eine herausfordernde Aufgabe, vor der alle Kommunen stehen, insbesondere nach der Flüchtlingskrise von 2015. Für ihr Engagement und ihren Einsatz möchte ich herzlich Danke sagen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben das Ohr

„Besonders Städte sind auch jener Ort, wo ein Großteil der Innovation stattfindet, sie sind regionale Autonomiezentren und sie sind Wirtschaftsmotor.“

sehr nahe an den Bürgerinnen und Bürgern. Sie sind täglich mit den Sorgen, Nöten, aber auch Freuden der Bevölkerung hautnah konfrontiert. Ihre Aufgabe ist es, für den guten Zusammenhalt in den Städten zu sorgen und dafür, dass die Städte lebens- und lebenswert bleiben. Und sie tragen wesentlich dazu bei, dass Innovation möglich ist und die Städte Wirtschaftsmotor bleiben.

Im Wahlkampf wurden Sie von vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aktiv unterstützt. Können Sie sich während Ihrer Amtszeit eine verstärkte Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene vorstellen und wie könnte diese aussehen?

Mir liegt sehr viel daran, die gute Zusammenarbeit mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern fortzusetzen. Als ersten Schritt planen wir beispielsweise bei Besuchen in den Bundesländern regelmäßige Begegnungen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Das wird etwa demnächst beim Besuch in Tirol bzw. später in Vorarlberg schon der Fall sein. Ich freue mich auf einen lebendigen Austausch.

Wo sehen Sie generell besondere Einsatzgebiete und wichtige Handlungsspielräume für Sie als Bundespräsident bzw. gibt es schon erste Vorhaben Ihrerseits?

Generell liegt mir sehr daran, in meiner Rolle als überparteiliches Staatsoberhaupt den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Und ich will den direkten Kontakt zur Bevölkerung intensivieren. Es ist also gut möglich, dass ich im Sommer beim einen oder anderen Kirtag auftauchen werde. Wichtig ist mir auch, eine Stimme für eine starke Rolle Österreichs in der EU zu sein. Ich bin überzeugt davon, dass Österreich seine wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Interessen gegenüber den großen Staaten USA, Russland usw. nur im Verband mit den anderen EU-Staaten wirkungsvoll durchsetzen kann. Nicht zuletzt liegt mir sehr viel daran, bei meinen Auslandsreisen Türöffner für die österreichische Wirtschaft zu sein.

Assoziationen des Bundespräsidenten

- **Frauenanliegen sind für mich:**
Sehr wichtig
- **Das Wort Sozialstaat ruft bei mir folgende Assoziation hervor:**
Wichtiger Schutz für jene Menschen in unserer Gesellschaft, die Unterstützung brauchen, sei es, weil sie arbeitslos oder krank sind, einen Unfall hatten ...
- **Die Integrationsleistungen der Gemeinden beurteile ich:**
Sehr positiv. Gemeinsam mit den Freiwilligen passiert da wirklich sehr viel.
- **Stadt und Umland sollten:**
Gut zusammenarbeiten
- **Wenn ich in Österreich etwas mit Fingerschnipp ändern könnte:**
Dann würde ich eine Bildungsreform, vom Kindergarten über die Schule bis zu den Universitäten, umsetzen, die unser Land wieder an die Spitze bringt.

Mit der EU Urban Agenda wird gerade den komplexen Herausforderungen in städtischen Wachstumsräumen Aufmerksamkeit gewidmet – in Österreich lenkt der Masterplan Ländlicher Raum besondere Aufmerksamkeit auf Abwanderungsräume wie periphere Tallagen oder Grenzgebiete. Tatsache ist, dass man die Menschen „nicht festbinden kann“ und auch nicht soll. Sie selbst sind im Tiroler Kaunertal aufgewachsen, leben nunmehr aber schon lange in Wien. Wie sehen Sie diese gegenläufigen räumlichen Entwicklungen und hätten Sie ein „Rezept“ für die Zukunft?

Auch wenn ich vom Land in die Stadt gezogen bin, bin ich kein ausgewiesener Experte für diese Herausforderungen. Was ich aber sehe, ist, dass wir eine doppelte Problematik haben. Der vermehrte Zuzug in die Städte macht den Wohnraum immer teurer, und in den Gemeinden geht wichtige Infrastruktur, wie das Postamt, das Gasthaus, verloren. Natürlich kann und soll man niemand festbinden. Aber sowohl die EU Urban Agenda, die sich zum Ziel gesetzt hat, gemeinsam an der Stärkung einer auf lokale Bedürfnisse ausgerichteten Politik zu arbeiten, ohne aber Kompetenzen von der kommunalen Ebene wegzuverlagern, als auch der Masterplan Ländlicher Raum sind Ansätze, um die Städte und Regionen zu stärken. Die Abwanderung ist ja, wie ich gelesen habe, zu einem größeren Teil weiblich. Es seien oft die

Frauen, die weggehen, weil das Jobangebot am Land nicht entspricht, weil die nötige Kinderbetreuung fehlt. Daran gilt es zu arbeiten. Ein Mittel könnte auch der Breitband-Ausbau sein, weil er eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe ist.

Die EU befindet sich zurzeit am viel zitierten Scheideweg. Wie lautet Ihre Einschätzung, wo diese Reise hingehen wird? Was werden Ihrer Meinung nach dabei die größten Herausforderungen sein?

Der Brexit hat erstmals gezeigt, dass die EU auch ein Mitgliedsland verlieren kann. So schade ich diese Entscheidung der Briten finde, im restlichen Europa hat das eher ein Zusammenrücken nach sich gezogen. Dazu kam die Wahl Donald Trumps, die die alte transatlantischen Bindungen zu den USA zumindest unsicher werden lässt, sowie die Politik Putins. Beides zeigt die Notwendigkeit eines vereinten Europa. Die Wahl Emmanuel Macrons in Frankreich, der eine eindeutig proeuropäische Linie vertritt, macht mich vorsichtig optimistisch, dass es nach der Wahl in Deutschland wieder zu einer stärkeren Zusammenarbeit in Europa kommen könnte.

Als Bundespräsident sind Sie viel unterwegs: Wohin wird Sie Ihre nächste Reise führen?

Ich habe seit meinem Amtsantritt die EU-Institutionen in Brüssel und Straßburg sowie fast alle Nachbarländer Österreichs besucht. Sehr oft ging es dabei um die Stärkung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Grenzregionen oder auch um grenzüberschreitende Verkehrsfragen. Auch die meisten Bundesländer habe ich zumindest schon ein Mal besucht. Als nächstes stehen Besuche in Tirol, in Salzburg und Vorarlberg auf dem Programm, etwa die Besuche bei den Salzburger und Bregenzer Festspielen. Gleichzeitig soll es dort aber auch, wie schon gesagt, zu Begegnungen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern kommen. ■



BRINGEN SIE IHRE STADT IN FORM!

Mit DesignLichtmaste und -Stadtmobiliar von see u BY FONATSCH

Individuelle Lebensstile prägen die Landschaft und die kommunale Erscheinung, die Architektur ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Mit den unterschiedlichen Bedürfnissen entwickeln sich auch Lebensräume, die dem Charakter der Menschen entsprechen.

In vier verschiedenen Lebens-Atmosphären bieten wir aufeinander abgestimmte Designprodukte – von Lichtmasten, Auslegern, Wandhalterungen bis zu Stadtmobiliar wie Parkbänken, Wegweisern, Pollern, Mülleimern und einem energieautarken Meetingpoint.

HISTORIC – zeitlos schön

Nostalgisch verklärt schlendern zwischen den Altstadtgassen, ein Geist aus längst vergangenen Zeiten erfüllt die Luft. Ein wichtiges Detail dieses Ambientes sind die Masten & Leuchten. #zeitlos. Schönheit & Stil bilden eine Symbiose in der Kollektion HISTORIC. Formen, verspielte Details und Verzierungen erinnern an die Laternen des 19. Jahrhunderts. Das Design ist klassisch und unvergänglich.

WOOD – geerdet und reduziert

Eine Konzentration auf das Wesentliche. Reduziert auf die Natur, zurückhaltend im Design – so präsentiert sich die Kollektion WOOD! Edle Ma-

terialien bilden einen klaren, festen Charakter. Langsam gewachsenes Lärchenholz aus Österreich ist dauerhaft, fest und trotz jeder Witterung. Perfekt beschaffen & zum Anlehnen. #geerdet.

STYLE – reizvoll, ästhetisch

Orientiert an der Idee des Fortschritts ist die Kollektion STYLE Trendsetter. Klare Linien und eine moderne Optik stehen im Vorder-

grund. Ein Statement für reine Geometrie. #puristisch. Moderne Technologie baut eine reizvolle Brücke in die Welt von morgen. Ein Kontrast in Umgebungen anderer Jahrhunderte. STYLE – ästhetisch schöne Wandausleger, Lichtmaste mit und ohne Ausleger oder Stadtmobiliar wie Parkbänke und Mülleimer für eine neue Generation.

SWING – modern und formschön

Vielfalt statt Langeweile, zeitgemäß statt muffig. Urbanes Wohnen und hippe Siedlungsformen bieten Rückzug und Offenheit, sie sind sozial und wirtschaftlich lebendig. #modern. Diese Orte brauchen Masten & Leuchten, die Teil der guten Nachbarschaft sind: SWING! Die Kollektion versprüht Kraft und Lebensfreude – und trägt zum Wohlfühlen bei.

INFOS: see u BY FONATSCH
Lichtmasten und Stadtmobiliar
www.seeubyfonatsch.com





Professor Mayer-Schönberger von der Universität Oxford kam bei der Eröffnung des Städtetages zu Wort. In seiner Festrede wies er auf das unglaubliche Potenzial von großen Datenmengen hin. Durch einen zielgerichteten und methodischen Ansatz könne man aus der Quantität auch Qualität machen.

Festredner Prof. Dr. Viktor Mayer-Schönberger, Universität Oxford

Big Data – Aus Quantität Qualität machen

Mit einem Sprung betrat Dr. Viktor Mayer-Schönberger die Bühne des 67. Städtetages. Der gebürtige Zeller ist Professor für Internet Governance und Regulation an der Universität Oxford und warf gleich zu Beginn das Schlagwort „Digitalisierung“ in den Raum.

Damit verbinde man Geschwindigkeit und Effizienz, ein bestimmtes Aufgabenpensum könne so schneller und günstiger abgearbeitet werden. Laut Mayer-Schönberger stimmt das nur bedingt. „Wenn Geschwindigkeit alles sein soll, was wir erreicht haben, dann ist das nicht genug“, stellte der Professor gleich zu Beginn klar. Mayer-Schönbergers Spezialgebiet ist „Big Data“, der Umgang mit großen Datenmengen, wovon gerade Städte Unmengen haben. „Daten können dazu beitragen, eine neue Perspektive auf die Wirklichkeit zu erlangen und bessere Entscheidungen zu treffen“, so der Professor. Darum gehe es letztendlich: Entscheidungen für die Menschen in den Städten zu treffen, die richtungsweisend sind und ihnen hohe Lebensqualität, Sicherheit, Wohlstand und entsprechende Bildung ermöglichen. Wichtig dabei seien eine Strategie und ein konkretes Ziel.

Die Menge der Daten explodiert

Seit Menschengedenken sammeln Menschen Daten, analysieren diese und ziehen Schlüsse daraus. Verändert habe sich jedoch die Menge der Daten. Man lebte jahrhundertlang in einer Welt der Datenarmut, einer Small-Data-Welt. Diese Zeit sei, laut Mayer-Schönberger, nun vorbei. Die Menge an Daten explodierte innerhalb der letzten 20 Jahre. Während dieses Zeitraums vermehrte sich die weltweite Datenmenge um das Einhundertfache. Zum Vergleich: Zwischen 1455 und 1505 stieg die Datenmenge durch den revolutionären Gutenbergischen Buchdruck innerhalb von 50 Jahren lediglich um das Doppelte. Den Übergang hin zu einer digitalen Welt erläuterte der Professor anhand einer weiteren Statistik. Im Jahr 2000 waren noch mehr als drei Viertel der weltweiten Daten in analoger Form vorhanden. Nun – fast eine Generation später – sind es weniger als ein Prozent.

© Foto: Markus Wache

„Big Data“ als Chance

Man dürfe die Risiken dieser Entwicklung nicht aus den Augen verlieren. Insgesamt müsse man „Big Data“ jedoch als Chance begreifen, meinte Mayer-Schönberger, denn aus der enormen Datenmenge könne man nie dagewesene Schlüsse ziehen. Beispielsweise könne Google durch die Auswertung von Suchanfragen Grippewellen erstaunlich genau vorhersagen, weitaus genauer als jede Gesundheitsbehörde der Welt. Das Unternehmen Duolingo, mit dessen App man Fremdsprachen lernen kann, fand durch die Auswertung von Daten heraus, dass Menschen mit spanischer Muttersprache Englisch seit jeher falsch lernen. Durch die Adaptierung der Lektionen ging die Erfolgsrate durch die Decke. Die Informatikerin Dr.ⁱⁿ Karen McGregor konnte durch die Analyse von Daten ein Muster feststellen, mithilfe dessen man mit hoher Wahrscheinlichkeit Infektionskrankheiten bei Frühchen vorhersagen kann, viel früher, als es alle ÄrztInnen der Welt könnten. Ihre Methode rettete bereits Tausenden frühgeborenen Säuglingen das Leben.

Auch Städte würden bereits heute große Datenmengen zielgerichtet nutzen, um kommunale Probleme zu lösen. So beispielsweise New York, wo jedes Jahr etliche Kanaldeckel explodieren, wenn es im unterirdisch verlegten Leitungsnetz zu einem explosiven Defekt kommt. Durch die Auswertung der Wartungsprotokolle kann man dieses Phänomen nun mit hoher Wahrscheinlichkeit voraussagen und Unfälle verhindern. In Europa könne man mithilfe einer App, mit der Fahrgäste während der Fahrt in der Straßenbahn spielen, die Vibrationen im Hintergrund messen und so die Wartung der Schienen optimieren. Mit einer anderen App lassen sich PendlerInnenströme exakter messen, was Städten wichtige Informationen zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur liefert.

„Kein Bereich des Lebens bleibt verschont – insbesondere in den Städten“

Mayer-Schönberger ist der Ansicht, dass durch selbstfahrende Autos Verkehrsflächen um 25 bis 30 Prozent reduziert werden können und somit auch der benötigte Parkraum. Der Anwendungsbereich beschränke sich jedoch nicht nur auf Fragen der Infrastruktur, wie Mayer-Schönberger zu bedenken gab. Vor allem in den Bereichen Gesundheit und

Bildung sieht er Optimierungspotenzial durch „Big Data“. So bekomme man heute lediglich eine Durchschnittsdiagnose und Durchschnittsmedikation. Durch datenbasierte Medizin könne man die Medikation nun individuell zuschneiden. Zudem sieht Mayer-Schönberger die Zukunft in der Nahversorgung und in kleineren Einheiten. „Größer ist nicht unbedingt besser!“, so der Professor zum Beispiel im Hinblick auf die erhöhte Gefahr von Infektionen in großen Krankenhäusern.

Auch im Bereich der Bildung plädierte Mayer-Schönberger für mehr Individualismus und erinnerte daran, dass jede/-r unterschiedliche Zugänge zu Wissen hat. Dazu gab er das Beispiel einer vierzehnjährigen Schülerin, die aufgrund ihrer schlechten Leistungen in Mathematik in einen Sommerkurs geschickt wurde. Durch einen methodischen Zugang wurde versucht, ihr die mathematischen Probleme auf unterschiedliche Weise zu erklären. Am Ende des darauffolgenden Schuljahres war sie die Zweitbeste ihres Jahrgangs.

Größte Gefahr in der Fehlinterpretation

„Statistisch haben Autos der Farbe Orange die geringsten Reparaturkosten“. Diese Aussage sollte veranschaulichen, dass Daten zumeist nichts darüber aussagen, warum etwas der Fall ist, sondern nur, was der Fall ist. Die größte Gefahr liege somit in der Fehlinterpretation durch uns Menschen. Neben einer methodischen und zielgerichteten Herangehensweise forderte der Festredner am Ende seines Vortrags die anwesenden EntscheidungsträgerInnen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Daten auf. Nur unter Wahrung der digitalen Nachhaltigkeit und der Transparenz könne besorgten BürgerInnen die Angst vor der Digitalisierung genommen werden. ■

Vollversammlung

Resolution einstimmig beschlossen

In der Vollversammlung wurde auch heuer wieder die „Resolution an den Österreichischen Städtetag“ einstimmig beschlossen.

Bei der Vollversammlung der stimmberechtigten Delegierten des Österreichischen Städtebundes unter Vorsitz von Bürgermeister Matthias Stadler (St. Pölten) wurden am Donnerstag, 18. Mai 2017, die statutarischen Beschlüsse gefasst und die wichtigsten politischen Positionen zu den Schwerpunktthemen „Big Data“, „Aufgabenorientierter Finanzausgleich“ und „Interkommunale Zusammenarbeit“ beschlossen.

Forderungen des Österreichischen Städtebundes zu Big Data

- » Entwurf eines nationalen Datenschutzgesetzes, das die Öffnungsklauseln der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im Sinne einer verantwortungsvollen Verwaltungsführung klar regelt, jedoch ohne überbordende Bürokratie oder unverhältnismäßige Kosten zu induzieren
- » Bereitstellung von Daten, insbesondere von jenen, die von Städten und Gemeinden mit großem Ressourceneinsatz erhoben und bei Ländern bzw. Bund aggregiert werden oder von Daten, die von Ländern bzw. Bund erhoben werden und Städte betreffen (keine Differenzierung zwischen Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung)

- » Zugang zu Registern des Bundes (inklusive ausgelagerter Stellen) und der Länder im Rahmen der Vollziehung der gesetzlich übertragenen Aufgaben der Kommunen
- » „Digitale Kompetenz“ von LehrerInnen, um im Unterricht entsprechende Kompetenzen bei SchülerInnen aufzubauen
- » Bereitstellung einer Hochleistungs-Breitbandinfrastruktur im ländlichen und städtischen Bereich
- » Keine Anrechnung von öffentlichen Investitionen der Leistungsbereiche der Daseinsvorsorge in die Kriterien des Fiskalpaktes sowie des Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- » Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die „Collaborative Economy“, um Arbeitsplätze zu sichern und um die Umgehung von Steuer- und Abgabenverpflichtungen möglichst zu verhindern

Aufgabenorientierter FAG in der Elementarpädagogik

Das Paktum zum Finanzausgleich wurde von allen FAG-PartnerInnen im Herbst 2016 unterfertigt. Als Einstieg in eine Aufgabenorientierung wurde im Paktum über den Finanzausgleich ab dem Jahr 2017 eine Neuverteilung der Mittel im Bereich der Elementarbildung vereinbart. Auch in der Resolution finden sich dazu Forderungspunkte zur Umsetzung:

- » Ein Modell, bei welchen jene Städte und Gemeinden verlieren, die bereits gut ausgebaute Kindergärten und Kinderkrippen betreiben, ist strikt abzulehnen. Es geht nicht um den Ausbau, sondern den dauerhaften quantitativen und qualitativen Bestand der Kinderbetreuung. Insofern gilt es ernsthaft zu prüfen, auch die Mittelflüsse des Bundes und der Länder zu integrieren und sicherzustellen, dass mit einem Mehr an Plätzen auch ein Mehr an Mitteln

Das Resolutionskomitee Bgm. Mag. Mathias Stadler, StR Mag. Gerhard Fritz, StR Franz Gruber (v. l. n. r.), nicht am Bild Vzbgm. MMag. Detlef Wimmer



© Foto: Markus Wache

bereitgestellt wird. Mittel, die nicht ausschließlich von den Gemeinden selber kommen. Eine Finanzierung (zumindest des laufenden Betriebs) aus einer Hand kommt der Zielvorstellung der Aufgabenorientierung am nächsten.

- » Begrifflichkeiten wie etwa „ganztägige Betreuung“ sind als Grundlage für eine valide Kindertagesheimstatistik vorab klar zu definieren und bundeseinheitlich festzulegen.
- » Der Österreichische Städtebund verweist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf das FAG-Paktum 2017, wonach quantitative und qualitative Parameter zur aufgabenorientierten Verteilung der Finanzmittel einvernehmlich festzulegen sind.

Interkommunale Zusammenarbeit und strukturschwache Gemeinden

- » Die Länder werden aufgefordert, bei der Erarbeitung von Richtlinien für die interkommunale Zusammenarbeit den

Österreichischen Städtebund und den Österreichischen Gemeindebund zeitgerecht einzubeziehen.

- » Bei der Erarbeitung des „Masterplanes ländlicher Raum“ der Österreichischen Bundesregierung sind sowohl die Empfehlungen der ÖROK im Rahmen der ÖREK-Partnerschaften, wie z. B. zuletzt „Strategien für Regionen mit Bevölkerungsrückgang“, zu berücksichtigen als auch der Österreichische Städtebund einzubeziehen.
- » Die Überlegungen und Diskussionen zum Thema zentralörtliche Versorgungsfunktionen, die im Rahmen der FAG-Verhandlungen begonnen wurden, sind in diesem Sinne fortzuführen. ■

INFOS

Volltextversion unter: www.staedtebund.gv.at

SICHERHEIT UND VISIONÄRE TECHNIK

Aufgestellt für die Zukunft ...

... im doppelten Sinn passt dieser Slogan perfekt für „station BY FONATSCH“, dem Buswartehaus aus dem Hause Fonatsch.

Mobilität ist ein wichtiger Teil unseres Lebens. Während in Ballungszentren viele auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, gilt es im ländlichen Raum ein Grundangebot zu sichern. Gefragt sind Projekte mit Vorbildfunktion, die Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen bieten: Klimaveränderung, nachhaltige Energienutzung und geändertes Kommunikationsverhalten.

Herausforderung angenommen

Die Firma Fonatsch hat diese Herausforderung angenommen. Bisher war die Funktion des Buswartehauses relativ einfach beschrieben – es markierte die Stelle, wo der Bus Halt machte und es bot einen kleinen Unterschlupf gegen die Witterung. „Station BY FONATSCH“ bietet weit mehr. Es ist durchdacht und multifunktional. Neben modernstem Industriedesign



besticht vor allem die eingesetzte Technik: dank Photovoltaik und Speicher ist es energieautark. Es ist mit intelligenter Beleuchtung ausgestattet und bietet den Wartenden Handy- oder E-Bike-Ladestation und WLAN. Dass es auch als Infopoint fungiert und eine bequeme Sitzmöglichkeit bietet, sei nur nebenbei erwähnt. Erweiterung der Infrastruktur Die Stadtgemeinde Melk – einer der ersten Nutzer der neuen Buswartestation – ist stolz mit einem Produkt aus der eigenen Stadt die

Infrastruktur zu erweitern und sorgt so auch ein Stück mehr für die Sicherheit der BürgerInnen. Wir sind begeistert, als eine der ersten Gemeinden, station BY FONATSCH zu haben, so Bürgermeister Widrich.

Was wir sonst noch so zu bieten haben erfahren Sie in unserem Kurzvideo auf unserer Website <http://www.stationbyfonatsch.com> oder direkt bei uns station@byfonatsch.com.



Konkurrenz Onlinehandel

Innenstadtentwicklung in Zeiten von Amazon, Zalando und Co.

Arbeitskreis 1 widmete sich ganztagig den Fragen „Wohin entwickelt sich der Handel? Was bedeutet das für unsere Geschäftsstraßen und Innenstädte? Wie kann ich das Warenangebot meiner Stadt in der digitalen Welt positionieren? Und welche Möglichkeiten gibt es, die eigenen Zentrenstrukturen zu stärken?“

Den Vorsitz beim Arbeitskreis führte Herr Bgm. Werner Krammer aus Waidhofen a. d. Ybbs. Waidhofen verfügt neben dem Stadtmarketing auch über eine Stabstelle zum integrierten Standortmarketing, die direkt im Büro des Bürgermeisters angesiedelt ist. Die Stadt tritt auch immer mehr als Immobilienentwickler auf, um günstiges Wohnen in der Innenstadt zu ermöglichen. Das Markanteste an Waidhofen ist die konsequente Verweigerung eines Einkaufszentrums am Stadtrand. Markus Wotruba, Leiter Standortforschung, BBE Handelsberatung GmbH, München, gab einen Überblick zu den grundlegenden Veränderungen in der Handelswelt und zu dem steigenden Druck auf den stationären Handel. Rudolf Scheuven, Dekan für Architektur und Raumplanung der TU Wien, konstatierte, dass der Onlinehandel die gesamte Handelsfläche um ca. 20 Prozent bis 2025 reduzieren werde. Räumlich gesehen werden sich bestehende Trends verstärken: 1A-Lagen gewinnen, Nebenlagen dünnen aus. Dieser Strukturwandel wirkt sich unterschiedlich auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte aus. Für die Städte bedeutet das, dass Standortentwicklungen „auf der grünen Wiese“ so schnell wie möglich zugunsten der Stärkung zentraler, innerstädtischer Bereiche eingestellt werden sollen.

„shöpping.at“

Gerald Gregori, Senior Vice President, E-Commerce Innovation Management, Österreichische Post AG, stellte im Rahmen des Städtetags-Arbeitskreises „shöpping.at“, den Online-Marktplatz der Österreichischen Post, vor. Dieses Onlineshopping-Portal besticht dadurch, dass sich darauf nur HändlerInnen und HerstellerInnen mit Firmensitz in Österreich präsentieren können. Der Versand der Waren erfolgt zu reduzierten Preisen direkt über die Österreichische Post. Derzeit hat shöpping.at bereits mehr als 110 HändlerInnen unter Vertrag. Es besteht auch die Möglichkeit, bundeslandweise, regionale und lokale Plattformen bis hinunter zur jeweiligen Geschäftsstraße und bei Bedarf bis zur/zum jeweiligen HändlerIn auf shöpping.at einzurichten. Die Plattform heißt dann z. B. kärnten.shöpping.at oder waldviertel.shöpping.at und zeigt nur Produkte, die in dieser territorialen Einheit angeboten werden. Damit kann das Warenangebot im Internet erstmals sowas wie eine „Regionalität“ abbilden. Die Städte, Citymarketings und StadtteilmanagerInnen sind aufgerufen, bei Interesse an einer lokalen Plattform Kontakt zur Herrn DI Gregori aufzunehmen. Dabei sollte allen bewusst sein, dass der KäuferInnenmarkt in Österreich über ca. 6 Millionen Personen verfügt. Wenn

zu viele Plattformen gebaut werden, verästelt sich dieser „Traffic“ (die BesucherInnenanzahl pro Plattform) und es bleibt zu wenig für die einzelne Händlerin/den einzelnen Händler übrig.

Online-Marktplatz „Atalanda“

Roman Heimbold, Geschäftsführer Atalanda GmbH, berichtete über die Erfahrungen und Erfolgsfaktoren in Wuppertal und in anderen Städten mit dem Online-Marktplatz „Atalanda“. Ein solcher lokaler Online-Marktplatz – ähnlich shöpping.at – ermöglicht es, dass potenzielle KundInnen, die online recherchieren („REPO-Effekt“), die gewünschten Produkte online bei der lokalen Händlerin/beim lokalen Händler finden und dann trotzdem ins Geschäft gehen, um dort den Einkauf zu tätigen. Die HändlerInnen berichten nun von völlig neuen KundInnen in ihren Geschäften, die noch nie zuvor ihren Einkauf bei ihnen getätigt haben und via Atalanda erst auf das Geschäft aufmerksam geworden sind. Atalanda arbeitet auch mit großen Partnern wie z. B. Schuhgenossenschaften und dem Buchhandel zusammen. So hat ein Händler z. B. in Hellbronn auf Knopfdruck 15.000 Paar Schuhe online und wird dadurch für die KundInnen attraktiver. Im Wuppertal hat Atalanda mittlerweile 60 HändlerInnen unter Vertrag. Es geht auch darum, online und offline optimal zu vernetzen. So ist z. B. der „Atalanda Screen“ geplant. Ein Bildschirm, den sich HändlerInnen in die Auslage stellen können und der über die Stadt und die HändlerIn/den Händler informiert. Mittlerweile ist Atalanda in neun deutschen Städten und gemeinsam mit der Schweizer Post in Bern und Zürich aktiv, weitere Städte folgen in Kürze. Es gibt auch Gespräche zu einem möglichen Start von Atalanda in Österreich. Bei Interesse sind die Städte eingeladen, sich via Städtebund direkt mit Herrn Heimbold in Verbindung zu setzen.

Lienzer Konzept

Mag. (FH) Oskar Januschke, Abteilungsleiter des Lienzer Stadtmarketings, berichtete, welche Strategien sich zur Stärkung der Lienzer Innenstadt als erfolgreich erwiesen haben. Lienz setzt auf den direkten Kontakt und die Zusammenarbeit der AkteurInnen vor Ort. Dabei werden auch die HauseigentümerInnen sowie die lokalen HändlerInnen in die kommunale Strategieentwicklung miteinbezogen. Auf dieser Basis wurden gemeinsame strategische Ziele sowie Aufgaben auf Seiten der Stadt bzw. der Privaten definiert. Für jedes der vier Quartiere in Lienz wurde ein eigener Verein gegründet. Dieser wird pro Quartier mit ca. 50.000 Euro jährlich gespeist und kümmert sich um das „kommunale Quartiersmanagement“. Darunter fallen sowohl das Marketing und die Kommunikationsarbeit für die Innenstadtbereiche als auch die strategische Entwicklung in den Bereichen Wohnen, Handel

(Öffnungszeiten, Branchenmix), öffentlicher Raum, Kunst und Kultur. Mit den HauseigentümerInnen unterschreibt die Stadtverwaltung sogenannte „Quartiersverträge“, um die Verpflichtungen der öffentlichen Hand, aber auch der Privaten (Erhaltung der Liegenschaften udgl.) in diesen Bereichen verbindlich darzulegen. Derzeit gibt es in Lienz auf 21.000 m² Verkaufsfläche nur zwei leere Geschäfte. Die BesucherInnenfrequenz hat sich seit Etablierung des Quartiersmanagements um 61 % gesteigert. Es ist auch eine Verbesserung des zwischenmenschlichen Klimas zu spüren. Die Leute reden wieder miteinander. Und genau ums miteinander Reden geht's auch im Wissensnetzwerk Innenstadt des Städtebundes. Der Städtebund setzt sich durch die Know-how-Plattform „Wissensnetzwerk Innenstadt“ für die Verbreitung von Strategien zur Stärkung der Innenstadt unter seinen Mitgliedern ein. ■

INFOS

<https://www.staedtebund.gv.at/ausschuesse/wissensnetzwerk-innenstadt/tagungen.html>

Am Nachmittag wurde in drei Arbeitsgruppen zu folgenden Themen diskutiert: Aktionsfeld Digitalisierung und Innenstadtbelebung, Kooperationsfelder zwischen Stadt und Handel im Zuge der Digitalisierung sowie Aktionsfeld Wirtschafts- und Güterverkehr. Dabei standen jeweils folgende ExpertInnen mit Inputbeiträgen zur Verfügung:

A. Digitalisierung und Innenstadtbelebung

- DIⁱⁿ Christine Itzlinger, Referatsleiterin Raumplanung des Landes Salzburg
- Mag. (FH) Oskar Januschke, Lienz
- DI Robert Krasser, Salzburger Institut für Raumordnung

B. Kooperationsfelder zwischen Stadt und Handel

- Geschäftsführer Johann-Peter Höflmaier, Sparte Handel der Wirtschaftskammer Salzburg
- Mag. Roland Murauer, CIMA – Österreich
- Johann Stixenberger, Citymanager, Waidhofen an der Ybbs
- Dipl.-Geograph Markus Wotruba, Leiter Standortforschung, BBE Handelsberatung GmbH, München
- Geschäftsführer Dipl.-Betriebswirt Roman Heimbold, Atalanda GmbH

C. Wirtschafts- und Güterverkehr, City-Logistik

- Dr. Julius Menge, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin
- Mag. Christian Nußmüller, Stadtbauverwaltung, Graz
- DI Gerald Gregori, Österreichische Post AG, Bundesvereinigung für Logistik
- DIⁱⁿ Andrea Faast, Wiener Wirtschaftskammer, Verkehrsplanung

Handel ist schon immer Wandel

Aktuelle Veränderungen in der Handelswelt

Handel ist schon immer Wandel. Nicht erst seit der Erfindung des Supermarktes oder des Warenhauses werden immer die Gleichen verdrängt, nämlich die, die nicht die Ressourcen an Kapital haben, um sich anzupassen. Gemeint ist auch Humankapital. Zum größten Teil handelt es sich dabei um den nicht-filialisierten Fachhandel.

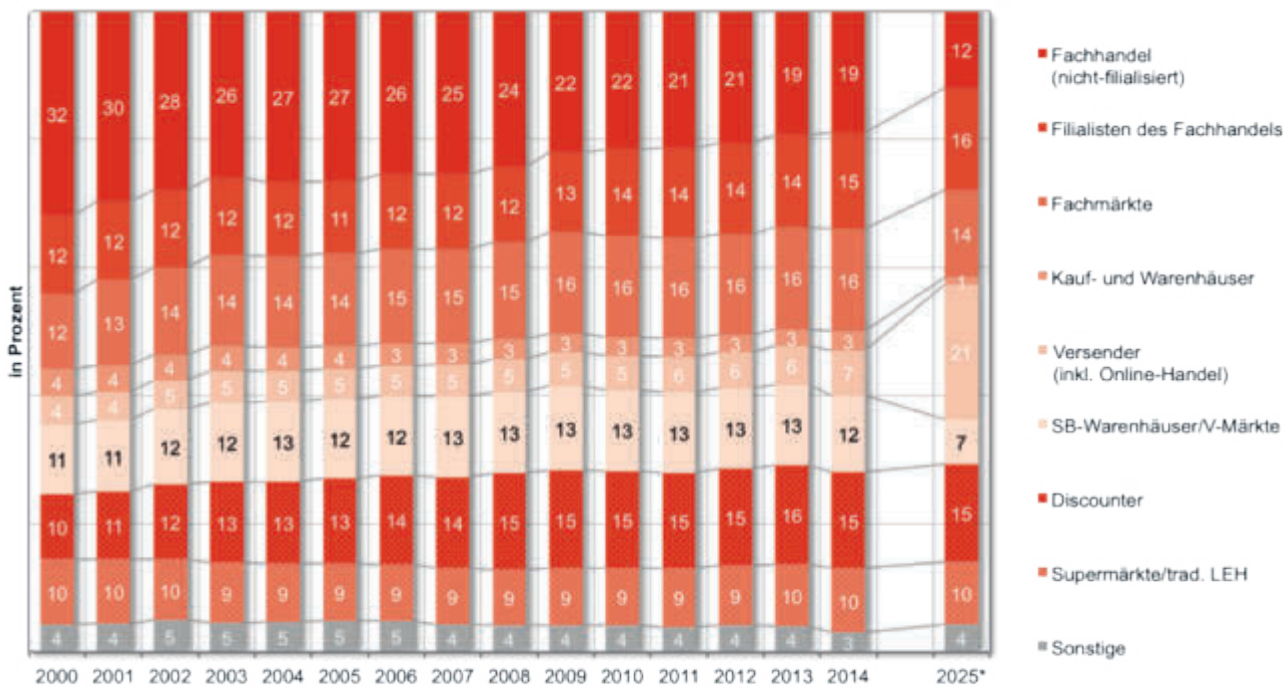
Dipl.-Geogr. Markus Wotruba, BBE Handelsberatung (München)

Der Onlinehandel ist ein hoch kompetitiver Markt. Der Wettbewerber ist stets nur einen Mausklick entfernt. Viele OnlinehändlerInnen werden nicht überleben. Die übrigen bemühen sich um perfekten KundInnen-service und schnellste Lieferung, in den Metropolen der Welt mittlerweile innerhalb einer Stunde. In ihrem Bemühen ums Überleben werden die OnlinehändlerInnen immer besser und setzen neue Maßstäbe. Damit setzen sie den stationären Handel enorm unter Druck, denn der Großteil der EinzelhändlerInnen ist klein. 95 % verfügen über neun oder weniger abhängig Beschäftigte. Viele EinzelhändlerInnen möchten einfach nur um 10 Uhr aufsperrn,

ein paar KundInnen beraten und um 18 Uhr wieder zusperren. Doch das reicht schon lange nicht mehr. Der Abstand der mittelmäßigen stationären HändlerInnen zu den besten OnlinehändlerInnen wird jedes Jahr größer. Lieferung eines Artikels auf Knopfdruck (Amazon Dash), Lieferung in den Kofferraum (DHL mit Volvo, Smart und Audi), virtuelle Regale in der Metro (Tesco in Seoul, Aliqua in München) oder zusätzliche Abholstationen an Verkehrsinfrastrukturen (Amazon & Shell, Rewe to go & Aral, EDEKA und die Deutsche Bahn) sind nur vier spannende Ideen, die funktionieren. Es gibt praktisch keine Kaufentscheidung mehr, die nicht von der Digitalisierung beeinflusst wird: Nachweisbar sinkt die

Lust, zum Einkaufen weite Wege zurückzulegen, Jahr für Jahr, wenn doch alles bequem bestellt werden kann. Hundefutter, Wein und Delikatessen sind die Renner im Onlinehandel. Damit kommt es zum Paradigmenwechsel. Statt wie bisher immer mehr Fläche, die mit immer weniger Personal betrieben wird (vgl. Tante Emma und Supermarkt, traditioneller Elektrohändler und Fachmarkt), wird nun die Fläche ersetzt. Ersetzt durch Information. Erfolgreich sind vor allem Konzepte, die die KundInnen dort abholen, wo sie gerade sind. In der Regel können das heute außerhalb des Lebensmittelhandels und anderer nahversorgungsrelevanter Branchen [sogenannte „Schnelldreher“ oder fast moving consumer goods (FMCG)] nur noch Omni-Channel-Anbieter. Meist gibt es einen von diesen Online-shops, einen Laden und einen Katalog (auf Papier, denn KundInnen sind auch manchmal offline). Immer öfter auch noch weitere Kanäle wie z. B. Chatbots, künstliche Intelligenz und Pop-up-Stores am Ort des Bedarfs (H&M mit Bademode am Strand, Lidl mit Zeltfiliale beim Rockfestival). Wenn die KundInnen heute noch Wege zurücklegen, dann muss es sich richtig lohnen. Dann fahren sie in eine Stadt, in der richtig etwas geboten wird. Nur Lebensmittel kauft man möglichst ums Eck. In der Konsequenz verliert der Einzelhandel in Mittelstädten die Existenzberechtigung. Er wird zerrieben zwischen dem Erlebnishandel in den Shopping-Metropolen und der Grundversorgung im Dorf. Ausnahmen bestätigen die Regel: Orte mit hoher Frequenz an TouristInnen oder einer Lagegunst bezüglich der Verkehrsströme können weiterhin florierenden Einzelhandel aufnehmen. Aber selbst in den Metropolen zählen nur noch die Fußgängerzone und die wenigen „dominanten“ Einzelhandelslagen (starke Stadtteilzentren und starke Einkaufszentren). B-Lagen werden abgehängt. Trotzdem: Wer gut ist, kann auch im hintersten Winkel der Republik Geschäfte machen. Es gibt immer wieder spannende

Beispiele, wie Weltklasse-Einzelhandel in Provinznestern mit 10.000 EinwohnerInnen reüssiert. Ein gern zitiertes Beispiel ist das Textilhaus Garhammer im niederbayerischen Waldkirchen. Sehr unterdurchschnittlich ausgeprägte Kaufkraft, praktisch keine Bevölkerung im Einzugsgebiet der Stadt und trotzdem ein Sortiment und ein Service auf Bundesliganiveau. KundInnen kommen selbst aus München. Der Händler schafft sich sein Einzugsgebiet (weit über das der Stadt hinaus) selbst. Ein Trauerspiel dagegen an anderen Orten: Die seit Jahrzehnten gepredigten Erfolgsregeln werden missachtet, wohin man schaut. WLAN in der City oder im Shoppingcenter gibt es (in Deutschland) nur auf dem Papier. Einheitliche Öffnungszeiten sind ein Fremdwort. Ab 10.000 EinwohnerInnen lohnen sich anscheinend drei konkurrierende Marketing-Gemeinschaften. Die ersten Kommunen geben die Zukunft ihrer Innenstädte außerdem in fremde Hände: Google, ebay und Amazon heißen die neuen Anbieter von leistungsfähigem WLAN in der City. Und diese Unternehmen erfahren ganz nebenbei alles über die KundInnen. Das meiste wissen sie schon, nun wissen sie auch, wo sie sich bewegen und wie lange sie dort verweilen. Daten, die die Stadt gut für ihre Strategie brauchen könnte, wenn sie wüsste, wie man an die Daten kommt ... ■



Quelle: HDE, Zahlenpiegel 2015; *eigene Prognose BBE Handelsberatung

Big Data

Daten veröffentlichen oder schützen?

Im Arbeitskreis 2 wurde unter dem Titel „Big Data – Goldesel der Zukunft“ intensiv über die Vorteile und Hemmnisse, aber auch über die finanziellen Aspekte von Big Data diskutiert.

„Über welche Daten verfügt Ihre Stadt? Wissen Sie das?“, fragte zu Beginn der Veranstaltung Bernhard Krabina vom KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Er erstellte im Auftrag des Österreichischen Städtebundes das Arbeitspapier „Big Data und Österreichs Städte“, in dem er Grundlagen, Fragestellungen und Handlungserfordernisse der Städte in Bezug auf Big Data beschreibt.

Eine Begriffsdefinition von „Big Data“ könne man mittels der drei „V“ versuchen: „Volume“ (Umfang der Daten), „Variety“ (Komplexität) und „Velocity“ (Geschwindigkeit). „Die Städte sollten sich bewusst sein, dass es in ihrem Interesse ist, vorhandene Daten auch zur Verfügung zu stellen.“

Tatsächlich hätten die meisten Stadtverwaltungen keinen Überblick, welche Daten überhaupt vorhanden seien. Der erste Schritt müsse daher sein, einmal eine genaue Aufstellung zu machen, so Krabina. Er empfiehlt, einen Datenkatalog zu erstellen, diesen zu bewerten und anschließend Strategien zu entwickeln.

Als „die größte Umwälzung seit Gründung der Städte vor 500 Jahren“ bezeichnete Philipp Müller, Head of the Public Sector, DXC Technology, die Digitalisierung. Er plädierte dafür, in drei Schritten vorzugehen: umdenken – umsetzen –

umsteuern. „Städte sind auch nicht mehr als soziale Netzwerke. Vorhandene Daten sollten bewertet werden. Anschließend muss eine Strategie her, wie mit den Daten umgegangen werden soll“, so Müller.

Martin Weichbold, Dekan der Universität Salzburg, stimmte seinen Vorgängern zu: „Durch Big Data sind riesige Umwälzungen im Gange, die noch lange nicht abgeschlossen sind“, so Weichbold. Er relativierte aber den Titelbegriff des „Goldesels“: „Big Data bringt Vorteile, aber eher im Sinne von mehr Lebensqualität und neuen Lösungsmöglichkeiten für bestehende Probleme.“

Helmut Spudich, Unternehmenssprecher T-Mobile, plädierte dafür, Freiräume zu schaffen: „Mitte der 1990er hat es mit Autotelefonen begonnen, zehn Jahre später hat jeder eines gehabt. Die Entwicklung ist so rasant, auch die Kommunikations-Industrie wird oft von neuen Technologien überholt. Beispielsweise hat Whatsapp die SMS-Kommunikation abgelöst. Für die Städte heißt das: Es ist Führungsqualität gefragt, um immer neu reagieren zu können.“

Elke Achleitner, Abteilungsleiterin Stadtvermessungsamt Graz: „Es ist wichtig für uns als Städte zu erkennen, dass wir eben kein finanzielles Interesse haben, sondern immer im Sinne der Bürgerinnen und Bürger agieren. Dennoch müssen wir aufpassen, dass wir nicht letztlich diejenigen sind, die viel Geld in die Hand nehmen müssen, um zu Daten zu kommen, die wir vielleicht selbst erheben oder erheben könnten. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen uns jedenfalls, dass wir sorgsam mit ihren Daten umgehen. Dieses Vertrauen müssen wir stärken.“

Michaela Ferk, Know-Center GmbH, TU Graz, betonte, dass in Bezug auf das Datenschutzgrundgesetz eine „enorme Verantwortung“ bei den Städten liege: „Es ist oft nicht so leicht feststellbar, was personenbezogene oder anderweitig heikle Daten sind. Gleichzeitig drohen hohe Strafen bei Verstößen.“

Diese Balance, möglichst umfassend Daten zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig auf Persönlichkeitsrechte zu achten, sei die Herausforderung für Städte und Gemeinden. Auch die Resolution, die vom Städtetag beschlossen wurde, befasst sich schwerpunktmäßig mit Big Data. ■



© Foto: Markus Wache

Was man hat, das hat man. Und was man nicht hat ... das kann man nachholen. Zum Beispiel den Pflichtschulabschluss. Mit der Initiative Erwachsenenbildung werden kostenlose Lehrgänge über die Wiener Volkshochschulen und vier weiteren Bildungseinrichtungen angeboten, um jungen Menschen bessere Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Nachholen können Erwachsene aber auch ihren Lehrabschluss. Beschäftigte Wienerinnen und Wiener können das mit Unterstützung des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff). Er fördert bis zu 3.000 Euro an Kurskosten.

**Also: die Tür ist offen.
Jetzt liegt's an Ihnen!**

Infos unter: www.bildungjugend.wien.at
oder: www.waff.at

StadT  Wien

Big Data

Herausforderung für Städte und Gemeinden

Eine große Revolution kommt auf uns zu (bzw. wir sind schon mitten drin), sagen die einen, wir müssen unser Denken völlig auf den Kopf stellen, fordern andere. Die Rede ist von Digitalisierung und Big Data. Beides ist unmittelbar miteinander verbunden.

Martin Weichbold, Ao. Univ.-Prof. für Soziologie und empirische Sozialforschung, Dekan der Kultur- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg

Immer mehr Prozesse sind computergesteuert, automatisiert und laufen vernetzt ab. Dadurch werden riesige Mengen an Daten produziert, die wiederum als Ausgangspunkt für Analysen und neue Prozesse genutzt werden können. Dass wir uns mitten im Prozess der Digitalisierung befinden, ist eine Tatsache, ebenso, dass dieser Prozess noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht hat, geschweige denn abgeschlossen ist. Auch die enorme Zunahme an verfügbaren Daten ist ein Faktum. Was das aber im Detail für uns bedeutet, ist schon viel weniger klar: Während manche ständige Überwachung und den gläsernen Menschen befürchten, sehen andere fantastische neue Möglichkeiten, die unser Leben erleichtern, oder wittern das große Geschäft.

Was ist Big Data und was haben Städte damit zu tun?

Big Data ist ein Sammelbegriff für digitale Daten, die in mehrfacher Hinsicht „big“ sind, also herkömmliche Größen-

ordnungen übertreffen. Gerne werden zur Charakterisierung verschiedene „V“ verwendet: Volume (Menge an Daten), Velocity (Geschwindigkeit ihrer Verfügbarkeit), Variety (Unterschiedlichkeit der Daten bzw. Quellen mit der Möglichkeit der Verknüpfung). Big Data umfasst damit sehr unterschiedliche Arten von Daten, zum Beispiel Transaktionsdaten (die bei der Nutzung von Internet, Handy, Kreditkarten etc. automatisch generiert werden), Daten von vernetzten Geräten (z. B. Smart Home, Smart Meter, Autos, „Internet of Things“), Sensoren unterschiedlicher Art (z. B. Umweltmessdaten, Parksensoren, „intelligente“ Straßenlaternen), Daten aus GIS-Anwendungen, Überwachungskameras, Daten aus Verwaltungsakten, Social Media und andere mehr. Insofern ist es schwierig, über Big Data insgesamt zu sprechen, weil Daten hinsichtlich ihrer Form, ihres Informationsgehalts und ihrer Nutzbarkeit sehr unterschiedlich sein können.

In Bezug auf Big Data können Städte verschiedene Rollen haben: Sie sind selbst im Besitz von Daten oder produzieren diese (z. B. Verwaltungsdaten oder Daten aus verschiedenen kommunalen Betrieben oder Dienstleistungen, Betrieb von Servern etc.), sie nutzen fremde Daten für diverse Anwendungen (z. B. aus geografischen Informationsdiensten) oder sie definieren Rahmenbedingungen für die Nutzung von Daten in ihrem Einflussbereich. Egal in welcher Rolle, Kommunen müssen sich mit der Digitalisierung auseinandersetzen. Auch wenn sich die künftige Entwicklung vielfach nur erraten lässt, wäre es fatal, einfach abzuwarten und die Dinge auf sich zukommen zu lassen, vielmehr müssen sie aktiv angegangen werden. Ein erster Schritt ist es, sich über die aktuelle Situation im eigenen Haus (z. B. den derzeit schon vorhandenen oder genutzten Pool an Daten) einen Überblick zu verschaffen.

Was kann man mit Big Data machen?

Technisch gesehen ist bereits sehr viel möglich und mit weiterhin zunehmender Rechenleistung, höheren Bandbreiten der Internetverbindungen und fortschreitender Entwicklung



Die Vortragenden v. l. n. r.:
Helmut Spudich (T-Mobile Austria GmbH),
Philipp Müller (DXC Technology),
Martin Weichbold (Universität Salzburg),
Elke Achleitner (Stadtvermessungsamt
Graz), Bernhard Krabina (KDZ),
Michaela Ferk (Know-Center GmbH,
TU Graz)

im Softwarebereich (z. B. im Bereich der Gesichtserkennung oder allgemeiner der Mustererkennung) werden die Anwendungsmöglichkeiten noch weiter zunehmen. Genau in diesen Möglichkeiten liegen aber auch Befürchtungen von Menschen und DatenschützerInnen: Mithilfe der Verknüpfung verschiedener Datenquellen ist es durchaus möglich, individuelle Profile zu erstellen, die die Vision eines gläsernen Menschen realistisch erscheinen lassen. Auch wenn für den Einzelnen damit durchaus interessante Vorteile verbunden sein mögen (etwa die Erstellung individuell abgestimmter Angebote und Services), bereiten solche Anwendungen etlichen Menschen Unbehagen. Viele Umsetzungen sind aber gar nicht an einzelnen Personen interessiert, sondern analysieren große Datenmengen von vielen Menschen. So wäre es etwa denkbar, TouristInnenströme anhand von Log-in-Daten von Handys in Kombination mit Verkehrssensordaten oder Kameraaufzeichnungen zu modellieren und auf dieser Basis BesucherInnenlenkungssysteme in Echtzeit zu steuern.

Die riesigen Datenmengen und die unterschiedlichen Quellen, die vernetzt und analysiert werden, sind vordergründig sicher das auffallendste Merkmal von Big Data. Aus wissenschaftlicher Sicht ist aber ein weiteres Charakteristikum zu nennen, nämlich die damit oftmals verbundene Umkehrung der Forschungslogik. Der „klassische“ wissenschaftliche Weg ist es, ausgehend von einer Fragestellung nach Lösungen zu suchen und dafür die notwendigen Informationen (sprich Daten) zu besorgen. Im Fall von Big Data sind die Daten aber meist der Ausgangspunkt, ja mitunter sogar das „Abfallprodukt“ von anderen Prozessen. In der Folge wird gefragt, wie man die Daten weiter nutzen könnte – es wird, überspitzt formuliert, nicht die Lösung zu einem Problem, sondern das Problem zu einer Lösung gesucht. Tatsächlich gelingt es durch diesen datengetriebenen Zugang immer wieder, neue, innovative und spannende Ergebnisse oder Anwendungen zu finden, die man mit herkömmlicher Vorgangsweise möglicherweise nicht gefunden hätte, eine Garantie dafür

gibt es aber nicht. Im Gegenteil: In vielen Fällen geben die Daten letztlich nicht das her, was man sich erhofft hatte oder lassen sich Lösungen aus technischen oder anderen Gründen nicht realisieren. Über diese Fälle des Scheiterns liest man freilich in der Regel nichts, denn berichtet werden vor allem spektakuläre Erfolge mit Big Data.

Man sollte sich daher nicht von der schier Menge an Daten blenden lassen, auch nicht von immer wieder zitierten Anwendungserfolgen von Big Data und erst recht nicht von den Propheten, die als Heilsrufer auftreten (aber vor allem den eigenen ökonomischen Vorteil im Auge haben). Zuerst sollte man sich fragen, welche Probleme bzw. Fragestellungen man tatsächlich lösen möchte. Nicht alles, was machbar ist, ist auch notwendig oder sinnvoll. Insbesondere bei einem datengetriebenen Zugang ist es wichtig, die Sinnhaftigkeit von Anwendungen kritisch zu hinterfragen. Dann sollte man überlegen, ob die angestrebte Lösung überhaupt realisierbar ist: Enthalten die vorhandenen Daten tatsächlich die notwendige Information? Ist eine Lösung technisch überhaupt umsetzbar (bzw. mit welchem Aufwand) und verfügt man über das notwendige Know-how? Schließlich ist es wichtig, auch die Betroffenen ins Boot zu holen. Die Einhaltung der gesetzlichen (insbesondere datenschutzrechtlichen) Bestimmungen ist ohnehin selbstverständlich, es geht aber gerade bei öffentlichen Gebietskörperschaften auch darum, mit den BürgerInnen transparent und offen zu kommunizieren, sie ins Boot zu holen und damit Ängste (etwa jene vor den gläsernen Menschen) von Beginn an zu zerstreuen. Denn langfristig können Big-Data-Anwendungen nur funktionieren, wenn sie von einer Gesellschaft als prinzipiell positiv beurteilt und akzeptiert werden. ■

LINKS

Stadtentwicklungsplan 2025
www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step2025/index.html



Martin Weichbold von
der Universität Salzburg
referierte im Arbeitskreis 2
über die Herausforderungen
von Digitalisierung und
Big Data.

© Alle Fotos: Markus Wache

Sport, Kultur, Freizeit

Machen wir unsere Städte zukunftsfit!

Sport-, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten nehmen wir als BürgerInnen oftmals als gegeben hin bzw. pochen auf ein gewisses Grundrecht darauf. Das ist auch gut und richtig – wie so oft tritt dabei aber in den Hintergrund, dass Städte und Gemeinden die größten Investoren und Förderer von Sport-, Kultur- und Freizeitanlagen sind. Dieser vermeintliche „Luxus“ muss in den kommunalen Budgets regelmäßig gegen andere elementare Leistungsangebote der Kommunen verteidigt werden.

Im Bereich Sport hat sich der vor drei Jahren gegründete Fachausschuss für Sportangelegenheiten des Österreichischen Städtebundes ganz aktuell damit auseinandergesetzt und wird in Kürze Leitlinien verabschieden. „Mit diesen positionieren sich die Städte und Gemeinden klar und wollen die Ausrichtung des Sports in Zukunft mitdiskutieren, denn: Sport ist längst nicht mehr ein Nebenschauplatz“, so der Vorsitzende, Vizebürgermeister Oberst Horst Karas aus Wr. Neustadt. „Ziel jeder Gemeinde ist es, Gesundheit, Integration und ein gutes Miteinander ihrer Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen und zu fördern. Dafür sind Sport und Bewegung wesentliche Faktoren!“ Der erste Arbeitskreis zu Sport, Kultur und Freizeit auf dem Österreichischen Städtetag diskutierte nun diese Themen im kommunalen Kontext.

Sportinfrastruktur in den Städten

Ein abwechslungsreiches Freizeit- und Kulturangebot ist Garant für Lebensqualität und gleichzeitig Tourismusmagnet – und die Messlatte liegt in Österreich hoch! Das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung befragte in einer österreichweiten Studie Kommunen zu ihrer Sportinfrastruktur. Und das Ergebnis lässt sich sehen: In den 50 befragten Städten und Gemeinden stehen rund 1.420 unterschiedliche Sportanlagen zur Verfügung. Das sind durchschnittlich beachtliche 28 Sportanlagen pro Gemeinde – und je größer die Gemeinde, desto mehr Anlagen gibt es! Knapp über die Hälfte davon wird von Gemeinden bzw. unter ihrer Beteiligung bereitgestellt. Die zahlreichen Vereine sind dabei ein starkes Rückgrat für den sozialen Zusammenhalt vor Ort – aber in Österreich, wie auch in Deutschland, gibt es eine rückläufige Entwicklung der Vereinsmitglieder und einen starken Trend zur Individualisierung (insbesondere im Sport). War früher beispielsweise der Sportverein der Gemeinde der Haupttreffpunkt der Jugend, so verlieren diese Vereine heute

Mitglieder, weil Jugendliche einander lieber zum Skaten draußen treffen oder ins Fitnessstudio gehen. Vereinsbeiträge, Kadersysteme und unflexible Trainingszeiten stehen den Realitäten der Jugendlichen und auch der arbeitenden Bevölkerung häufig entgegen. Da Sport aber eine wichtige soziale und gesundheitsfördernde Komponente ist, müssen Gemeinden auf diese Trends reagieren.

Der Bedarf und das Angebot müssen daher einer kritischen Analyse unterzogen werden. Der Vorsitzende des Fachausschusses Sport, Horst Karas, wirft in der Diskussion brennende Fragen auf: Haben alle Städte ihren Bedarf schon erhoben oder herrscht hier Ungewissheit? Die KDZ-Studie weist darauf hin, dass Bedarfserhebungen, Auslastungen, regionales Nutzungsverhalten und Förderbedarf wesentlich weniger weit verbreitet sind als nötig.

Vor allem der Freizeit- und Kulturbereich lebt vom gemeinsamen Einsatz der Stadt und engagierter BürgerInnen. Vielfältige Kulturangebote bieten eine einmalige Gelegenheit, das Profil einer Stadt zu schärfen und ein Alleinstellungsmerkmal zu kreieren. Das gibt es natürlich nicht umsonst – auch hier fließen öffentliche Mittel, und auch hier müssen Kosten und Nutzen abgewogen werden.

Finanzierung und Digitalisierung

Aus Dornbirn berichtete in diesem Zusammenhang der Kulturamtsleiter Mag. Roland Jörg von der vielfältigen Kulturszene in seiner Stadt, seinen abwechslungsreichen Herausforderungen und von den Erwartungen im Zusammenhang mit der Bewerbung als Europäische „Kulturhauptregion“ 2024. „Kulturelles Branding kann niemals übergestülpt werden; kulturelle Leuchtturmprojekte verlieren irgendwann an Bedeutung, wenn man es nicht schafft, sie mit Leben zu füllen“, so Jörg.

Dies kann unter anderem mithilfe der Digitalisierung erfolgen. Der neue Geschäftsführer der Fremdenverkehrsgesell-



ReferentInnen des AK (ohne Bgm. Eggenreich, Weiz)
V. l. n. r.: Oliver Stärz (GF Fremdenverkehrs GmbH Zell am See), Roland Jörg (Kulturamtsleiter Dornbirn), Robin Kähler (Deutsche Vereinigung für Sportwissenschaft – dvs), Moderator Harald Manzl (ORF Salzburg), Alexandra Schantl (KDZ), VizeBgm. Horst Karas (Wr. Neustadt), Bernhard Bauer (Venuzle)

schaft der gastgebenden Stadt Zell am See, Mag. Oliver Stärz, erweiterte die Diskussion: Er präsentierte seine Pläne und Projekte und die neuen Chancen der Digitalisierung. Erwin Eggenreich, MA MAS, Bürgermeister von Weiz, muss sich insbesondere mit der Finanzierung und Auslastung von öffentlich finanzierten Einrichtungen und Vereinen auseinandersetzen. Für die Verwaltung der Sportanlagen greift auch Weiz nun unter anderem auf ein Tool aus dem „digitalen Zeitalter“ zurück. Mit der Onlineplattform bzw. App „Venuzle“ können unkompliziert Sportstätten gebucht, MitspielerInnen oder Kurse gefunden und so eine noch bessere Auslastung bei geringerem Aufwand erreicht werden.

Interkommunal betriebene Sportanlagen

Wenn das Budget dann noch immer nicht reicht, kommen zunehmend regionale Kooperationsprojekte zum Zug. Auch diesen wurde im Grundlagenbericht des KDZ nachgegangen und die Abwicklung an drei Beispielen aus ganz Österreich genau erhoben. Gerade bei großen und kostenintensiven Freizeiteinrichtungen wie Bädern wäre eine interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll. So müssten Projekte nicht an Budgets einzelner Gemeinden scheitern und Stadt und Umlandgemeinden können sich Nutzen und Lasten im Sinne ihrer BürgerInnen fair teilen, wie Mag.^a Alexandra Schantl vom KDZ berichtet.

Derzeit sind interkommunal betriebene Sportanlagen noch eine Seltenheit. Die Erhebung des KDZ zeigt: Sportstätten stehen eher im regionalen Wettbewerb, als einander zu ergänzen. Auch bei kostenintensiven Anlagen sind Kooperationen leider noch selten. Negative Auslastungszahlen bei gleichzeitigem Sanierungsbedarf bedeuten für die Standortgemeinde



In den Arbeitskreis wurde mit gemeinsamem „Morgensport“ gestartet.

entweder großen finanziellen Mehraufwand – oder aber die Schließung. „Eine verstärkte regionale Koordination und Zusammenarbeit könnte hier entgegenwirken und zu einem spezialisierten und vielfältigeren Sportangebot beitragen“, so Schantl.

Auf langjährige Erfahrung mit Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen als wertvolle Marketingassets für eine Stadt kann Mag. (FH) Mag. Oskar Januschke verweisen: Die Osttiroler Sport-, Kultur- und Einkaufsstadt Lienz in den Dolomiten bietet ein reiches Betätigungsfeld auf vielen Ebenen. Er setzte sich insbesondere damit auseinander, „wie man diese Nuss der regionalen Kooperation bzw. Kooperation an und für sich knacken kann“. Januschke ist seit 35 Jahren hier aktiv, und seine Erfahrung besagt, dass Kooperationen in der Regel erst entstehen, wenn es einen gewissen Leidensdruck gibt. Und: „Es geht nur Schritt für Schritt und Partner für Partner; motivieren und Vertrauen bilden sind die Zauberwörter.“

Die deutschen Kommunen haben bereits erkannt, dass die Ausrichtung des Sports in Zukunft strategischer und koordinierter geschehen muss. Aus diesem Grund hat die Deutsche Vereinigung für Sportwissenschaft (dvs) Strategien und Leitlinien für eine kommunale Sportstrategie entworfen, in welche Prof. Dr. Robin Kähler Einblicke gab. ■

Integrierte Stadtentwicklung und Sport

Kommunale Herausforderungen und Lösungen

Sport hat nicht nur viele positive Wirkungen, sondern ist als Ganzes gesehen eine populäre Projektionsfläche für zahlreiche Wünsche und Funktionen. Die vier Top-Sportarten in Österreich über das gesamte Lebensalter hinweg sind Radsport, Wandern, Schwimmen und Gymnastik. Dies hat sich kaum geändert.

Horst Karas, zweiter VBgm. Wiener Neustadt

Das Umfeld des Sports und das Sportverhalten haben sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich gewandelt. Auf die Kommunen als Erhalter der Sportinfrastruktur und Fördergeber für Sportvereine kommen aus diesem Grund viele neue, komplexe Aufgaben und strategische Neuausrichtungen zu.

Demografische Veränderungen und Individualisierung von Sport

Der demografische Wandel zeigt sich auch im Sport. Der Wandel der Gesellschaft, die Individualisierung und in weiterer Folge das veränderte Sportverhalten haben auf die Entwicklung der Sportvereine vielfältige Auswirkungen. Kleinere und mittelgroße Vereine klagen über erhebliche Probleme im Mitgliederbereich. Der Konkurrenzdruck auf dem freien Markt der Sportanbieter, aber auch der selbst zu verantwortende Wettbewerb der Sportvereine untereinander, hat mit einem wachsenden Angebot an Sportgelegenheiten erheblich zugenommen.

Aber auch die Zusammensetzung der Mitglieder hat sich in den letzten Jahren in vielen Sportvereinen geändert. Die Zahl der männlichen Mitglieder ging zurück, die der weiblichen Mitglieder hat sich dagegen erhöht. Mädchen und Frauen werden „sportlicher“, darauf müssen sich viele Vereine, aber auch die Städte zukünftig einstellen. Der Vereinssport (außerhalb der eher weiblich dominierten Turn-, Reit- und Tanzvereine) war jahrzehntelang traditionell männlich dominiert. Es gibt viel zu wenig geeignete Sportanlagen für Frauen.

Sport und Vereine

Die Anforderungen an die Vereine haben sich erhöht und müssen im Blick einer kommunalen Sportentwicklungsplanung für die Zukunft von dieser neu bewertet werden. Es ist schwieriger geworden, neue Mitglieder außerhalb eines temporären, flexiblen, attraktiven Kurssystems, das sich der Berufswelt und den unterschiedlichen Lebenskonzepten der

Menschen anpasst, zu gewinnen. Auch wenn die Vereinsentwicklung nicht in die Zuständigkeit einer Stadt fällt, sind diese Veränderungen im Rahmen einer Sportentwicklungsplanung und -politik genau zu verfolgen und zu diskutieren – insbesondere mit Blick auf Integration, den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft, die Förderung der Jugend, Mädchen und Frauen sowie der traditionellen Sportarten. Das betrifft auch die Unterstützung älterer Menschen, die sich gesundhalten möchten und geeignete Bewegungsangebote und -räume wünschen. Es gibt für Kommunen wirkungsvolle Förder- und Regulierungsmöglichkeiten, um Nutzungen von Infrastruktur sinnvoll zu gestalten und Entwicklungen anzuregen: klare Förderrichtlinien z. B. für eine effiziente Nutzung und Bewirtschaftung der Sportanlagen, mit Mindestbelegungen, Kurzzeitverträgen, Anreize für Energieeffizienz, für den sorgsamen Umgang mit der Mietsache. Mittel können aber auch von Vereinskoooperationen abhängig gemacht werden.

In Anbetracht der kommunalen Finanzen und der vielen Aufgaben, die die Kommune erledigen muss, ist eine Diskussion über die Stadtziele und in Folge über die effiziente und effektive Wirkung eingesetzter Steuergelder wichtig: Der freiwillige Sport muss für kommunale Förderungen darlegen, dass er (immer noch) förderungswürdig im Sinne der Stadtziele ist und die erwarteten Leistungen hierfür auch nachhaltig erbringt.

Sport und Stadtentwicklung

Der Sport in einer Kommune ist das Ergebnis einer einzigartigen Stadtentwicklung. Er ist ein integrierter Teil der Stadt und kein eigenes, geschlossenes System. Eine nachhaltige, integrierte Sportentwicklungsplanung gründet sich auf den Rahmenbedingungen einer Stadt und daraus abgeleitet auf sportbezogene Leitbilder und strategische Leitziele. Im Rahmen einer so verstandenen integrierten Stadtentwicklung lautet die entscheidende Frage an den Sport „Was trägt der Sport zum Erreichen der Ziele der Stadt bei?“ und nicht wie früher



© Foto: iStockphoto



„Was muss die Stadt für den Sport leisten?“. Zudem ist die Stadt aus Sicht der Menschen zu einem potenziellen Bewegungsraum geworden. Plätze, Straßen, Wege sind auch „Sportplätze“ geworden. Das verändert kommunale Planung in diesem Bereich grundsätzlich.

Um als Kommune im Rahmen der Stadtziele zu entscheiden, was im Sport zur unverzichtbaren Daseinsvorsorge wirklich gehört und förderungswürdig ist, muss es zukünftig eine ämterübergreifende und interdisziplinäre Sportentwicklungsplanung geben, an der BürgerInnen, Vereine, Schulen, SportplanerInnen, kommunale Verwaltungen, PolitikerInnen und BewegungsexpertInnen fachlich arbeiten.

Sport und Schule

Die Themen (Schul-)Sportstätten und -räume und Sportentwicklung sind unter dem Aspekt Bevölkerungswachstum auch für die Kommunen zu einem Problem geworden. Sinkende SchülerInnenzahlen führen zum Klärungsbedarf, was zukünftig mit den Sportstätten geschehen soll: Neubau, Umbau, Zusammenlegung oder gar Schließung? Auch die zunehmende Entwicklung hin zu Ganztagschulen wird die kommunale Raumplanung für Schulsportanlagen erheblich beschäftigen (Laging, 2016). Wenn SchülerInnen bis 16:30 Uhr in der Schule sind, braucht es unbedingt schulische spiel- und

sportorientierte Bewegungsangebote am Nachmittag. Es ist dann zu prüfen, welche bewegungspädagogischen Qualitäten vorhandene Schulräume (z. B. attraktive, beispielbare Schulhöfe) haben und mit welchen außerschulischen Partnern die Schulen im Sport sogenannte „Bildungslandschaften“ bilden können, um den Nachmittagsport zu ermöglichen. Sportvereine könnten solche Partner sein oder werden.

Neue Modelle der Kooperation sind daher auch ein wichtiges Thema der Sport- und Schulentwicklungsplanung. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass der Nachmittagsport der SchülerInnen zuallererst eine Frage nach geeigneten Inhalten ist. Denn es handelt sich nachmittags weder um einen Pflichtschulsportunterricht noch um die Vermittlung von normgerechten Sportarten durch ExpertInnen. Viel wichtiger ist das gemeinsame, freie, informelle Sporttreiben in geeigneten Räumen ohne Pflichtcharakter. Aber weder die Schulen noch die Sportvereine und die Kommunen sehe ich derzeit in der Lage, diese Aufgabe im Sinne dieses Bildungsziels befriedigend zu bewältigen.

Sanierungen stehen an

Die Lebensdauer der meisten Sportanlagen lassen erwarten, dass viele von ihnen sanierungs- und modernisierungsbedürftig sind bzw. bald werden. Auch die Sportanlagen, die in den

1970er- und 1980er-Jahren gebaut worden sind, haben bereits Mängel, die dokumentiert werden müssen. Untersuchungen zeigen, dass in fast allen Kommunen aus Sicht der NutzerInnen bis zu 30 % der Sportanlagen Mängel mit erheblichem Sanierungsbedarf aufweisen (Kähler & Rohkohl, 2014).

Aus städtischer Sicht wäre es aber viel zu aufwendig, Mängel zu beheben. Aus Sicht der Sportvereine hat die sportfunktionale Nutzbarkeit der Sportanlagen daher eine fast schon existenzielle, für den Schulsport lernbehindernde Bedeutung. Die „besitzenden Vereine“ können zwar auf ihre Sportanlagen zurückgreifen, sind aber auch auf zusätzliche kommunale Sportstätten angewiesen. Außerdem sind sie nicht in der Lage, ihre eigenen Anlagen vollständig selbst zu finanzieren und benötigen auch in Zukunft kommunale Zuschüsse. Es wird daher im Rahmen einer Sportentwicklungsplanung sehr genau zu prüfen sein, welche „echten“, nachgewiesenen und nicht „gefühlten“ Bedarfe die Sportvereine haben und wie diese durch bessere Auslastung, Kooperationen, Belegung, Überlassungen vorhandener Sportstätten zunächst behoben werden können. Erst wenn alle Effizienzen ausgenutzt worden sind und der Bedarf immer noch nicht gedeckt sein sollte, ist zu klären, welcher Bedarf zur Sicherung des Schulsports und welcher Gesamtbedarf für Sporträume allgemein besteht und im Rahmen der Haushaltsmittel gedeckt werden kann (Kähler & Rohkohl, 2014; Kähler, 2015).

Sport und Integration

Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren ist, bezogen auf die Gesamtzahl der Jugendlichen in Stadtteilen, in vielen Stadtteilen mittlerer und größerer Städte hoch. Auch die Zahl von Kindern und Jugendlichen, die armutsgefährdet, aus bildungsfernen Haushalten und benachteiligten sozialen Milieus sind, steigt in den letzten Jahren konstant.

Die Integration und der Zusammenhalt der Stadtgesellschaft kann vor allem vor Ort, im Grätzl, gefördert werden. Bewegungsangebote, Vereinsaktivitäten und Bewegungsräume haben erhebliche positive Wirkungen auf die Integration und den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. Soziale Ungleichheiten sind in einer Stadt durch Veränderungen des Umfelds auszugleichen.

In eigenen Untersuchungen konnte aber festgestellt werden, dass gerade in sozial belasteten Stadtteilen kaum nutzbare Sport- und Bewegungsräume vorhanden sind. Das bedeutet,



dass die Menschen dort bereits schlechtere Umfeldbedingungen haben als BewohnerInnen in anderen Stadtteilen.

Der verfassungsgemäße und politische Auftrag der Kommune ist klar: möglichst chancengleiche Lebensbedingungen für alle BürgerInnen zu schaffen. Aber genau dieser Auftrag verpflichtet eine Kommune, die Bewegungsbedürfnisse aller BürgerInnen in den Blick zu nehmen, den Schulsport, den Vereinssport und – zukünftig verstärkt – den Sport im öffentlichen Raum insbesondere für Kinder, Jugendliche, Frauen, Ältere, Menschen mit ausländischen Wurzeln und Menschen mit Handicap zu berücksichtigen.

Der Blick einer Sportentwicklungsplanung und -politik muss mehr als bisher auf diese Grätzle gerichtet werden, damit der Sport seine Integrationspotenziale nutzen kann. ■



Auf dem Podium (v. l. n. r.):
Landesrat Philipp Achammer aus Südtirol,
Bildungsministerin Sonja Hammerschmid,
Moderatorin Alexandra Förderl-Schmid,
Bürgermeister Harald Köhlmeier aus Hard und
Genetiker Markus Hengstschläger

Österreichisches Bildungssystem

Zukunft Schule – Schule der Zukunft

Im Arbeitskreis 4 diskutierten Bildungsministerin Sonja Hammerschmid, Genetiker Markus Hengstschläger, Bürgermeister Harald Köhlmeier aus Hard und Landesrat Philipp Achammer aus Südtirol über das Thema Bildung.

Folgende Fragen standen im Arbeitskreis 4 im Mittelpunkt: Wird das österreichische Bildungssystem den Anforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft noch gerecht? Wie zeitgemäß sind Frontalunterricht, Notensystem und Stundeneinteilung? Welche pädagogischen Konzepte braucht es, um SchülerInnen praxisrelevante Inhalte nachhaltig zu vermitteln, ihre Talente zu entdecken und entsprechend zu fördern und sie gleichzeitig auf die Arbeitswelt vorzubereiten? Sprich: Wie soll die Schule der Zukunft aussehen?

Talente statt Durchschnitt fördern

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid sagte: „Wir sind im Durchschnitt angekommen, daher brauchen wir ein großes Stück Erneuerung.“ Sie sah zum einen Handlungsbedarf bei den Grundkompetenzen der SchülerInnen, wie Mathematik, Deutsch oder Englisch, und betonte auf der anderen

Seite, dass sich die Herausforderungen verändert hätten. Das Potenzial jedes einzelnen Menschen zähle, das sei unsere Ressource und weiter: „Wir brauchen kreative junge Menschen. Darauf müssen wir sie in der Schule hinführen.“ Zum Thema Digitalisierung sagte sie, dass Kindern Problemlösungskompetenz, Selbstverantwortung und Gestaltungskraft beigebracht werden müsse. Ganz wichtig war ihr auch die „Öffnung der Schulen“. Schule müsse „neu gedacht“ werden und entlang dessen gestaltet werden. Abschließend betonte sie, dass sie um das Autonomiepaket für die Schulen kämpfen werde, denn hier stehe die Pädagogik im Mittelpunkt; die PädagogInnen sollen gestalten können und die Schulen mehr Verantwortung bekommen.

Markus Hengstschläger, Vorstand am Institut für Medizinische Genetik der Universität Wien, sah eine „vorhersehbare und eine unvorhersehbare Zukunft“, wobei 99 Prozent der

Entscheidungen für die vorhersehbare Zukunft getroffen würden. Beide Arten der Zukunft würden auf uns zukommen. Weiters betonte er, dass der Begriff „Wissen“ in Zeiten von Google & Co. durch den Begriff „kommunizierte Information“ abgelöst wurde. Das Wissen verdopple sich ein Mal in 24 Stunden. Hengstschläger: „Niemand ist für morgen vorbereitet“. Er plädierte weiters vehement für den Beruf „Scout“, der sich auf sein „Bauchgefühl verlässt“ und etwa Talente in den Bereichen Musik, soziale Kompetenz oder Sport erkennen solle; LehrerInnen sollten „Grundwerkzeug“ unterrichten.

Vorzeigeregionen Vorarlberg und Südtirol

Vorarlberg und Südtirol zeigen, wie es gehen kann: Schulen als Bildungshäuser, Integrierte Gesamtschulen, Ganztagschule, Digitalisierung und Autonomie der Schulen sind nur einige Aspekte, die eine neue Richtung im Bildungsbereich charakterisieren.

Bürgermeister Harald Köhlmeier aus der Marktgemeinde Hard in Vorarlberg erläuterte die „Schule der Zukunft“ am Beispiel seiner Gemeinde und nannte folgende Faktoren: Di-

versität, Betreuung von mehreren Klassen durch ein autonomes LehrerInnenteam, erleichterte Beziehungsarbeit durch „Jeder kennt jeden“, Notwendigkeit von Räumen für Betreuung (Restaurant, Betreuungsräume), LehrerInnenarbeitsplätze in der Schule, zentraler Ort von Begegnung und Integration von Unterstützungsangeboten wie Schulsozialarbeit oder Schulpsychologie. In den Schulneubau in Hard werden 42 Millionen Euro investiert.

Abschließend betonte Philipp Achammer, Landesrat für Deutsche Bildung und Kultur sowie Integration aus Bozen in Südtirol: „Es braucht Vertrauen in die Kinder und die Schule muss auf die Individualität der Kinder bauen“. Dabei habe die italienische staatliche Bildungspolitik, die bis in die 1990er-Jahre sehr „progressiv“ gewesen sei, Südtirol geholfen. Seit 1962 gebe es die gemeinsame Schule, seit dem Jahr 2000 die Autonomie. In Richtung der PädagogInnen sagte er: „Lassen wir sie arbeiten. Sie können das hervorragend.“ ■

WO LICHT IST, DA IST LEBEN:

VELUX Modular Skylights für Gewerbebauten

Mit Modular Skylights, dem modularen Oberlicht-System von VELUX, lassen sich ästhetische, großzügige Tageslichtlösungen für Gewerbe- und öffentliche Bauten einfach und schnell realisieren.

Einfach, genial: Modular Skylights eröffnet völlig neue Wege beim Einbau von Belichtungs- und Belüftungsflächen in großen Gebäuden mit flachen Dächern. Modular Skylights basiert auf einem einzigen Grundmodul und besteht aus vollständig vorgefertigten Elementen. Alle Bauteile werden als komplettes System geliefert, eine weitere Anpassung vor Ort ist nicht erforderlich.

Ein System mit unzähligen Vorteilen

Großzügige Hallen unter flachen Dächern, von Tageslicht geflutet, optimal belüftet und zugleich ein ästhetischer Anblick: Sie sind nicht länger Utopie! Das Modular Skylights-System von VELUX ermöglicht mit seinem schmalen Profil und den flächenbündigen Außenkanten der Profile ein elegantes, luftiges Design und bietet viele Vorteile.

Optimales Raumklima

Das eigens entwickelte Rahmenmaterial ermöglicht einen niedrigen U-Wert, die integrierte Tageslicht- und Belüftungssteuerung optimiert das Raumklima und sorgt für maximales Wohlfühlgefühl, auch in großen Hallen. Der Sonnenschutz fügt sich durch nicht sichtbare Motoren perfekt in das schwebende Design ein.

Neue Maßstäbe für das öffentliche Leben

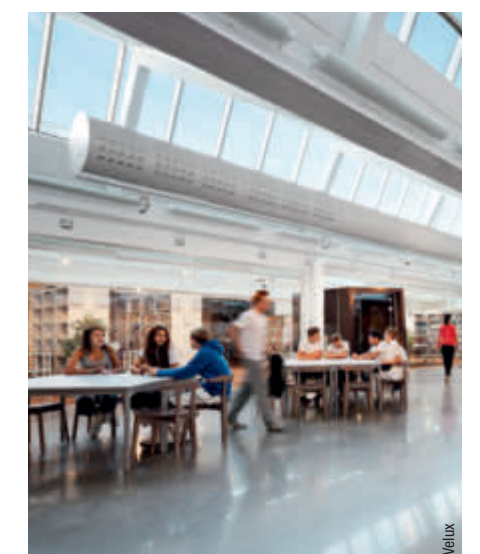
Mehr als 90 % seiner Zeit verbringt der durchschnittliche Europäer in geschlossenen Räumen. Tageslicht und frische Luft sind allerdings wichtige Voraussetzungen für das menschliche Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit. Die beiden Faktoren sind – neben den positiven Auswirkungen auf die menschliche Psyche – auch unverzichtbar für ein gesundes Raumklima, in privaten genauso wie in öffentlichen Gebäuden.

Das modulare Oberlicht-System von VELUX setzt in jeder Hinsicht neue Maßstäbe:

Es flutet die Gebäude mit natürlichem Licht, sorgt für ideales Klima und ist durch das geniale Konzept schnell und einfach realisierbar.

Mehr Infos auf

www.velux.at/modularskylights



Bundesminister Rupprechter verleiht European Energy Awards

Am zweiten Veranstaltungstag lud die Stadt Zell am See zum Gipfeltreffen ins Alpincenter am Kitzsteinhorn auf 2.450 Meter Höhe. Dort nutzte Bundesminister Andrä Rupprechter das einzigartige Ambiente, um insgesamt 19 Städte mit dem European Energy Award zu ehren.



Hoch hinaus ging es für die Delegierten am zweiten Veranstaltungstag des 67. Städtetags. Die Preisverleihung mit Bundesminister Andrä Rupprechter fand im Alpincenter am Kitzsteinhorn, in 2.450 Metern Höhe, statt.

© Fotos: Markus Wachter



Insgesamt 19 Gemeinden wurden in diesem Jahr mit dem European Energy Award prämiert, acht davon erhielten die begehrte Auszeichnung in Gold.

Rupprechter betonte anlässlich der Preisverleihung die Vorreiterrolle der österreichischen Städte, die diese wieder einmal unter Beweis stellen konnten. Von den europaweit 112 Gemeinden und Städten, die bisher mit dem European Energy Award in Gold prämiert wurden, stammen 18 aus Österreich. Mehr als die Hälfte dieser Gemeinden sind Mitglieder des Österreichischen Städtebundes. Auch Michael Häupl, Präsident des Städtebundes, betonte, dass man auf die große Anzahl an innovativen Projekten stolz sei und wies eindrücklich darauf hin, welch großen Stellenwert die Themen Klimaschutz, Ressourcenschonung und Energieeffizienz mittlerweile für Österreichs Städte einnehmen.

Internationale Auszeichnung

Der European Energy Award winkt allen Städten und Gemeinden, die am e5-Programm für energiebewusste Gemeinden teilnehmen. Die internationale Auszeichnung ist dabei an strenge Vorgaben geknüpft: So müssen Gemeinden mehr als 50 Prozent aller möglichen Maßnahmen umsetzen, die darauf abzielen, die Energieeffizienz zu steigern, die Versorgung mit erneuerbaren Energien zu gewährleisten sowie zum Klimaschutz beizutragen. Werden mehr als 75 Prozent aller

möglichen energie- und klimarelevanten Maßnahmen verwirklicht, erhalten Gemeinden den European Energy Award in Gold. Unter den diesjährigen Preisträgern fanden sich unter anderem auch die Landeshauptstädte Salzburg und Innsbruck. Der European Energy Award in Gold ging an die Gemeinden Dornbirn, Feldkirch, Götzis, Großes Walsertal, Hittisau, Trebesing, Villach und Wörgl.

Über das e5-Programm

e5 ist Österreichs Bundes- und Landesprogramm für energiebewusste und klimafreundliche Gemeinden und ein Tochterprogramm des European Energy Awards. Es beinhaltet erprobte Energie- und Klimaschutzmaßnahmen, die eine Gemeinde mit Politik, Verwaltung, Gewerbe und engagierten BürgerInnen umsetzen kann. Fachkundige e5-BeraterInnen der Länder unterstützen beim kontinuierlichen Qualitätsmanagement und den Zertifizierungen. Seit mehr als zehn Jahren kooperiert das e5-Programm erfolgreich mit klimaktiv und erreicht eine noch stärkere Verbreitung von energieeffizienten Gemeinden in ganz Österreich. ■



Rede von Generalsekretär Thomas Weninger

Stadt neu denken – Digitalisierung meistern

Städtetag 2017

Stadt neu denken –
Digitalisierung meistern

© Foto: Markus Wache

Vor Kurzem haben wir 60 Jahre Römische Verträge gefeiert. Neben den üblichen Veranstaltungen bis hin zur Feierlichkeit der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in Rom war dies auch Anlass, innezuhalten, vor allem aber auch vorwärtszublicken.

Besonders aufgefallen sind dabei allerdings Aussagen, die meinten, die Europäische Einigung hätte einzig und allein den wirtschaftlichen Aspekt im Fokus gehabt: den heutigen Binnenmarkt. Doch einmal mehr genügt auch hier der Blick in das Original, die Originaldokumente, in diesem Fall in die Präambel des EWG-Vertrags von 1957. Dort heißt es: „In dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen, entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, in dem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen, in dem Vorsatz, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben, entschlossen, durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen.“ Mit diesem Beschluss haben die Unterzeichner der damaligen Wirtschaftsgemeinschaft die Grundlage der heutigen Europäischen Union in den Vertragsdokumenten der Römischen Verträge gelegt.

Die Gründerväter haben damit sowohl die wirtschaftliche Seite als auch den sozialen Zusammenhalt, das, was wir als Gemeinwesen schlechthin bezeichnen können, als Grundlage dieser unserer Europäischen Union definiert und bestimmt. Dies ist umso wichtiger in Erinnerung zu rufen, als gerade in den 50er-Jahren – wesentlich gefördert und angeregt durch den Marshall-Plan, den Wiederaufbau von Europa nach Ende des Zweiten Weltkriegs – die Grundlage für die soziale Marktwirtschaft, wie sie vor allem im sogenannten deutschen Wirtschaftswunder unter dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhart entwickelt wurde, gelegt wurde.

Freiheit der Wirtschaftsmärkte und sozialer Ausgleich. Dabei erfüllt der Staat in der sozialen Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Aufgabe zur Sicherstellung funktionstüchtiger Märkte, welche durch ein funktionsfähiges Preissystem bei vollständiger Konkurrenz definiert ist. Diese Zusammenschau von Wirtschaft und sozialem Ausgleich bildete lange Zeit die Grundlage für den gemeinsamen Wohlstand, wie er sich in allen Staaten der heutigen Europäischen Union entwickelt hat.

Soziale Marktwirtschaft und Digitalisierung

Diese soziale Marktwirtschaft ist seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, durch die neoliberalen Wirtschaftsansätze gefährdet, aber auch durch jene technologischen Entwicklungen, die wir als Digitalisierung der Gesellschaft zusammenfassen können. Ich möchte kurz vier Charakteristika der sozialen Marktwirtschaft hervorheben, die in der Auseinandersetzung mit der Digitalisierung eine besondere Rolle spielen (s. Achim Wambach, Soziale Marktwirtschaft. Herausforderung Digitalisierung, Wirtschaftspolitisches Zentrum, Analyse Nr. 14, 28. 4. 2017).

Damit der Handel zu effizienten Allokationsergebnissen führen kann, sind ein (1) funktionsfähiges Preissystem und ein (2) fairer Wettbewerb im Sinne einer vollständigen Konkurrenz grundlegende Voraussetzungen. In der sozialen Marktwirtschaft ist weiterhin (3) Privateigentum von hoher Wichtigkeit. Durch die klare Zuordnung von Eigentumsrechten und Haftung zu Marktteilnehmern werden Anreize zu effizientem Handeln gesetzt. Die soziale Balance zeigt sich u. a. in der Sozialpartnerschaft zwischen ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften, die zu (4) stabilen (sozialversicherungspflichtigen) Arbeitsplätzen beiträgt.

Diese vier Charakteristika der sozialen Marktwirtschaft werden durch die digitale Marktwirtschaft anscheinend auf den Kopf gestellt.

1. Viele Produkte der digitalen Ökonomie, wie zum Beispiel der Routenplaner von Google, werden umsonst oder zumindest nicht gegen monetäre Zahlungen angeboten.
2. Internetgiganten wie Google, Facebook, Apple und Amazon dominieren das Wirtschaftsgeschehen und lassen wenig Raum für Wettbewerb.
3. Die „Sharing Economy“, die Ökonomie des Teilens, hinterfragt wie bei Uber im Personentransport das Konzept des Privateigentums.
4. Roboter und künstliche Intelligenz bedrohen die Arbeitsplätze. Crowdfunding, bei dem Arbeitskräfte bei Bedarf über das Internet weltweit hinzugezogen werden können, zeigt eine neue Form des Arbeitens an, die sich einer gewerkschaftlichen Beteiligung schwer zugänglich macht.

Diese Entwicklungen in Verbindung mit den im Neoliberalismus durchgeführten Deregulierungen bis hin zu Privatisie-

rungen stellen gerade die soziale Marktwirtschaft, wie wir sie in der Entwicklung seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa erlebt haben, vor große Herausforderungen, ja sogar in Frage. Deshalb ist es gerade im Jubiläumsjahr „60 Jahre Europäische Verträge“ umso wichtiger, daran zu erinnern, dass an der Wiege der europäischen Einigung nicht nur der ökonomische Aspekt, die ökonomische Dimension, sondern auch die soziale Dimension stand. Das ist wohl das Herzstück unseres europäischen Einigungswerks, der dauerhafte und nachhaltige Friede auf diesem Kontinent, basierend auf unseren Werten der Aufklärung, den Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit, der sozialen Sicherheit und der Achtung der Würde des Menschen. Wir hören das immer wieder auf Sonntagsreden, basiert auf den freien Willen der Staaten, ihrer verantwortlichen PolitikerInnen und ihrer BürgerInnen, sich in einer supranationalen Organisation zusammenzuschließen und die sich stellenden Herausforderungen und Schwierigkeiten gemeinsam zu bewältigen.

Mehrwert der Europäischen Union

Es geht aber nicht nur um die Überwindung der Nationalstaatlichkeit, und damit des Friedens zwischen den „Nationalstaaten“, sondern ein wesentlicher Aspekt – und wie mir scheint aufgrund der globalen Herausforderung viel zu wenig beachteter Aspekt des Friedensprojekts Europa – ist der soziale Friede im Inneren, das Streben nach sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit, der Ermöglichung gleicher Lebensbedingungen für alle BürgerInnen, kurz das, was wir als europäisches Gesellschaftsmodell bezeichnen. Dies ist auch – und davon bin ich fest überzeugt – der vielzitierte Mehrwert der Europäischen Union: Frieden nach außen und soziale Sicherheit und Wohlstand im Inneren.

Dies sei allen gesagt, die gerade im Jubiläumsjahr Aspekte des sozialen Fortschritts, der Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Völker (s. Präambel EWG 1957) in Frage stellen, ja sogar verneinen.

Schafft es die Europäische Union, schaffen die Eliten Europas es nicht, auch in der sozialen Dimension das Versprechen der Römischen Verträge einzulösen, wird diese EU keine Zukunft haben.

Die Städte und Gemeinden, vor allem die Städte, sind seit jeher jene Orte, an denen Fortschritte und Lösungen für das gesellschaftliche Miteinander entstehen, ausprobiert werden, gefestigt werden, aber auch verworfen werden.

Der frühere Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, hat in einem Beitrag des Time Magazine im Dezember 2016 hervorgehoben: „Wenn die zukünftige US-Regierung

aus dem Pariser Klimaschutzabkommen austritt, gibt es ja bereits 128 US-Stadtoberhäupter, die dem internationalen Netzwerk ‚Global Covenant of Mayors for Climate and Energy‘ angehören.“ Seine daraus abgeleitete durchaus zu unterstreichende Empfehlung „Um herauszufinden, wo unser Land steht, lesen Sie besser nicht die nationalen Medienberichte. Engagieren Sie sich auf lokaler Ebene. Dort geschieht wirklich etwas.“ Oder wie es so schön im englischen Original heißt „That’s where the action is.“. (Time, 19. 12. 2016)

„Think local, act global“

Ich möchte abschließend an unseren Festredner 2014 Professor Benjamin Barber erinnern, der vor Kurzem verstorben ist und sich in seinen letzten Jahren sehr aktiv für die lokale Ebene, für die Städte eingesetzt hat und ein globales Parlament von Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen zusammengebracht hat, das erstmals 2015 in London getagt hat, weil er eben auch der Meinung war, dass aufgrund der Globalisierung das Motto „Think local, act global“ besonders an Bedeutung gewonnen hat. Und er hat sich in seinen letzten Lebensjahren insbesondere dem Thema „Globalisierung und lokale Ebene“ gewidmet.

Benjamin Barber in einem seiner letzten Interviews:

„In our interdependent world, cities have not only the obligation but the right to achieve solutions to global issues. [...] Cities are going to become the most important, constructive alternative to a Trump agenda. Over the last 10 years we have already seen a powerful emergence of cities as primary spaces for progressive and majority action, for the protection of diversity, for dealing with immigration to the US, higher minimum wage, gender relations and so on.

In this interregnum of Trump and Trumpism, and of parallelisms in other countries, fools imagine a competition between globalism and nationalism. But, of course, it is really a competition between those who exploit differences to maintain old orders and old corruptions versus those who recognize our interdependence and seek to enliven it with a fresher and stronger democracy.“ (The Nation, 25. April 2017)

Und wenn wir daher unseren diesjährigen Städtetag unter das Motto „Stadt neu denken – Digitalisierung meistern“ gestellt haben, dann kann unter dem Begriff „neu denken“ wohl nur gemeint sein, die Stärken und Kräfte der Städte, die sie über die Jahrhunderte entwickelt haben, um das friedliche Miteinander und das friedliche Nebeneinander zu ermöglichen und zu gewährleisten, auch im 21. Jahrhundert sicherzustellen, ja weiter auszubauen. ■

Rede von Bundeskanzler Christian Kern

„Politik funktioniert, wenn sie das Leben der Menschen beeinflusst.“

Bundeskanzler Christian Kern hielt beim Abschlussplenum am 3. Tag des Städtetags eine Rede über das Zusammenwirken von Wirtschaft und Gesellschaft, über den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Infrastrukturinvestitionen.

Bundeskanzler Christian Kern nahm den Festredner des Jahres 2014, den kürzlich verstorbenen US-Politikwissenschaftler Benjamin Barber, als Ausgangspunkt für seine Überlegungen „Bürgermeister sollten die Welt regieren, denn dann wäre die Welt eine bessere“. Kern weiter: „Dieser Gedanke hat viel für sich: Politik funktioniert nur dann, wenn sie konkret ist, wenn sie die ganz konkreten Lebensverhältnisse der Menschen verändert, verbessert, damit alle die gleichen Chancen haben.“

Es gehe einerseits darum, mit der Globalisierung umzugehen, andererseits mit der technologischen Entwicklung. „Städte sind wirtschaftliche und gesellschaftliche Kristallisationspunkte für Veränderungen“, so Kern. Diese Veränderungen seien für jeden in Österreich spürbar. Er sei überzeugt davon, dass eine Welt der Veränderung auch eine Welt der Chancen sei. „Davon müssen wir auch alle anderen überzeugen“, sagte Kern. „Wir müssen uns fragen ‚Was können wir tun, dass wir uns ganz nach vorn katapultieren?‘.“

„Die Interaktion von Wirtschaftsräumen und Gesellschaften quer über den ganzen Globus hat eine unglaubliche Zahl an Veränderungen gebracht, vorwiegend Veränderungen zum Besseren“, sagte Kern. „Die Kindersterblichkeit ist zurückgegangen, die Armut hat sich halbiert und mehr Menschen denn je leben in Demokratien.“

Gleichzeitig beobachte er mit Sorge die Entwicklung in manchen internationalen Großstädten, in denen die Gesellschaft immer stärker auseinanderdrifte: „Wenn Sie heute durch eine Stadt wie San Francisco gehen, dann sehen Sie diejenigen, die es geschafft haben, sich im System von Facebook, Google, Apple & Co zu etablieren. Sie haben ihre eigenen Verkehrsmittel, ihre eigenen Schulen, ihre eigenen Restaurants, ihre eigene ärztliche Versorgung. Neben dieser schönen heilen Welt der Gewinner sieht man jedoch Jahr für Jahr mehr Menschen, die obdachlos sind, und man erlebt, wie die Mittelschicht beginnt, die Stadt zu verlassen, weil sich die Polizis-

ten, die Angestellten, die Verkäuferinnen dort nicht einmal mehr eine Wohnung leisten können. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich eine Gesellschaft entwickelt, die sich in Gewinner und Verlierer teilt“, so Kern.

Und weiter: „Wir müssen überlegen, was die beste Strategie für unser Land ist, damit wir profitieren, Wohlstand gerecht bei den Menschen ankommt und unser Land an die Spitze kommt.“

Kampf gegen Arbeitslosigkeit

„Vor einem Jahr lautete die Prognose noch, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird, das Wirtschaftswachstum weiter nachhinken wird und die Unternehmen nicht investieren werden. – Zwölf Monate später sehen wir ein völlig anderes Bild: Seit sechs Jahren haben wir das erste Mal wieder eine sinkende Arbeitslosigkeit erreicht, und zwar in allen Regionen Österreichs. Wir hatten 63.000 zusätzliche Jobs in den vergangenen zwölf Monaten. Das muss man sich vorstellen! Wir reden immer von den Deutschen und meinen, dass die alles richtig machen und wir uns an ihnen orientieren müssen. – Wir sind bei der Jobdynamik aber um Lichtjahre besser als Deutschland! Wir haben drei Prozent mehr an BIP-Investitionen in unsere Wirtschaft erreicht! In Deutschland müsste man 60 Milliarden Euro mehr investieren, nur um unser österreichisches Niveau zu erreichen!“, sagte Kern.

„Gleichzeitig sehen wir, dass wir zunehmend Probleme mit der Altersarbeitslosigkeit bekommen. Wir haben ein Programm aufgesetzt, das nur dann funktioniert, wenn Sie entschlossen mittun: Es ist dies die Aktion 20.000. Dabei geht es darum, dass wir 20.000 älteren Arbeitslosen einen Arbeitsplatz finanzieren und Perspektiven geben, damit sie wieder einen Weg zurück ins Berufsleben finden. Ich weiß, dass das keine kleine Herausforderung ist! Aber wenn wir uns überlegen, wie sich das anfühlt, wenn ein 53-Jähriger oder eine 54-Jährige Hunderte Bewerbungsschreiben abgeschickt und



nicht eine einzige Antwort bekommen hat, dann bin ich überzeugt, dass wir dieses Problem lösen können. Es ist nun einmal unsere gemeinsame Aufgabe, wenn es der Markt nicht tut, wenn es die Wirtschaft nicht tut, mit politischen Maßnahmen dagegenzuwirken.“ Für Kern seien daher öffentliche Investitionen unerlässlich. Der Staat, die öffentliche Hand müsse einspringen, wo die Privatwirtschaft auslasse: „Wenn wir kurzfristig Arbeitslosigkeit bekämpfen und mittelfristig eine Perspektive schaffen wollen, dann brauchen wir öffentliche Investitionen, dann müssen wir dahinterstehen und in das Rückgrat unserer Wirtschaft investieren.“

Wir haben das in Österreich lange diskutiert. Sie werden sich vielleicht erinnern: Ich habe in einem Aufsatz über Europa-politik den Vorschlag gemacht, dass wir entschlossener investieren müssen. Und wir haben in den vergangenen zwölf Monaten genau dieses Konzept verfolgt. Wir haben zusätzliche 800 Millionen Euro reserviert, die in effiziente Verkehrsnetze, in die Eisenbahn und in Straßen gehen. Wir haben Geld für den Ausbau des Breitbands reserviert. Und wir wollen vor allem in die Bildungseinrichtungen investieren. Ich halte das für extrem wichtig, denn dahinter stehen nicht nur die großen Zahlen – 5,3 Milliarden in Summe –, sondern dahinter stehen ganz konkrete Aufträge für unsere Klein- und Mittelbetriebe und für Aufträge in den Regionen, die letztlich auch in Ihren Städten wirtschaftliche Stimulation herbeiführen und den Menschen Arbeit geben.“

Investitionen in Städten und Gemeinden

Eine kurzfristige Maßnahme sei daher das Infrastrukturpaket für Städte und Gemeinden: „Es war mir ein besonderes Anliegen, die Investitionen in den Städten und Gemeinden mit diesen 175 Millionen zu fördern. Es ist ein Versuch, Sie hier zu unterstützen, um vielleicht das eine oder andere schneller anzugehen, was auf Ihrer Liste der notwendigen Maßnahmen steht. Wir müssen jetzt nämlich die positive Wirtschaftsentwicklung, um die es geht, gemeinsam weitertragen und dafür sorgen, dass das Wachstum und die Beschäftigung nicht nur 2017 gut laufen, sondern auch 2018, 2019 und so weiter. Darauf haben wir uns gemeinsam vorzubereiten, und deshalb haben wir dieses Gemeinde- und Städte-Finanzierungsprojekt begonnen.“

Zum Thema Bildung sagte er, dass Bildung nach wie vor „vererbt“ werde, er wolle deshalb eine bessere Durchlässigkeit des Systems, denn laut Kern „darf keiner zurückgelassen werden“. Wichtig sei ihm auch die Attraktivierung der Lehre – Österreich habe die besten ausgebildeten FacharbeiterInnen

–, deshalb gebe es unter anderem die Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre.

Abschließend betonte der Bundeskanzler, dass es darum gehe, wie wir die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern können. Und in Richtung der BürgermeisterInnen: „Großes werden wir nur gemeinsam erreichen oder gar nicht.“ ■



Feldkirch lädt zum Städtetag 2018

Die traditionelle Fahneneübergabe bildete den Abschluss des Städtetages. Bürgermeister Wilfried Berchtold lud alle TeilnehmerInnen zum Städtetag 2018 ein, der von 6. bis 8. Juni in Feldkirch stattfinden wird. Daraufhin überreichten Bundeskanzler Christian Kern, Städtebund-Präsident Michael Häupl, Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger, Städtebund-Vizepräsident Markus Linhart und der Bürgermeister von Zell am See, Peter Padourek, dem künftigen Gastgeber die Fahne.



Zell am See

Der Städtetag in Bildern

Vielfältige Gespräche und Begegnungen machten die Veranstaltung zu einem besonderen Ereignis.





Arbeitsgruppe zur Novellierung

„Reform der Burgenländischen Gemeindeordnung“

Schon einige Wochen nach der Landtagswahl 2015 wurde von der zuständigen Landesrätin Astrid Eisenkopf eine Arbeitsgruppe zur Novellierung der Burgenländischen Gemeindeordnung gegründet.

Mag. Karl Aufner, Österreichischer Städtebund – Landesgruppe Burgenland

Eingebunden in diese Arbeitsgruppe waren die im Landtag vertretenen politischen Parteien, die zuständige Fachabteilung, der Landesverfassungsdienst und vor allem die Interessenvertretungen der Gemeinden. Den Österreichischen Städtebund Burgenland haben dabei Landesobfrau Bürgermeisterin Ingrid Salamon und Landesgeschäftsführer Karl Aufner vertreten.

Intention war, die Burgenländische Gemeindeordnung zu modernisieren, dabei waren der Ausbau der Minderheitenrechte und die Klarstellung der Kompetenzregelungen der Gemeindeorgane wesentliches Thema. Dies deshalb, weil sich nach der letzten Wiederverlautbarung im Jahr 2003 und den weiteren Änderungen (insgesamt 5 kleine Novellen) in vielen Bereichen in der Praxis verschiedenste offene Fragestellungen ergeben haben.

Die Verhandlungen wurden in mehreren Besprechungen sehr konstruktiv geführt, die Änderungsschwerpunkte im ersten Halbjahr 2016 formuliert und im Herbst 2016 im Rahmen einer Gemeinderechtsammelnovelle in die Begut-

achtung geschickt. Nach politischer Einigung in den Wochen danach wurde dieses Verfassungsgesetz am 1. Dezember 2016 mit großer Mehrheit beschlossen. Bereits jetzt schon im Landesamtsblatt kundgemacht, treten die meisten Bestimmungen der Reform erst am 2. Oktober 2017, dem Tag nach der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl, in Kraft.

Reforminhalt

Kern der Reform ist die Novelle der Gemeindeordnung und der Gemeindewahlordnung. Die beiden Stadtrechte der Freistädte Eisenstadt und Rust wurden an die Gemeindeordnung angepasst.

Vollkommen neu ist die Einführung eines Ersatzgemeinderats für jede Gemeinderatsfraktion. Ersatzgemeinderat ist der jeweils nächstgereichte Bewerber bei jeder wahlwerbenden Liste, dem kein Mandat zuerkannt worden ist. Diese Person wird angelobt und zu jeder Sitzung eingeladen. Stimmberechtigt ist der Ersatzgemeinderat jedoch nur, wenn ein ordentliches Mitglied verhindert ist.

© Alle Fotos: iStockphoto

Die Bestellung eines Jugendgemeinderates unter 28 Jahren durch den Gemeinderat, die Berichtspflicht für den Bürgermeister und den Umweltgemeinderat ein Mal jährlich, die Möglichkeit der Gemeindekooperationen auf zivilrechtlicher Basis, die Sitzungsladung per E-Mail, die Vereinheitlichung von Fristen (generell 8 Kalendertage) und die Neuregelung der Befangenheitsbestimmungen (analog AVG) sind einige wesentliche Neuerungen.

Neu ist auch die Schaffung der Möglichkeit zur hauptberuflichen Ausübung des Bürgermeisteramts und der Organstellung des Gemeindegassiers.

Beim Ausbau der Minderheitenrechte im Gemeinderat wurde das Antragsrecht für Tagesordnungspunkte, das Recht auf Akteneinsicht, die Teilnahmeberechtigung bei Gemeinderatsausschüssen, die Übermittlung von Sitzungsunterlagen und die Anfragebeantwortung neu und detaillierter geregelt.

Teilweise Neuregelungen oder Klarstellungen gibt es auch bei der jährlichen Bürgerversammlung, bei den Sitzungen des Prüfungsausschusses und bei der Stärkung der Aufsichtsmittel, hier wurden zum Beispiel Ordnungsstrafen für BürgermeisterInnen eingeführt.

In die Gemeindewahlordnung wurde so wie in der Landtagswahlordnung ein vorgezogener zweiter Wahltag aufgenommen. Dies auch deshalb, weil bei der Landtagswahl 2015 die Erfahrungen durchwegs positiv waren. Notwendig war daher aber eine Anpassung aller Fristen zwischen Stichtag und Wahltag.

Zusammenfassung

Die Reform der Burgenländischen Gemeindeordnung kann durchaus als gelungener erster Schritt bezeichnet werden. Schlussfolgerungen werden nach einigen Monaten Praxis sinnvoll und notwendig sein. Schon jetzt bedarf die Organstellung des Gemeindegassiers betreffend der möglichen Haftung und der Ausgestaltung der Kompetenzen einer Klarstellung. Auch der Ausbau der Aufsichtsmittel stellt nur einen momentanen politischen Kompromiss dar und muss nachgebessert werden. Die notwendige Anpassung der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsordnung bei der Umsetzung der VRV 2015 am 1. 1. 2019 oder spätestens am 1. 1. 2020 müssen auch für die Evaluierung der jetzigen Änderungen genutzt werden. ■



Weltweiter Trend zur Rekommunalisierung

Mit der Diskussion über die Freihandelsabkommen CETA und TTIP wurde die Frage der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Während diese Freihandelsabkommen weiterhin von einer Forcierung der Privatisierung ausgehen, zeichnet sich weltweit ein vollkommen entgegengesetzter Trend ab.

In den letzten Jahren sorgten zahlreiche Beispiele von gescheiterten Privatisierungen und anschließenden Rekommunalisierungen für mediales Aufsehen. Angefangen von der Wasserversorgung in Berlin über die städtische Gebäudereinigung in Wilhelmshaven bis hin zur Kinderbetreuung im niederösterreichischen Laabental. Dass es sich nicht nur um Einzelfälle handelt, belegt nun eine Studie des Transnational Institutes (TNI) mit Sitz in Amsterdam. So kam es laut den Erhebungen von TNI seit dem Jahr 2000 zu mindestens 835 erfolgreichen Rekommunalisierungen in 45 Staaten. Die meisten davon im Energie- und Wasserversorgungssektor, aber auch in der Abfallentsorgung und im Bereich der sozialen Dienstleistungen. Auffallend ist, dass besonders der deutschsprachige Raum hier federführend ist. Über 300 Rekommunalisierungen ereigneten sich in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Auch bei younion_Die Daseinsgewerkschaft steht man dem Phänomen der Rekommunalisierung positiv gegenüber. „Eine große Gefahr von Privatisierungen ist der Verlust von Einfluss auf die Qualität einer Dienstleistung und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, von Kompetenz und Know-how. So kommt eine Privatisierung oder Öffentlich-Private-Partnerschaft letztendlich teurer“, so Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion_Die Daseinsgewerkschaft. Zudem brauche es in der EU entsprechende Rahmenbedingungen, um öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Soziales zu ermöglichen.

Auch die Arbeiterkammer sieht den Trend positiv, da sich Privatisierungen meist negativ auf Löhne und Arbeitsbedingungen auswirkten. Die gewünschten Effizienzsteigerungen blieben weitgehend aus. Laut Erhebungen der Hans-Böckler-Stiftung gingen allein in Deutschland durch Privatisierungen in der Daseinsvorsorge zwischen 1989 und 2007 rund 600.000 Arbeitsplätze verloren.

Der Österreichische Städtebund setzt sich seit Langem dafür ein, öffentliche Dienstleistungen dort zu belassen, wo sie hingehören, nämlich bei den öffentlichen Erbringern. Einem zu starken Fokus auf Kostenersparnis und Effizienz zu Lasten des Gemeinwohls und dem damit verbundenen Demokratieabbau muss entschlossen entgegengetreten werden. Die Studie der TNI, die von spürbaren Verbesserungen für die Bevölkerung durch Rekommunalisierungen spricht, stützt die Ansicht des Städtebundes.

Blackout

Meine Stadt auf weitreichende Infrastrukturausfälle vorbereiten

Immer wieder ist von einem möglichen Blackout, einem europaweiten Strom- und Infrastrukturausfall, die Rede. Sowohl der deutsche Innenminister als auch der Schweizer Verteidigungsminister bezeichnen ein solches Ereignis sogar als das wahrscheinlichste Groß-Katastrophenszenario. Auch im Cyberbereich steigt die Anzahl von Zwischenfällen, wo wichtige Infrastrukturen betroffen waren und sind. Etwa im Krankenhaus-, Hotel-, Verkehrs- oder Flugbetrieb. Grund genug, um sich mit weitreichenden Infrastrukturausfällen auseinanderzusetzen.

Herbert Saurugg, MSc, Experte für die Vorbereitung auf den Ausfall lebenswichtiger Infrastrukturen

Mit der Vernetzung steigen die Abhängigkeiten und damit die Verwundbarkeit von Infrastrukturen und unserer Gesellschaft. Das ist uns meist nicht bewusst, so lange alles wie gewohnt funktioniert. Umso größer wäre der Schock, wenn es doch zu einem weitreichenden Störfall kommen würde.

Auswirkungen eines weitreichenden Infrastrukturausfalls

Als Beispiel dient hier ein überregionaler und zumindest über zwölf Stunden andauernder Strom- und Infrastrukturausfall („Blackout“) mit seinen weitreichenden Folgen. Viele Menschen haben schon lokale/statale Stromausfälle erlebt und schließen daraus, dass ein Blackout einfach etwas großflächiger ausfällt. Das ist jedoch ein gefährlicher Trugschluss. Bei einem Blackout wird auch zeitnah eine „Kettenreaktion“ in fast allen anderen Infrastruktursektoren ausgelöst: Beginnend im Telekommunikationssektor (Mobilfunk, Festnetz, Internet), womit die zwei wichtigsten Infrastrukturen unseres modernen Lebens ausfallen. In Folge fallen so gut wie alle anderen Infrastrukturen aus bzw. sind nur mehr eingeschränkt verfügbar. Beispielsweise das Finanzsystem (Bankomaten, Kassen, Geld- und Zahlungsverkehr), der Verkehr generell

und damit die gesamte Versorgungslogistik (Ampeln, Tunnel, Bahn, fehlende Treibstoffversorgung, Datenverbindungen etc.), bis hin zu regionalen Wasserver- und Abwasserentsorgungsausfällen. Ganz abgesehen von möglicherweise Tausenden Menschen, die in Aufzügen, Bahnen oder im Winter auf Skiliften festsitzen. Unser Alltag kommt rasch zum Erliegen. Ein schwerwiegender und weitreichender Ausfall der Telekommunikationsinfrastrukturen könnte ähnlich weitreichende Auswirkungen nach sich ziehen.

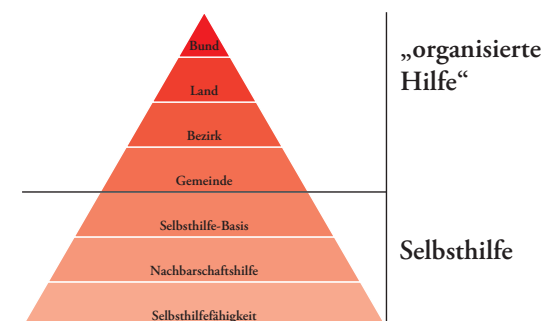
Zwei Phasen eines Blackouts

Ein Blackout hat zwei wesentliche Phasen:

- » Phase 1: Ein totaler bis weitgehender Strom- und Infrastrukturausfall, welcher je nach Region Stunden bis Tage dauern kann.
- » Phase 2: Die Stromversorgung funktioniert zumindest wieder in weiten Teilen, die anderen Infrastruktursektoren jedoch noch nicht oder nur eingeschränkt. Diese Phase kann je nach betroffener Infrastruktur Tage, Wochen und in Teilen sogar Monate andauern. Etwa in der industrialisierten Landwirtschaft.

Gerade die zweite Phase wird häufig unterschätzt. Untersuchungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigen, dass nur ein Bruchteil der Bevölkerung in der Lage wäre, sich über mehrere Tage ohne externe Unterstützung ausreichend selbst versorgen zu können.¹ Dafür gibt es keine staatlichen oder sonstigen Vorkehrungen. So lange die Telekommunikationsversorgung nicht wieder störungsfrei funktioniert, was nach dem Stromausfall noch Tage dauern kann, wird es kaum eine störungsfreie Logistik und Warenverkehr geben. Es zählt das schwächste Glied in der Kette. Das sind in letzter Konsequenz unvorbereitete Menschen.

Quelle: Herbert Saurugg



Herbst 2017

Weiterbildung

für MitarbeiterInnen und MandatarInnen im öffentlichen Dienst



Public Management & Governance

- | | | |
|------------|--|------------------|
| 11.-12.09. | Modul 1: ProjektmanagerInnen – die Stars der Zukunft? Von der Idee zum schlüssigen Projektplan | St. Wolfgang |
| 19.09. | EU-Förderungen leicht gemacht: Vom passenden Förderprogramm zur erfolgreichen Projektabwicklung | St. Pölten |
| 18.10. | Mit CAF-kommunal zur exzellenten Verwaltungsorganisation | Linz |
| 23.-24.10. | Modul 2: ProjektmanagerInnen – die Stars der Zukunft? Führung von Projektteams | St. Wolfgang |
| 14.11. | Compliance, Korruption, Amtsmissbrauch in der öffentlichen Verwaltung und ihren Unternehmungen – rechtliche Grundlagen und Präventionsstrategien | Bruck an der Mur |
| 21.11. | Datenmanagement in meiner Organisation einführen | Linz |

Wirtschaftlichkeit & Finanzmanagement

- | | | |
|--------|--|------------|
| 21.09. | Kommunale Infrastrukturprojekte finanzieren – Projektentwicklung, Finanzierungsmöglichkeiten, Vergaberecht | St. Pölten |
| 28.09. | Voranschlag und Rechnungsabschluss gemäß VRV 1997 – Lesen, Verstehen, Analysieren | Linz |
| 03.10. | Der Gemeinde-Finanzausgleich – Auswirkungen auf die Gemeindehaushalte und Weiterentwicklung | Wien |

Gemeinde-Haushaltsreform (VRV neu)

Seminarreihe für die Steiermark

- | | | |
|----------|---|------------------|
| 27.09. | VRV 2015 – Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung inklusive VRV-Novelle 2017 | Bruck an der Mur |
| 25.10. | Workshop Vermögensbewertung | Gleisdorf |
| 29.11. | Den ersten Voranschlag „VRV neu“ vorbereiten | Gleisdorf |
| 24.01.18 | Buchen in der neuen VRV auf Basis des KDZ-Kontierungsleitfaden 2017 | Kapfenberg |

Seminarreihe für Vorarlberg

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 02.10. | VRV 2015 – Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung inklusive VRV-Novelle 2017 | Bludenz |
| 15.11. | Workshop Vermögensbewertung | Feldkirch |
| 16.11. | Den ersten Voranschlag „VRV neu“ vorbereiten | Feldkirch |
| 01.02.18 | Buchen in der neuen VRV auf Basis des KDZ-Kontierungsleitfaden 2017 | Feldkirch |

Seminarreihe für Niederösterreich

- | | | |
|--------|---|------------|
| 12.10. | VRV 2015 – Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung inklusive VRV-Novelle 2017 | St. Pölten |
| 09.11. | Workshop Vermögensbewertung | St. Pölten |
| 23.11. | Den ersten Voranschlag „VRV neu“ vorbereiten | St. Pölten |
| 05.12. | Buchen in der neuen VRV auf Basis des KDZ-Kontierungsleitfaden 2017 | St. Pölten |

Seminare für MandatarInnen und Mandatäre

- | | | |
|--------|---|------------|
| 09.10. | Was bringt die Haushaltsreform den BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen? | Kufstein |
| 11.10. | Was bringt die Haushaltsreform den BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen? | Gleisdorf |
| 19.10. | Was bringt die Haushaltsreform den BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen? | St. Pölten |
| 15.11. | Was bringt die Haushaltsreform den BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen? | Linz |

Führungsarbeit

- | | | |
|------------|---|----------------|
| 14.09. | Erfolgreich Führen und Kommunizieren am Bauhof | St. Wolfgang |
| 26.09. | Erfolg beginnt im Kopf – Die Kraft von Visionen und Zielen | Baden bei Wien |
| 16.11. | Erfolgsfaktor „Menschenkompetenz“:
Selbstkenntnis und praktisch nutzbare Menschenkenntnis als Führungswerkzeug einsetzen | St. Pölten |
| 04.-05.12. | Heute MitarbeiterIn – morgen Führungskraft: den Rollenwechsel souverän gestalten | Baden bei Wien |

Kommunikation

- | | | |
|------------|--|----------------|
| 18.-19.09. | Workshop: Pressearbeit für Städte und Gemeinden | St. Pölten |
| 19.-20.09. | Erfolgreiche Moderation: Sitzungen & Besprechungen zielorientiert leiten und durchführen | Baden bei Wien |
| 21.09. | Die Gemeindekooperation: Wunsch und Wirklichkeit – Workshop für Gemeindeverantwortliche | Linz |
| 26.09. | Gemeindekommunikation: Telefonate effizient und serviceorientiert gestalten | St. Pölten |
| 02.-03.10. | Kommunikationstraining: Souverän Argumentieren & Verhandeln | Linz |
| 11.10. | Emotionenmanagement: Positive Stimmung in der Gemeinde, trotz einschneidender Veränderungen? | Linz |

Weitere Seminarangebote und Informationen unter: www.kdz.or.at/seminarprogramm

Unvorbereitete Bevölkerung = MitarbeiterInnen/Personal

Ein Wiederanlauf wird schwierig bis unmöglich, wenn Menschen mit sich selbst bzw. mit ihren Familienproblemen beschäftigt sind. Die persönliche Vorsorge jeder und jedes Einzelnen ist daher wesentliche Voraussetzung, um die erwartbaren Versorgungsunterbrechungen überbrücken und eine rasche Rückkehr zur Normalität sicherstellen zu können. Hier fehlt es jedoch an einem entsprechenden Bewusstsein und an der dazu erforderlichen Risikokommunikation. Bisherige Ansätze erreichen zu wenige Menschen. Die kommunale Ebene, dort, wo einander die Menschen persönlich kennen und einander vertrauen, wäre hier besonders gefragt.

Was können Kommunen sonst noch tun?

Der erste Schritt beginnt mit der Akzeptanz, dass so etwas möglich, ja eigentlich sogar sehr realistisch ist. Um sich den tatsächlichen internen und externen Herausforderungen und Risiken aber auch Chancen zu nähern, ist sehr viel Kommunikationsarbeit erforderlich. Die Menschen vor Ort wissen am besten, wo die kritischen Bereiche liegen und welche Vorkehrungen oder auch Improvisationsmaßnahmen wirken könnten. Zum anderen verschafft Kommunikation auch das erforderliche Vertrauen und eine gewisse Gelassenheit. Denn man kann nicht alles absichern und vorbereiten. Wissen reduziert jedoch die Unsicherheit und stärkt die Handlungskompetenzen.

Selbsthilfe-Basen

Neben der persönlichen Vorbereitung jeder und jedes Einzelnen geht es auf kommunaler Ebene vor allem um die Selbstorganisation in lokalen Strukturen. Das ist im Alltag selten

notwendig, da bei Notfällen binnen Minuten eine professionelle Hilfe zur Verfügung steht. Bei einem Blackout nicht. Um ein Bindeglied zwischen den betroffenen Menschen, der Nachbarschaftshilfe und der „organisierten Hilfe“ sicherstellen zu können, wäre aufgrund der eingeschränkten Telekommunikations- und damit Organisationsmöglichkeiten eine weitere Ebene erforderlich. Diese gibt es derzeit nicht. Diese dezentralen Anlaufstellen („Selbsthilfe-Basen“) sollten im Idealfall für die sich im Einzugsgebiet aufhaltenden Menschen (lokale Bevölkerung, PendlerInnen, TouristInnen etc.) fußläufig erreichbar sein. Sie soll vor allem als lokale Informations- und Kommunikationsdrehscheibe dienen und die Selbstorganisation von Hilfsmaßnahmen ermöglichen und unterstützen. Diese „Selbsthilfe-Basen“ sollen mit Unterstützung und gemeinsam mit der Gemeinde bzw. mit den Einsatzorganisationen organisiert und vorbereitet werden. Der Betrieb soll jedoch weitgehend durch die Bevölkerung selbst erfolgen können, um die organisierte Hilfe für dringendere Aufgaben freizuspielen. Auf keinen Fall soll der Eindruck entstehen, dass jemand anderer dafür zuständig ist und das zu machen hat. Hier gilt es vor allem, falsche Erwartungen zu reduzieren. Auch was die Leistungsfähigkeit der Einsatzorganisationen betrifft, die ja selbst zu Betroffenen werden. Weiterführende Hintergrundinformationen sowie Leitfäden für die Vorbereitung auf mögliche weitreichende Infrastrukturausfälle finden Sie unter www.saurugg.net. Zudem findet am 5. September 2017 in Wien der Workshop „Meine Stadt auf weitreichende Infrastrukturausfälle vorbereiten“ statt. Die Veranstaltung wird durch den Autor mit Unterstützung des Bundeskanzleramtes, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung sowie dem Österreichischen Städtebund organisiert und durchgeführt. ■

¹ Vgl. Studie „Ernährungsvorsorge in Österreich“ unter URL: <http://www.sau-rugg.net/2015/blog/krisevorsorge/ernaehrungsvorsorge-in-oesterreich>.

LINKS

Weiterführende Informationen finden Sie unter www.saurugg.net/?p=6260.



© Porträt: Andreas Wasitan; Quelle Grafik: Herbert Saurugg

© Foto: Stadt Krems, Stadtgemeinde Kapfenberg

Tagung des Fachausschusses für Bauangelegenheiten in Krems

Am 1. und 2. Juni 2017 tagte der Fachausschuss für Bauangelegenheiten in Krems an der Donau. Unter dem Vorsitz der Wiener Stadtbauamtsdirektorin, DIⁿ Brigitte Jilka, wurden erste Erfahrungen mit dem Bestbieterprinzip im Vergaberecht diskutiert und es gab einen intensiven Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen. Ein intensives Besichtigungsprogramm von Bauten für Bildung und Kultur rundete den Besuch ab.

Die Begrüßung in der Stadt Krems wurde durch den Kremser Bürgermeister Reinhard Resch, persönlich vorgenommen. Der Gastgeber im neu eröffneten „Bau Service Center“, Stadtbauamtsdirektor Reinhard Weitzer, präsentierte in einem historischen Abriss die Entwicklung der Stadt Krems von einer Handelsstadt hin zu einem Zentrum für Bildung und Kultur. So weist Krems die höchste Dichte an Bildungsplätzen in ganz Österreich auf, was sich auch in zahlreichen Bauten widerspiegelt. Fachliche Themen der Tagung waren das Bestbieterprinzip, zu dem es ein Referat von Herrn DI Michael Jirek und Herrn RA Dr. Christian Fink gab, die über die ersten Erfahrungen resümierten. Des Weiteren wurden Fragen zur Gewerbeordnung sowie zu Baurecht und -technik diskutiert. Mit Wehmut wurde nach 28 Jahren Mitgliedschaft im Fachausschuss (auch als StV-Vorsitzender) DI Walter Hebsacker verabschiedet. In seinen Abschiedsworten betonte er, wie wichtig und hilfreich für ihn die Vernetzung mit KollegInnen in anderen Städten war. Zu seinem Nachfolger als Stellvertreter der Vorsitzenden wurde Stadtbauamtsdirektor DI Norbert Prantl aus Steyr gewählt. Die Tagung wurde von einem intensiven Besichtigungsprogramm umrahmt. Zuerst gab es eine historische Nachtwächter-Führung durch die Geschichte der Stadt



Die BaudirektorInnen trafen einander zum Fachausschuss in Krems an der Donau.

Krems und am zweiten Tag den Besuch aktueller Bauprojekte, die für die Zukunft der Stadt maßgebliche Bedeutung haben werden. So wird die Gozzoburg – eines der ältesten Gebäude der Stadt – ein Standort der FH-Krems, die Danube Private University errichtet eine Niederlassung für Zahnmedizin und vor Kurzem fertiggestellt wurde ein Gebäude für die Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften am Campus Krems. Gebaut wird aber auch im Kulturbezirk. Hier entsteht die neue NÖ-Landesgalerie, deren Kellergeschoß im Fertigwerden ist. Dieses Projekt soll 2018 abgeschlossen sein.

Mag. Alexander Lesigang, Österreichischer Städtebund

Fachausschuss für Personalmanagement tagte in Kapfenberg

Am 3. und 4. Mai 2017 tagte der Fachausschuss für Personalmanagement unter dem Vorsitz von Ferdinand Neu in Kapfenberg. Die Tagungsgäste wurden sehr herzlich von Herrn Bürgermeister Wegscheider begrüßt. Der Tradition des letzten Jahres folgend, konnte Frau Elke Holzrichter von der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) erneut für einen länderübergreifenden Austausch gewonnen werden und berichtete u. a. über das KGSt-Schlüsselkompetenzmodell für kommunale Führungskräfte. Nach einer Besichtigung der Burg Oberkapfenberg wurden die AusschussteilnehmerInnen zum Ausklang des arbeitsintensiven Nachmittags zu einem gemütlichen Abendessen eingeladen. Der zweite Sitzungstag stand ganz im Zeichen des derzeitigen Projekts des Fachausschusses und es wurden in einem „World-Café“ die Möglichkeiten des Managements von Generationen beleuchtet. Das nächste Treffen des Fachausschusses für Personalmanagement wird von 15.–16. Mai 2018 in Traun stattfinden.

Mag.^a Sabine Marchart



Bürgermeister Wegscheider begrüßte die TeilnehmerInnen in Kapfenberg.

„Weiße Weste, warmes Herz“

Der Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten tagte am 3. und 4. 5. 2017 in Wolfsberg. Die PrüferInnen der städtischen Kontrolleinrichtungen befassten sich gemeinsam mit den KollegInnen der Landesrechnungshöfe und des Rechnungshofes in Wien intensiv mit den notwendigen Soft Skills im Prüfungsprozess.

Verhalten in Prüfungssituationen – Erfahrungen aus der Prüfungspraxis

Aus der jahrelangen Prüfpraxis wurden folgende Empfehlungen zusammengefasst:

- Vorbehalte ausräumen – Vertrauen aufbauen: Günstig kann gleich zu Beginn ein Vieraugespräch über die gegenseitigen Erwartungen sein.
- Auf sein Bauchgefühl hören
- Sein Gegenüber verstehen, aber kritisch bleiben: die Rolle des anderen im Gesamtkontext der geprüften Stelle erkennen
- Angstfrei agieren: durchaus Unterstützung von der eigenen Hierarchie einfordern
- Ruhig bleiben: auch in Konfrontationen stets versuchen, sachlich und korrekt zu bleiben
- Verständnis für interne Abläufe entwickeln, die oft historisch gewachsen sind und an den konkreten, handelnden Personen hängen.
- Übereinstimmung über Begriffe herstellen, damit alle über das Gleiche reden.
- Am Fall dranbleiben und sich nicht in anderen Feldern verzetteln
- „Weiße Weste, warmes Herz“ ist ein guter Leitspruch für PrüferInnen.

Interne Revision als „Sprachrohr“

Empathie ist eine wesentliche Voraussetzung, um erfolgreich mit den KollegInnen arbeiten zu können, insbesondere dann, wenn die Heterogenität der MitarbeiterInnen aufgrund der sehr unterschiedlichen Herkunftsländer und Ausbildungen groß ist. Umgekehrt muss aber auch Konfliktfähigkeit und Verhandlungsstärke vorhanden sein, um Problemen auch auf den Grund gehen zu können. Gegenüber den eigenen Handlungen ist Kritikfähigkeit gefragt. Der/die InterviewerIn muss seinem/ihrer Gegenüber auch Gelegenheiten geben, die angeforderten Informationen in seiner Art, in seiner Sprache zu geben. Insbesondere sind auch die „kleinen“ Verbesserungsvorschläge ernst zu nehmen, sodass sich die MitarbeiterInnen ernst genommen fühlen und die Innovationen in der Menge durchaus auch einen Ausschlag geben können. Zudem sind die KollegInnen vor Ort auch die wahren ExpertInnen für ihr jeweiliges Arbeitsgebiet. Diese Einschätzung dem/der InterviewpartnerIn gleich zu Beginn zu vermitteln, hilft, anfängliche „Ängste“ vor der „Unternehmenspolizei“ oder Voreingenommenheit vor den „Großkopferten in der Zentrale“ auszuräumen. Die Interne Revision kann als „Sprachrohr“ von der Basis direkt zur Unternehmensleitung gesehen werden. Die Situation soll nicht als Konfrontation aufgebaut werden, meistens sitzen die PrüferInnen/RevisorInnen neben den KollegInnen, sodass diese auch gleich sehen, was protokolliert wird. Vor dem Interview ist es sinnvoll, sich die Frage nach der eigenen Intention und den Zielen der InterviewpartnerInnen zu stellen. Das Prüfteam sollte möglichst divers zusammengestellt werden (Ausbildung, Alter, Geschlecht etc.). Die Sprache in der Berichterstattung wird bewusst einfach gehalten, um eine allgemeine Verständlichkeit zu erreichen und möglichst keine Interpretationsspielräume aufzumachen. IR-Berichte werden auch von externen PrüferInnen



Beim Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten in Wolfsberg stand das Thema „Soft Skills im Prüfungsprozess“ auf der Tagesordnung.

angefordert und müssen dementsprechend formuliert werden, damit auch Betriebsfremde die internen Abläufe verstehen können. Die Feststellungen in den Berichten werden fair formuliert, sodass die Abteilung damit leben und davon profitieren kann. Es gilt eine Fehlerkultur zu entwickeln und insbesondere auch die zentralen Vorgaben zu überprüfen. Soll-Prozesse sind immer wieder an der Realität zu messen.

Kommunikative Kompetenz im Prüfungsprozess

Für die erfolgreiche Kommunikation muss man sich die Grundhaltungen der Gesprächsführung „Ich bin o. k. – Du bist o. k.“ bewusst machen. Für beide Seiten muss das Selbstwertgefühl gewahrt bleiben. Deshalb ist Wertschätzung eine wichtige Säule, ebenso wie Empathie und Kongruenz. In Bezug auf Watzlawick sind die zwei Ebenen der Kommunikation zu betonen. Neben der inhaltlichen Ebene spielt immer auch die Beziehungsebene eine, wenn nicht sogar die entscheidende Rolle. Die Beziehung kann symmetrisch oder komplementär sein. Oft stecken Kommunikationen in immer wiederkehrenden Mustern fest. Auch die physiologischen Grundlagen der Kommunikation müssen beachtet werden. Die im Reptiliengehirn festgelegten Muster – Flucht oder Kampf – sind immer vorhanden und können nicht negiert werden. Die Nicht-Beachtung von Gefühlen etc. kann zu „psychologischem Nebel“ führen und die Funktion des Großhirns beeinträchtigen.

- Nur eine entspannte Prüferin/ein entspannter Prüfer ist eine gute Prüferin/ein guter Prüfer.

In Gesprächssituationen werden verschiedenste Kategorien (Grundmuster des Verhaltens) vorgefunden, die positive wie negative Aspekte enthalten:

- Werten: kann abwertend wie bestätigend angewandt werden
- Forschen: interessiert oder verhörend
- Interpretieren: verständnisvoll oder vorschnell urteilend
- Lösen: zielorientiert oder überfahrend
- Trösten: solidarisch oder gemeinsam jammern
- Verstehen: Es ist sinnvoll, am Beginn hier viel Energie zu investieren.

© Foto: Stadtpresse Wolfsberg

© Foto: PID/Walter Schaub-Walzer



Mag. Thomas Reindl (vorne), Vorsitzender des Wiener Gemeinderates, begrüßte nicht nur die Ausschussmitglieder, sondern warf sich auch für ein gutes Gruppenfoto in Position.

Tagung des Rechtsausschusses in Wien – Städte vor neuen Aufgaben

Auf Einladung der Stadt Wien fand die Frühjahrssitzung des Rechtsausschusses am 4. und 5. Mai 2017 im Stadtentwicklungsgebiet „Seestadt Aspern“ im 22. Bezirk unter dem Vorsitz von Magistratsdirektor Hechtner statt.

Die Seestadt Aspern ist eines der größten aktuellen Stadtentwicklungsprojekte Europas. Dieser außergewöhnliche Umstand hatte sichtlich auch Auswirkungen auf alle Anwesenden und diese zu besonders aktiver Teilnahme an der Tagung angespornt. Im Laufe dieser zwei Tage wurde den TeilnehmerInnen neben zahlreichen kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten (z. B. Besuch der neuen WU Wien sowie des Schweizerhauses im Prater und Besichtigung der Seestadt Aspern) ein breit gefächertes Informationsangebot und ein lebhafter Erfahrungsaustausch im doch eher trockenen Rechtsbereich geboten. Aber auch die fachlichen Diskussionen kamen nicht zu kurz und gemeinsam mit hochkarätigen ReferentInnen wurden aktuelle Themen wie die bevorstehende Datenschutzgrundverordnung und ihre Auswirkungen auf die Städte, die Anforderungen der e-Vergabe, Integrationsfragen, die neuen staatsfeindlichen Verbindungen, Alkoholverbotsregelungen in den Städten anhand eines aktuellen Beispiels aus Innsbruck und die Frage der Gemeindekooperationen erörtert und ausführlich diskutiert. Es waren sich alle Mitglieder einig, dass es sich diesmal um einen sehr gelungenen Ausschuss gehandelt hatte. Ein Dank daher von mir an alle Beteiligten. Die nächste Sitzung des Fachausschusses für Rechtsangelegenheiten wird voraussichtlich am 16. und 17. November 2017 in Feldkirch stattfinden.

Dr. Johannes Schmid, Österreichischer Städtebund

Klartext in Sachen internationale Politik, Kultur und Entwicklung.

Werden Sie **weltbewusst!**
Informieren Sie sich,
und engagieren Sie
sich mit uns für
ein neues, faires
Verhältnis zwischen
den Ländern des
Globalen Südens und Nordens.
Mit einem **Südwind-Magazin-Abo**
machen Sie den ersten Schritt.

**Gratis
Probeheft
bestellen!**



Bestellen Sie jetzt Ihr gratis
Südwind-Magazin-Probeheft!

Südwindmagazin
Internationale Politik, Kultur und Entwicklung

www.suedwind-magazin.at/kennenlernen
Südwind-Magazin, abo@suedwind.at
+43 1 405 55 15



V. l. n. r.: Edinger, Pollak (Stadtrechnungshof Wien), Frank (Verfassungsgerichtshof), Weninger (Österreichischer Städtebund), Winter (Magistrat der Stadt Wien), König (Rechnungshof), Knorr-Kranvogel (Stadtrechnungshof Wien), Biwald (KDZ), Liposchek (Villach), Heftberger (Landesrechnungshof OÖ)

Wiener Symposium

„Prüfung von Gebühren“

Stadtrechnungshof-Direktor Pollak: „Das oberste Ziel lautet Nachvollziehbarkeit.“

Dem fachspezifischen Thema „Prüfung von Gebühren“ widmeten sich beim Wiener Symposium der städtischen Kontrollinstitutionen am Mittwoch, dem 26. April, im Wiener Rathaus Fachleute des Stadtrechnungshofes Wien, des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes Oberösterreich, des Verfassungsgerichtshofes, der Magistratsabteilung 6 – Rechnungs- und Abgabewesen sowie des KDZs – Zentrum für Verwaltungsforschung. In seiner Eröffnungsansprache unterstrich Albert Schön, stellvertretender Direktor des Wiener Stadtrechnungshofes, die Bedeutung des Symposiums und kündigte aufgrund der Tagesordnung und der ausgewählten Vortragenden „eine praxisnahe Auseinandersetzung mit dem für öffentliche Kontrollinstitutionen so wichtigen Thema“ an. Und weiter: „Wenn es um die Prüfung von Gebühren geht, so geht es stets auch um Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Die öffentlichen Kontrollinstitutionen müssen mit ihren Prüfungen dazu beitragen, dass die Fragen rund um das Thema Gebühren für öffentliche Leistungen sachlich und objektiv beantwortbar sind“, so Schön.

Stadtrechnungshofdirektor Peter Pollak hob die gute Zusammenarbeit mit den Kontrollinstitutionen hervor und nahm Bezug auf die Tagung: „Wichtig sind nachvollziehbare Standards, wie dies auch die Vortragenden in ihren Beiträgen deutlich gemacht haben. Denn erst dann kann Transparenz gewährleistet werden.“

Generalsekretär Thomas Weninger wies auf die Bedeutung der Finanzierbarkeit der kommunalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge hin. Gerade wenn allort mehr Abgabenaufnahme gefordert wird, ist die Finanzierung auf Ebene der Städte und Gemeinden besonders wichtig. „Die hohe Qualität der kommunalen Leistungen wie Müllbeseitigung, Wasservers- und Abwasserentsorgung kann nur durch ausreichende Mittel aufrechterhalten werden.“ Um den Kommunen Rechtssicherheit bei der Gebühreneinhebung zu geben, ist die schon erwähnte Transparenz von entscheidender Bedeutung.

An dem vom Österreichischen Städtebund gemeinsam mit dem Stadtrechnungshof Wien veranstalteten Symposium nahmen neben internationalen VertreterInnen von öffent-



Am Wiener Symposium nahmen neben internationalen VertreterInnen von öffentlichen Kontrollinstitutionen auch zahlreiche LeiterInnen österreichischer Kontrollbehörden teil.

lichen Kontrollinstitutionen wie etwa dem Präsidenten des Rechnungshofes Sachsen, Karl-Heinz Binus, dem Hauptkontrollleur der Region Bratislava, Štefan Marušák, dem Oberkontrollleur der Region Banská Bystrica, Michal Kňážek, sowie dem Stadtkontrollleur Magistrat der Hauptstadt Bratislava, Peter Šinály, auch zahlreiche LeiterInnen österreichischer Kontrollbehörden teil. So unter anderem die Landesrechnungshof-DirektorInnen Andreas Mihalits, Brigitte Eggler-Bargehr, Friedrich Pammer, Heinz Drobesh, Reinhard Krismer, Ludwig F. Hillinger, Günter Bauer, der Direktor des Wiener Stadtrechnungshofes Peter Pollak sowie Hannes Liposchek, Kontrollamtsdirektor der Stadt Villach, der auch die Moderation übernahm. ■

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

Vorträge und Fotos des Symposiums online abrufbar unter:

www.staedtebund.gv.at/wienersymposium2017.html

Informationen zum Stadtrechnungshof Wien:

www.stadtrechnungshof.wien.at

URBAN HEAT ISLANDS

Lebenswerte Stadträume für Hitzetage schaffen

Der Sommer ist da und die Hitzetage haben sich in unseren Städten wieder deutlich bemerkbar gemacht. Mit dem Projekt „Gesamtenenergetische Optimierung von Stadtgebieten – Greening Aspengasse“ startete im Sommer 2016 im Rahmen der Smart-Cities-Initiative des Klimafonds ein interdisziplinäres Forscherteam seine Untersuchungen zur sommerlichen Überhitzung im Bereich der Wiener Aspengasse. Dort, wo Wiens größte Passivhausneubau bald weiter wächst, entwickelten die ExpertInnen aus den Bereichen Stadtplanung, Bauphysik, Meteorologie und Ingenieurbiologie Planungsmodelle für die Verbesserung der öffentlichen Räume und das Mikroklima in der Stadt.

Die in enger Abstimmung mit der Bezirksverwaltung und mit ExpertInnen der unterschiedlichen Ressorts der Stadt erarbeiteten Forschungsergebnisse und Umgestaltungsmaßnahmen sowie internationale Vorzeigebilder werden im September bei der Abschlussveranstaltung in Wien präsentiert. Bereits am Nach-

mittag wird im Rahmen eines begleitenden Workshops mit Städtebundmitgliedern die Übertragbarkeit auf andere österreichische Städte diskutiert. Der Österreichische Städtebund ist Kooperationspartner in diesem Projekt.

Termin: 25. September 2017 ab 13 Uhr in Wien

Tagungsort des Workshops: Standort TU Wien – Aspengasse, BBB-Halle Seminarraum, Adolf-Blamauer-Gasse 1–3, A-1030 Wien

Aktuelle Informationen und in Kürze auch das Programm finden Sie unter www.smartcities.at bzw. www.staedtebund.gv.at/services/termine.

Ihre Anmeldung zum Workshop und Ihr Interesse für die Veranstaltung können Sie ab sofort unter <https://www.staedtebund.gv.at/anmeldung/urbanheatlands.html> bekannt geben.

Nutzen und Grenzen der Netzwerkarbeit in der Gesundheitsförderung

Gemeinsam statt einsam!

Das Netzwerk Gesunde Städte feierte am 8. Mai 2017 sein 25-jähriges Bestehen mit einer Fachtagung im Wiener Rathaus und präsentierte stolz die neu errungene Mitgliedschaft im europäischen Netzwerk der nationalen Gesunde-Städte-Netzwerke der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Mag. Gernot Antes, MPH, Koordinator des Netzwerks Gesunde Städte Österreichs

Über 80 Gäste versammelten sich im Wappensaal des Wiener Rathauses zur Tagung, die vom Netzwerk Gesunde Städte Österreichs in Kooperation mit dem Österreichischen Städtebund organisiert und vom Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) gefördert wurde.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch die Publikation „25 Jahre Netzwerk Gesunde Städte“ präsentiert, in der sich das Netzwerk und seine Mitglieder vorstellen und anhand der bemerkenswerten Beispielprojekte die große Vielfalt an Aktivitäten im Netzwerk Gesunde Städte gezeigt wird.

Die Publikation und die Vorträge der Fachtagung sind unter www.gesundestaedte.at zum Herunterladen bereitgestellt.

Die Vorsitzende des Netzwerks, Vzbgm.ⁱⁿ Gerda Sandriesser, die 3. Landtagspräsidentin i. R. Marianne Klicka und der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes Thomas Weninger eröffneten feierlich die Tagung. „Seit nunmehr 25 Jahren leistet das ‚Netzwerk Gesunde Städte‘ wichtige Beiträge zur kommunalen Gesundheitsversorgung österreich-

weit“, sagte Thomas Weninger in seiner Eröffnungsrede. „Das Netzwerk Gesunde Städte ist das beste Beispiel dafür, wie aus den Treffen der Städtebundmitglieder auch eigenständige erfolgreiche Projekte werden können.“

Hochkarätige Vorträge mit internationaler Beteiligung

Als erster Vortragender referierte Karsten Mankowsky als Repräsentant des Deutschen Gesunde-Städte-Netzwerks über die Situation der kommunalen Gesundheitsförderung in Deutschland. Dort trat 2016 das sogenannte Präventionsgesetz in Kraft, mit dem Sozialversicherungsträger zur Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Prävention, Gesundheitsförderung und Früherkennung verpflichtet werden. Sowohl Finanzierungsströme als auch Umsetzungsmaßnahmen sind bisher jedoch nicht nachvollziehbar und es hat den Anschein, dass diese Maßnahmen an den Kommunen vorbeigehen.

Der Koordinator des Netzwerks, Gernot Antes, präsentierte die Geschichte des Netzwerks und die Vorhaben für die Zukunft. Das Netzwerk Gesunde Städte umfasst aktuell 21 Mitgliedsgemeinden: Bregenz, Bruck an der Mur, Eisenstadt, Fürstenfeld, Graz, Kapfenberg, Klagenfurt, Knittelfeld, Laa an der Thaya, Leoben, Leonding, Linz, Salzburg, Schwechat, Steyr, St. Pölten, Tulln, Villach, Wels, Wien und Wörgl.

Das Netzwerk wurde im Dezember 1992 anlässlich des 42. Österreichischen Städtetages in Graz gegründet und als Fachausschuss des Österreichischen Städtebundes eingerichtet. Nach anfänglicher Förderung durch das Bundesministerium für Gesundheit besteht seit 1996 ein eigener Verein, der sich durch Mitgliedsbeiträge aus den Städten finanziert. Die Mitglieder des Netzwerks treffen einander regelmäßig zum Austausch, setzen sich mit den Möglichkeiten der Gesundheitsförderung – insbesondere in der kommunalen Gesundheitsförderung – aus-

Die Vorsitzende des Netzwerks, Vizebürgermeisterin Gerda Sandriesser aus Villach (Mitte), präsentierte mit Stadträtin Silvia Wolfsteiner und Michael Ritter aus Bruck an der Mur die Broschüre „25 Jahre Netzwerk Gesunde Städte Österreichs“.

einander, vernetzen bestehende Programme, stellen Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

Das Netzwerk hat sich seit seiner Gründung auch an den Rahmenprogrammen der WHO orientiert. Durch die direkte Mitgliedschaft im Healthy Cities Movement wird sich diese Orientierung stärker auswirken. In Zukunft werden diese Rahmenprogramme stark mit den Zielen für Nachhaltige Entwicklung der UNO verknüpft sein. Als Schlagzeile für die kommende Phase der Gesunden Städte steht der „Aufbau einer gesunden, chancengerechten und nachhaltigen Zukunft“ im Fokus. Handlungsfelder sind die Gestaltung von Städten als „Orte“ im Sinne des physischen und sozialen Umfelds, die Stärkung der Handlungsfähigkeit aller Menschen und die Weiterentwicklung der partizipativen kommunalen Führungskompetenz. In Vertretung von Monika Kosinska, der Leiterin des europäischen Healthy Cities Programms der WHO, überreichte Karsten Mankowsky zum Abschluss der Präsentation dem österreichischen Netzwerk Gesunde Städte die Urkunde zur Akkreditierung als Mitglied des europäischen Netzwerks der nationalen Gesunde-Städte-Netzwerke der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Der „Marktplatz der Gesundheitsförderungs-Netzwerke“ zur Vernetzung der Netzwerke

In der verlängerten Mittagspause fand ein „Marktplatz der Gesundheitsförderungs-Netzwerke“ statt, bei dem ein reger Austausch zu verzeichnen war. Die Vielzahl an teilnehmenden Netzwerken zeigt die große Bedeutung, die sie für die Gesundheitsförderung insgesamt haben.

Die meisten Netzwerke präsentierte die Stadt Wien: die Wiener Allianz für Gesundheitsförderung in Gesundheitseinrichtungen, das Wiener Netzwerk Gesundheitsfördernde Schulen und das Netzwerk Gesund im Kindergarten. Aus der kommunalen Gesundheitsförderung waren das Netzwerk Gesunde Gemeinde der niederösterreichischen Initiative „Tut gut!“, die Gesunde Gemeinde der „Styria vitalis“ und das „Gesunde Dorf“ aus dem Burgenland vertreten. Weiters nahmen das Netzwerk der österreichischen Frauengesundheitszentren, Frühe Hilfen – Netzwerk für einen gesunden Start ins Leben, Gesundheitsfolgenabschätzungs-Netzwerke in Österreich, das Netzwerk Gesundheitskompetenter Jugendeinrichtungen, das Österreichische Netzwerk gesundheitsfördernder Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen, PartNet – Netzwerk partizipative Gesundheitsforschung und last but not least das Österreichische Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung teil.

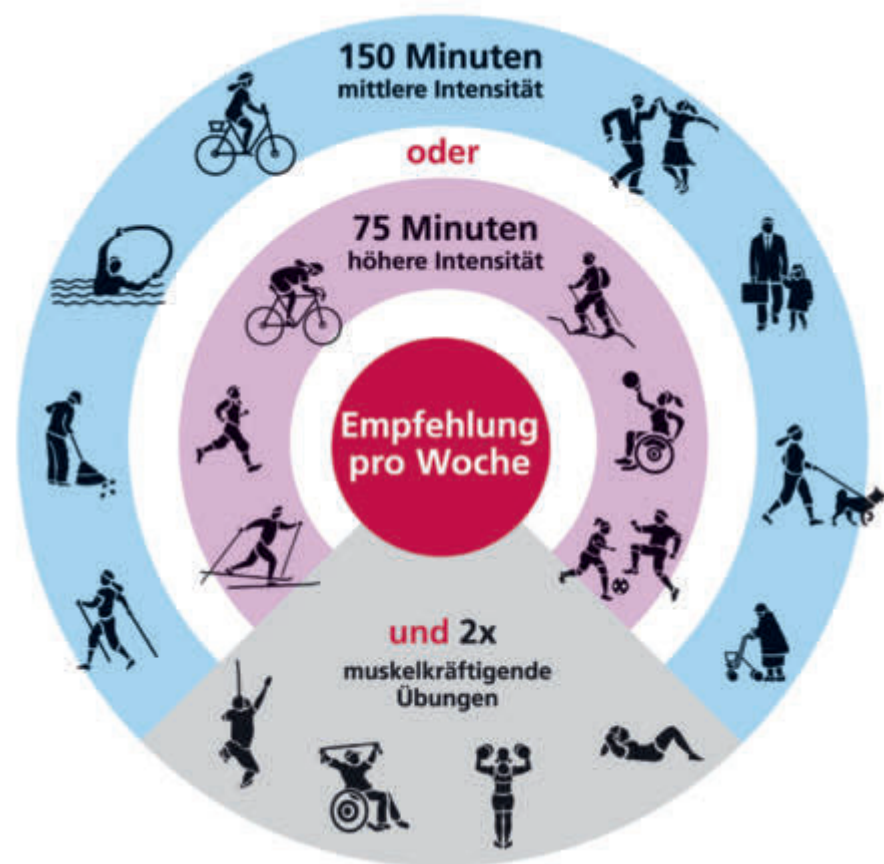
Nach der Pause berichtete Christina Dietscher vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen von der Gesundheitsförderungskonferenz der WHO in Shanghai 2016. Nach wie vor gilt die Ottawa-Charta aus dem Jahr 1986 als grundlegen-



der Auftrag und Programm der Gesundheitsförderung. Die aktuelle Shanghai-Erklärung streicht jedoch die Rolle der Städte und die Bedeutung für intersektorale Kooperation für die nachhaltige Entwicklung des Wohlbefindens der Weltbevölkerung hervor: Über 50 % der Weltbevölkerung leben in Städten und ihre Gesundheit entsteht in den Bereichen des täglichen Lebens – in den Nachbarschaften und Gemeinden, wo Menschen leben, lieben, arbeiten, einkaufen und spielen. Die Lebensbedingungen in den Städten gesundheitsförderlich zu gestalten, ist demnach eine zentrale Aufgabe der Stadtpolitik. Prof. Eberhard Göpel stellte in seinem Vortrag die Anliegen der kommunalen Gesundheitsförderung in einen sozialen und politischen Kontext. Dabei wurde klar, dass diesen berechtigten Anliegen gesellschaftliche Strömungen entgegenwirken, die eine umfassende Umsetzung unmöglich machen. Die Gesellschaft ist zunehmend geteilt und die Brüche zeigen sich auch im Gesundheitsverhalten und in der Erkrankungshäufigkeit. Vor allem in den Städten wird das sichtbar und führt zu Konflikten. Umso wichtiger sind Initiativen wie das Gesunde-Städte-Netzwerk, um diesen Trends etwas entgegenzusetzen, sodass Straßen und Plätze als kommunaler Gemeinschaftsraum positiv erlebt werden.

Zum Abschluss der Tagung diskutierten Tina Svoboda (Wiener Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen), Christoph Heigel (Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung), Heidemarie Täuber (Österreichisches Netzwerk Gesundheitsfördernder Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen), Gerlinde Malli (Gesunde Gemeinde Netzwerk Steiermark) und Gernot Antes zum Thema Nutzen und Grenzen der Netzwerkarbeit. Dabei wurde klar, dass die Netzwerke insgesamt einen großen Beitrag zur Gesundheitsförderung leisten, aber deren Nutzen oft schwer in Zahlen festzumachen ist. Eine stärkere Kooperation zwischen den Netzwerkiniciativen könnte für alle Beteiligten Verbesserungen bringen und die Gründung eines „Netzwerks der Netzwerke“ zur Unterstützung der Netzwerkarbeit fand allgemeine Zustimmung. ■





Aktion „50 Tage Bewegung“

Gemeinsam fit. Beweg Dich mit!

Ein paar Stunden Bewegung pro Woche fördern unsere Gesundheit. Die beste Gelegenheit dazu bietet die Initiative „50 Tage Bewegung“ von 7. September bis 26. Oktober 2017. In diesem Zeitraum laden Städte, Gemeinden und Sportvereine in ganz Österreich dazu ein, ihre Bewegungsangebote kostenlos zu besuchen.

Dr.ⁱⁿ Verena Zeuschner, Gesundheitsreferentin Fonds Gesundes Österreich, und Gabriele Ordo, Kommunikation, Fonds Gesundes Österreich

Bewegung hält gesund

Regelmäßige Bewegung hält nicht nur fit, sie verbessert auch das Wohlbefinden und die Lebensqualität. Bewegung stärkt vor allem das Herz und Immunsystem, baut Stress ab und hilft das Gewicht zu halten oder Übergewicht vorzubeugen.

Was die wenigsten wissen: „Man muss nicht super sportlich sein, um etwas für die eigene Gesundheit zu tun“, so Dr. Klaus Ropin, Leiter des Fonds Gesundes Österreich, „schon 150 Minuten Bewegung ohne viel Anstrengung pro Woche haben einen nachgewiesenen positiven Effekt auf die Gesundheit.“ Die Bewegungsempfehlung für Kinder liegt übrigens bei 60 Minuten am Tag.

Die Österreichischen Bewegungsempfehlungen, die von Fachleuten erarbeitet wurden, gingen bei der Erhebung der Frage nach, wie viel Bewegung tatsächlich nötig ist, damit diese positiv auf den Körper wirkt. Das Ergebnis (siehe Gra-

fik): 150 Minuten „mittlere Intensität“ pro Woche genügen bei Erwachsenen. Ohne große Belastung, sodass die Atmung zwar etwas beschleunigt ist, aber während des Sports noch gut gesprochen werden kann.

Alles in Bewegung

Auch die sogenannte „Alltagsbewegung“, wie zum Beispiel die Arbeit im eigenen Garten oder die gemütliche Fahrt zum Einkaufen mit dem Fahrrad, zählt zu dieser Bewegungsleistung. Genauso wie das Spielen mit den Kindern im Freien. Fit sein bedeutet also nicht unbedingt das schweißtreibende Training bis ans Limit. „Berücksichtigt man die Alltagsbewegung, sind 150 Minuten erstaunlich schnell erreicht.“

Die beste Gelegenheit mit der Bewegung anzufangen, bietet die Initiative „50 Tage Bewegung“ – die erfolgreiche Kooperation des Fonds Gesundes Österreich mit der „Fit Sport Aus-

tria“, der gemeinnützigen GmbH der drei Breitensportverbände ASKÖ, ASVÖ und SPORTUNION sowie dem VAVÖ.

Unter dem Slogan „Gemeinsam fit. Beweg Dich mit!“ wird die Initiative in einem Zeitraum von 50 Tagen von 7. September bis 26. Oktober in ganz Österreich durchgeführt. Wie in den vergangenen Jahren ist es das gemeinsame Ziel, das Thema Bewegung in den Fokus zu rücken und das Wissen über gesunde Bewegung zu erhöhen und zu zeigen, wie viel Spaß es macht, gemeinsam aktiv zu sein.

Städte, Gemeinden und Sportvereine können ihre Bewegungsangebote seit 12. Juni 2017 auf www.gemeinsambewegen.at eintragen und kostenlose Werbemittel wie Freecards, Urkunden, Folder, Plakate etc. zur Bewerbung bestellen.

Als begleitende Maßnahme wird zur Motivation ein Sammelpass mit Gewinnspiel zur Erreichung der Empfehlungen von 150 Minuten Bewegung pro Woche angeboten. Die Initiative

„50 Tage Bewegung“ wird österreichweit im Radio und im Regional-Fernsehen beworben sowie durch Postings auf den Social-Media-Kanälen wie Facebook und Instagram unterstützt.

Motivation für Veranstalter: Aus allen eingemeldeten Angeboten pro Bundesland wird ein kostenloser Fernsehbericht im Regional-TV verlost.

Alle Städte und Gemeinden wurden per Direct-Mail angeschrieben und zur Teilnahme an der Initiative motiviert. Als Dankeschön bzw. Anerkennung erhalten alle teilnehmenden Städte, Gemeinden und Sportvereine eine Urkunde. ■

LINKS:

Nähere Infos finden Sie unter www.gemeinsambewegen.at



5,8 Millionen Euro stehen bereit, dotiert aus Mitteln des Infrastrukturministeriums

STADTENTWICKLUNG

Neue Smart-City-Ausschreibung mit Schwerpunkt Kleinstadt startet

In der mit 9. Juni 2017 gestarteten Ausschreibung „Smart Cities Demo“ setzen Infrastrukturministerium und Klima- und Energiefonds einen Schwerpunkt auf Kleinstädte zwischen 5.000 und 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Unterstützt werden etwa Projekte rund um Gebäudesanierung, Versorgung mit erneuerbarer Energie oder Ideen, um leer stehende Flächen zu nutzen. Für die neue Ausschreibung stehen insgesamt 5,8 Millionen Euro bereit, dotiert aus Mitteln des Infrastrukturministeriums.

„Smart City ist keine Frage der Größe. Gerade in kleinen Städten sind die Erfolge unserer Arbeit oft schneller zu spüren, wenn wir etwa ein Grätzl mit Solar- und Windstrom versorgen oder Wohnhäuser energieeffizient sanieren. Mit unserem Förderprogramm stärken wir die Regionen und machen unsere Städte noch lebenswerter“, sagt Infrastrukturminister Jörg Leichtfried.

„Klima- und Energiefonds“-Geschäftsführerin Theresia Vogel: „Nachhaltige Energieversorgung ist wesentlich, um die hohe Lebensqualität künftiger Generationen in unseren Städten zu gewährleisten. Bei unserem neunten Call geht es ans Eingemachte: Umsetzen, umsetzen und umsetzen mit Demonstrationsprojekten lautet das Motto.“

Seit dem Start der „Smart-Cities-Initiative“ im Jahr 2010 hat der Klima- und Energiefonds in Kooperation mit dem Infrastrukturministerium 92 Einzelprojekte mit insgesamt 39,6 Millionen Euro unterstützt. Mittlerweile sind 33 österreichische Städte und sechs urbane Regionen Teil der Initiative. In der aktuellen Ausschreibung werden in einer Stadt bis zu zehn Projekte mit bis zu 50.000 Euro unterstützt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Evaluierung bereits abgeschlossener Demonstrationsprojekte der vergangenen Jahre. Dazu ist erstmals auch eine „Forschungs- und Entwicklungs-Dienstleistung“ ausgeschrieben.

Fristen

Die Einreichfrist für alle ausgeschriebenen Schwerpunkte endet am 19. 9. 2017. Eine Entscheidung durch das Präsidium des Klima- und Energiefonds wird bis Jahresende 2017 fallen.

LINKS

www.smartcities.at
www.klimafonds.gv.at

© Foto: Fonds Gesundes Österreich, 2012

Grafik: Michael Paukner





Für die Kampagne sprechen gleichberechtigt drei Personen:
Teresa Havlicek, 28, ist freie Journalistin mit Fokus auf Politik und Frauen*rechte.
Schifteh Hashemi, 30, ist Sozioökonomin und Netzwerkkoordinatorin bei einem
arbeitsmarktpolitischen Netzwerk für Sozialunternehmen.
Maria Stern, 44, ist Obfrau des Forums Kindesunterhalt und setzt sich seit
Jahren für die Rechte von Alleinerziehenden ein.

Für mehr Demokratie und Mitbestimmung

Unterstützung für das neue Frauenvolksbegehren

„Wir haben doch eh schon alles erreicht“, bekommen wir immer wieder zu hören.
„Heute haben Mädchen und Buben die gleichen Chancen.“

Wenn das wirklich so wäre, warum gibt es dann in Österreich mehr Bürgermeister, die Josef heißen, als Frauen, die Bürgermeisterin sind? Warum hatte Österreich bis heute keine einzige Bundeskanzlerin oder Bundespräsidentin? Warum sind 69,4 Prozent unserer VolksvertreterInnen im Nationalrat männlich und warum verdienen Frauen durchschnittlich 21,7 Prozent weniger als Männer?

Eine Bewegung gegen Stillstand und Rückschritt

20 Jahre nach dem ersten Frauenvolksbegehren plant eine Gruppe junger Frauen die Neuauflage der Initiative für Anfang 2018. Die Bewegung entstand aus der politisch aufgeladenen Stimmung 2016: Das Jahr begann mit einem Bundespräsidentenwahlkampf, im Laufe dessen Frauenrechte diskutiert wurden, die wir schon lange für selbstverständlich hielten. Auf einmal wurde wieder über Frauen am Herd und den Zugang zu Abtreibung diskutiert. Global fanden autori-

täre, nationalistische und anti-demokratische Strömungen, die ein sexistisches Frauenbild verfolgen, immer mehr Zulauf. Da war klar, es ist Zeit: Zeit für eine neue Frauenbewegung, für mehr Demokratie und Mitbestimmung.

Partizipation von Anfang an

Von Anfang an wurden so viele Menschen wie möglich eingebunden; vor allem die Expertise jener Organisationen, die sich schon seit Jahrzehnten für eine bessere Lebensrealität von Frauen einsetzen. Daher wurden circa 50 Vereine und Organisationen angeschrieben, 30 davon haben sich bei uns gemeldet und ihre wichtigsten Forderungen mitgeteilt. In einem offenen Plenum wurden diese dann diskutiert und auf 15 Forderungen heruntergebrochen. Der besseren Übersichtlichkeit wegen sind sie in drei Kategorien geordnet: Arbeit und Wirtschaft, Familie und Gesundheit sowie politische Teilhabe und öffentlicher Raum.

© Foto: Kristina Satori

Die Forderungen

Das wichtigste Ziel ist natürlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das bedeutet neben mehr Einkommenstransparenz auch, dass unbezahlte Sorgearbeit wie Kinderbetreuung oder Altenpflege fairer und partnerschaftlicher zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden muss. Daher tritt das Frauen*volksbegehren für eine Arbeitszeitreduzierung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich ein: Das würde es Männern wie Frauen erleichtern, neben einer vollen Erwerbstätigkeit auch gesellschaftlich wertvollen Sorgetätigkeiten nachzugehen. Weiters müssen die Lebensbedingungen von Alleinerzieherinnen und ihren Kindern thematisiert werden, die mittlerweile zu 42 Prozent in Armut und sozialer Ausgrenzung leben. Die Modernisierung des Unterhaltsgesetzes ist darum auch eine der Forderungen. Sowie die angemessene Finanzierung von Frauenschutzeinrichtungen.

Kostenlose Verhütung ist eine weitere wichtige Forderung: Österreich bietet im europäischen Vergleich besonders wenig Unterstützung. Dabei ist ein niederschwelliger Zugang zu Verhütung eines der wichtigsten Instrumente, um Frauen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Aber auch Quoten in den Parteien, bei Aufsichtsräten und Vorständen sowie ein massiver Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen sind für uns wichtige Anliegen.

Die Eintragungswoche für das Frauen*volksbegehren wird nach den Wahlen im Herbst festgelegt. Das Frauen*volksbegehren möchte nun erstmal die Forderungen mit so vielen Menschen wie möglich diskutieren.

Breite Unterstützung aus der Politik

Das Frauen*volksbegehren 2.0 kann sich bisher schon über breite Unterstützung aus Politik, Medien und Kultur erfreuen. Neben medialen Größen wie Christine Nöstlinger finden sich darunter auch Frauen aller politischer Couleurs wie Gabriele Heinisch-Hosek, Maria Rauch-Kallat, Heide Schmidt, Ulrike Lunacek oder Irmgard Griss. ■

Was können Städte und Gemeinden tun?

Städte und Gemeinden können Anträge zur Unterstützung des Frauen*volksbegehrens einbringen bzw. das Frauen*volksbegehren in den unterschiedlichen Gremien auf die Tagesordnung setzen.

Eine offene Diskussion der Forderungen schafft die so notwendige Sichtbarkeit für frauenpolitische Anliegen. So hat zum Beispiel die Grazer Frauenstadträtin Tina Wirsberger einen Resolutionsantrag eingebracht, dessen Ziel es war, sich als Stadt solidarisch mit dem Frauen*volksbegehren zu erklären. Nach dem Vorbild von TTIP & Ceta können Kommunen ein breites solidarisches Netzwerk bilden. Damit können Städte und Gemeinden einen wichtigen Beitrag in Sachen Gleichstellung leisten. Eine weitere Möglichkeit ist es, die BürgerInnen auf das Frauen*volksbegehren aufmerksam zu machen, in Gemeinde- und Stadtzeitungen darüber zu berichten sowie auf den verschiedenen Websites und Social-Media-Kanälen. In einigen Orten gibt es bereits Unterstützungsgruppen für das Frauen*volksbegehren.

Genaue Informationen zu vorhandenen regionalen Gruppen werden wir in den kommenden Wochen auf unserer Website veröffentlichen. Es ist auch möglich, selbstständige Arbeitsgruppen zu gründen und Aktionen (Informationsabende, Diskussionsrunden etc.) zu planen.

Wir freuen uns über jede und jeden, die/der mitmacht und unterstützen gerne bei der Vernetzung. Dazu einfach ein E-Mail schreiben an mitmachen@frauenvolksbegehren.at.

Ebenso freut sich das Frauen*volksbegehren auf Einladungen von Städten und Gemeinden, um frauenpolitische Themen und/oder die bevorstehende Wahl aus frauenpolitischer Sicht zu diskutieren. Anfragen bzw. Einladungen bitte an: presse@frauenvolksbegehren.at.

Bei Interesse hilft das Organisationsteam des Frauen*volksbegehrens gerne weiter.

Alle Infos auch unter: <http://www.frauenvolksbegehren.at>



29. Europäische Notarentage in Salzburg

Digitalisierung bringt neue Anforderungen an Rechtssicherheit

Die EU arbeitet derzeit intensiv an der digitalen Agenda – die große Herausforderung: Unsere alltäglichen Rechtsgeschäfte von Vertragsserrichtungen über Im-mobilienkäufen bis zu Unternehmensgründungen sollen möglichst einfach und möglichst online sein. Gleichzeitig ist das Recht auf eine sichere digitale Identität so brisant wie nie zuvor.

Hackerangriffe, Geldwäsche und Betrug mit falschen Identitäten sind nur drei Stichworte, wenn es um Cybercrime geht. Aber wie gehen Staaten mit den neuen Anforderungen um? Über das Spannungsfeld zwischen Kontrolle und Freiheit diskutierten bei den Europäischen Notarentagen namhafte RechtsexpertInnen aus ganz Europa. Mehr als 250 TeilnehmerInnen aus 22 Ländern kamen zu dem größten Fachkongress des Notariats. „Wir im Notariat haben unsere Hausaufgaben bereits gemacht. Der elektronische Urkundenverkehr ist längst Realität. Was fehlt, ist die Schnittstelle zu den KundInnen“, betonte Michael Umfahrer, Präsident der Österreichischen Notariatsakademie in seiner Eröffnungsrede. Und genau hier spießt es sich noch. Europarechtsexperte Peter Kindler von der Universität München berichtete über die Anstrengungen

der EU, einen einheitlichen Standard für die Online-Identifizierung festzulegen. „Derzeit sind die einzelnen Systeme nicht so entwickelt, dass hier eine Rechtssicherheit hergestellt werden kann. Vor allem können derzeit bei Online-Identifizierung Zwang, Betrug oder Fälschung nur unzureichend geprüft werden, weil wesentliche Elemente wie Körpersprache oder Mimik fehlen.“ Dennoch könnte durchaus die Video-identifizierung, die seit Jänner 2017 für die Eröffnung von Bankkonten möglich ist, ein Vorbild sein. „Wichtig ist, dass es Gatekeeper gibt, die Identitäten verlässlich überprüfen können“, so Kindler. Luciano Floridi, Professor für Datenethik an der Universität Oxford, warnt davor, die Technik in den Mittelpunkt zu rücken statt den Menschen. „Wir brauchen eine Ethik des Digitalen. Keine andere Generation hatte eine so große Verantwortung. Wir müssen die geeigneten Voraussetzungen für die weitere Entwicklung dieser Technologie schaffen“, so Floridi. Wichtig sei auch, dass beim Wunsch nach digitalen Abläufen der Bedarf an persönlicher Rechtsberatung weiterhin abgedeckt werde. „Denn was nützen mir die schnellsten Tools, wenn ich aus Unwissen eine falsche oder rechtlich problematische Entscheidung treffe“, betont Floridi.

Ebenfalls mit dabei waren die österreichischen Europaabgeordneten Othmar Karas und Paul Rübig, der Vorstand des Wirtschaftsforschungsinstituts Economica Christian Helmenstein, die leitende Staatsanwältin im Bundesministerium für Justiz Sonja Bydlinski und der Präsident der Österreichischen Notariatskammer Ludwig Bittner.

Begrüßten die TeilnehmerInnen der 29. Europäischen Notarentage: Univ.-Doz Dr. Ludwig Bittner, Präsident der Österreichischen Notariatskammer, und Dr. Michael Umfahrer, Präsident der Österreichischen Notariatsakademie



29. Europäische Notarentage

Die Europäischen Notarentage finden seit 1989 in Salzburg statt. Aus einem kleinen Diskussionskreis hat sich rasch eine der wichtigsten Fachveranstaltungen des europäischen Notariats entwickelt. Hier werden juristische, rechts- und unionspolitische Themen diskutiert und neue Ideen für die Rechtspolitik entwickelt und präsentiert.

RÜCKFRAGEHINWEIS:

Österreichische Notariatskammer, Landesgerichtsstraße 20, 1010 Wien, Tel.: +43 (0)1 402 45 09-170, marion.aitzetmueller@notar.or.at

Meinungsbild pr&coaching, Mag. Katharina Scheyerer-Janda Tel.: +43 (0)699 11 88 23 16, office@meinungsbild.at



EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE

16. bis 22. SEPTEMBER

Machen auch Sie mit!

Aktionen zur sanften Mobilität in ganz Österreich

Leicht umsetzbare Aktionsvorschläge online verfügbar für Gemeinden und Städte, Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Pfarren.



#mobilitaetswoche
facebook.at/mobilitaetswoche2017



Sportzentrum Nord Salzburg

Indoor, outdoor, offen, smart

Das neue Sportzentrum Nord im Salzburger Stadtteil Liefering überzeugt nicht nur durch seine Architektur, sondern ist auch ein kleines Kraftwerk: Es produziert mehr Energie als es verbraucht.

Josef Braschel, Sportreferent Magistrat Salzburg

In Folge des Verkaufs der Kaserne „Riedenburg“ an einen Wohnbauträger musste die auf dem Bundesheer-Areal stehende Sporthalle zugunsten der künftigen Wohnnutzung weichen. Die Halle war über 60 Jahre lang eine für den Salzburger Sport unverzichtbare Infrastruktur. Der Beschluss der Salzburger Stadtpolitik, den Verlust durch einen Neubau im Salzburger Stadtteil Liefering wettzumachen, fiel im Herbst 2013 entsprechend rasch und einhellig.

Energieeffizient und barrierefrei

Als Ziele für die neue Sporthalle wurden neben der Berücksichtigung der Interessen der NutzerInnen und der in Salzburg üblichen architektonischen Vorgaben erstmals auch ökologische Maßstäbe klar definiert. Die Vorgabe lautete, eine Sporthalle nach Plusenergie-Standard zu errichten. Auf die Einhaltung dieser Ziele wurde in allen Projektphasen streng geachtet und schlussendlich ist es gelungen, alle wichtigen Parameter zu erfüllen. Der gesteckte Kostenrahmen von gut 9 Millionen Euro netto wurde ebenso eingehalten wie das Ziel, die Sporthalle zum geplanten Termin Anfang Jänner 2017 den SportlerInnen übergeben zu können.

Als inhaltlicher Schwerpunkt der neuen Sporthalle wurde in Abstimmung mit der Landessportorganisation Salzburg und

den NutzerInnengruppen das Thema „Ball sportarten“ festgemacht und es wurden bestmögliche Bedingungen für Handball, Basketball, Volleyball, Faustball, Futsal, Badminton, Hallenhockey und den Behindertensport geschaffen. Die Ausrichtung der Halle als reine Sportstätte wurde bereits in der Planungsphase unterstrichen, indem andere als Sportveranstaltungen ausgeschlossen wurden und die Halle für Trainings und mittlere Sportveranstaltungen konzipiert wurde. Das nach Plänen des Wiener Büros „Karl und Bremhorst Architekten“ errichtete Gebäude weist eine in drei Sektoren trennbare Spielfläche von 45 x 29,6 Meter bei einer lichten Höhe von 9 Metern auf. Die Lichtstärke beträgt 500 Lux, die ZuschauerInnenkapazität beträgt 315 Personen. Der Halle sind sechs Kabinen zugeordnet. Dazu kommen weitere zehn „Freisportanlagen-Kabinen“ die im Bedarfsfall auch für den Sporthallenbetrieb genutzt werden können. Die Sporthalle ist zu 100 Prozent barrierefrei. Die vertikale Erschließung erfolgt von der Eingangshalle über entsprechend gestaltete Stiegen in Tief- und Obergeschoß. Außerdem steht hierfür eine Rampeanlage (6 Prozent Gefälle) zur Verfügung, die durch einen barrierefreien Personenaufzug über alle drei Geschoße ergänzt wird.

Lückenschluss

Die Sporthalle Liefering schließt ganz bewusst Lücken in der Salzburger Sportinfrastruktur und stellt eine Ergänzung zur vorhandenen Sportinfrastruktur dar.

Die Errichtung der Sporthalle auf der Sportanlage Salzachsee (Gesamtfläche 110.000 m²) stellt einen ersten Schritt dar, im strukturell nicht optimal ausgestatteten Norden der Stadt Salzburg eine offene Sportanlage zu entwickeln, die durch die geplante Einbeziehung des Naherholungsgebiets Salzachseen, ein Naturschutzgebiet mit einem Vogelweiher, einem großen Fischteich und einem Naturbadesee, einen besonderen Mehrwert für die bevölkerungsstärksten Stadtteile Salzburgs schafft. Die fehlende Anbindung an Schulstandorte wird durch die exzellente Verkehrsanbindung wettgemacht. Das Areal liegt unmittelbar am Salzachtreppelweg, der Hauptradwegachse Salzburgs, hat eine gute ÖV-Anbindung und ist wenige 100 Meter von der Autobahnabfahrt Salzburg-Messezentrum entfernt.

© Foto: Karl und Bremhorst Architekten, Foto: Marijana Klasan

© Foto: Stadt Salzburg, Hannes Killer

Sportzentrum Nord Salzburg

Kraftwerk Plusenergiegebäude

Um den Smart-City-Zielen der Stadt Salzburg gerecht zu werden, wurde die 3-fach-Turnhalle als Plusenergie-Objekt ausgeführt. Das bedeutet, dass der jährliche Primärenergieverbrauch unter der vor Ort produzierten erneuerbaren Energie liegt. Die Halle ist außerdem klimaaktiv zertifiziert und hat den Ausführungsstandard klimaaktiv Gold erreicht.

Ing. Franz Huemer, MSc, Baudirektion Magistrat Salzburg

In diesem Fall wurde das Plusenergie-Kriterium durch eine vollsolare Beheizung mittels aktiver Nutzung der Speichermassen und einer Abdeckung des Jahresstromverbrauchs durch Sonnenstrom erreicht.

Die Solarthermieanlage mit einer Fläche von 350 m² und als Wärmespeicher die aktivierte Betonmasse der Bodenplatte sorgen dafür, dass über alle Jahreszeiten der solaraktivierte Bementeil den gesamten Heizwärmebedarf für 4.610 m² Sport- und Nutzfläche bzw. 33.770 m³ Raumvolumen deckt. 15.000 Liter Pufferspeicher-Volumen sorgen für die Warmwasserbereitung – wiederum vollsolar gespeist. Der Heizwärmebedarf wird mit 51,2 MWh pro Jahr und der Warmwasserbedarf mit 118 MWh pro Jahr angegeben. Energieüberschüsse aus diesem System werden im Sommer an das benachbarte ASKÖ-Gebäude geliefert. Als Back-up dient zusätzlich zur Solarthermie eine 50-kW-Wasser-Wasser-Wärmepumpe.

Der von der hauseigenen PV-Anlage erzeugte Strom wird entweder unmittelbar verwendet oder gespeichert bzw. in den nahegelegenen Bauhof der Stadt eingespeist.

Durch die kompakte, schwere Bauweise, Nachtkühlung, Freecooling und Licht-/Wärme-geregelte Beschattung ist der außeninduzierte Kühlbedarf der Halle minimal (KB = 0,17). Falls erforderlich, ist eine aktive Kühlung mit Grundwasser aus der bestehenden Brunnenanlage möglich.

Die Be- und Entlüftung regeln mechanische Lüftungsanlagen mit hocheffizienter Wärmerückgewinnung. Die tatsächlich durch das System eingebrachte Luftmenge kann mittels Luftqualitätsfühler und Volumenstromregelung an die jeweilige Notwendigkeit angepasst werden. Um unnötig große Lüftungsgeräte zu vermeiden, werden die Nassräume, Garderoben und Nebenräume mit einer Grundlüftung beaufschlagt und nur im Bedarfsfall bei Überschreitung von Grenzwerten (CO₂, Feuchte) durch Verlagerung der Hallenzuluft in die Nassräume quasi stoßgelüftet. Das wird damit begründet, dass die volle Luftmenge nicht gleichzeitig in den Nebenräumen und in der Halle benötigt wird.

Auch das Abwasser aus den Nassräumen wird über einen Wärmetauscher geführt, bevor es in das Kanalsystem geleitet



Sportzentrum Nord Innenansicht

wird. Über den Sekundärkreis des Abwasserwärmetauschers wird das Kaltwasser, bevor es als Zulauf in den Warmwasserspeicher geführt wird, auf bis zu 20 °C vorgewärmt.

Die Regelung und Steuerung aller haustechnischen Anwendungen wird durch eine zentrale Leittechnik mit Visualisierung, Trenderfassung, Monitoring, Wärmemengenzählung und Volumenstrom-Messung bewerkstelligt.

- Jahresenergieverbrauch für Strom: 214.237 kWh
- für Wärme: 169.000 kWh
- Gesamtertrag Solar: 460.000 kWh pro Jahr
- Geschätzte CO₂-Einsparung: 110.000 kg pro Jahr
- Investitionskosten Energieinnovation: 9,07 Mio. EUR (gesamte Baukosten)

Der Wärmeüberschuss geht an die Nachbargebäude von Panoramasport und der Stromüberschuss an jene des städtischen Bauhofs.

Ertragsanteilsvorschüsse für Juni 2017

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)				
	Ertrag für 06/2017 ¹⁾	Veränderung ggü. 06/2016	Ertrag für 01–06/2017	Veränderung ggü. 01–06/2016
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	4.377.864	–5,3 %	36.421.795	0,8 %
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	–168.401		1.358.957	1,8 %
Lohnsteuer	1.955.044	2,9 %	12.376.612	–4,1 %
Körperschaftsteuer	–60.950		3.088.729	14,1 %
Umsatzsteuer	1.664.142	–6,4 %	12.663.602	4,7 %
Mineralölsteuer	238.676	–50,1 %	2.102.150	–4,2 %
Abgeltungssteuern Schweiz	0		194	–87,5%
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0		0	–100,4%
GBA mit speziellen Schlüsseln	161.823	–10,9 %	1.042.054	–11,7 %
davon:				
Bodenwertabgabe	97	127,4 %	2.784	0,6 %
Grunderwerbssteuer	78.431	–16,5 %	528.192	–16,1 %
GBA gesamt	4.539.687	–5,7 %	36.952.772	0,4 %

¹⁾ i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) Gemeindeertragsanteile

	Ertrag für 06/2017 ¹⁾	Veränderung ggü. 06/2016	Ertrag für 01–06/2017	Veränderung ggü. 01–06/2016
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	14.937	–4,1 %	117.923	–2,2 %
Kärnten	34.702	–7,3 %	282.474	–2,0 %
Niederösterreich	95.081	–3,5 %	761.774	–2,4 %
Oberösterreich	89.060	–5,1 %	719.364	–2,3 %
Salzburg	39.899	–7,0 %	320.598	–1,8 %
Steiermark	73.543	–3,5 %	588.726	0,0 %
Tirol	52.677	–4,0 %	415.885	–0,7 %
Vorarlberg	28.292	–6,8 %	218.079	–3,6 %
Wien	152.280	–4,5 %	1.242.130	–0,3 %
Summe	580.471	–4,7 %	4.666.952	–1,4 %

Ertragsanteilsvorschüsse für Juli 2017

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)				
	Ertrag für 07/2017 ¹⁾	Veränderung ggü. 07/2016	Ertrag für 01–07/2017	Veränderung ggü. 01–07/2016
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	8.280.047	10,5 %	44.701.842	2,5 %
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	989.773	11,0 %	2.348.730	5,5 %
Lohnsteuer	2.033.191	5,5 %	14.409.804	–2,9 %
Körperschaftsteuer	1.668.629	22,2 %	4.757.358	16,8 %
Umsatzsteuer	2.357.503	4,6 %	15.021.104	4,7 %
Mineralölsteuer	356.053	57,6 %	2.458.203	1,6 %
Abgeltungssteuern Schweiz	0		194	–87,5%
Abgeltungssteuern Liechtenstein	–3		0	–107,5%
GBA mit speziellen Schlüsseln	181.745	7,3 %	1.223.799	–9,3 %
davon:				
Bodenwertabgabe	1.426	–6,7 %	4.211	–2,0 %
Grunderwerbssteuer	95.274	24,7%	623.467	–11,7 %
GBA gesamt	8.461.792	10,5 %	45.952.641	2,1 %

¹⁾ i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) Gemeindeertragsanteile

	Ertrag für 07/2017 ¹⁾	Veränderung ggü. 07/2016	Ertrag für 01–07/2017	Veränderung ggü. 01–07/2016
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	27.282	13,7 %	145.206	0,4 %
Kärnten	64.267	10,6 %	346.740	0,1 %
Niederösterreich	171.457	11,8 %	933.231	–0,1 %
Oberösterreich	163.747	10,8 %	883.110	–0,1 %
Salzburg	69.571	7,1 %	390.168	–0,3 %
Steiermark	129.932	10,0 %	718.658	1,7 %
Tirol	92.813	14,8 %	508.698	1,8 %
Vorarlberg	49.937	14,4 %	268.016	–0,7 %
Wien	276.925	13,5 %	1.519.055	2,0 %
Summe	1.045.931	11,9 %	5.712.883	0,8 %

Aufsichtsratsmitglied in öffentlichen Unternehmen

2. Auflage

Dr. Robert F. Heller | Kohlhammer
Deutscher Gemeinde Verlag | 42 € |
ISBN: 978-3-555-01861-4 | 270 Seiten,
flexibler Einband



Der Aufsichtsrat stellt die Schnittstelle zwischen Vorstand und AnteilseigentümerInnen dar und nimmt somit eine wichtige Rolle in jedem Unternehmen ein. Jedes Mitglied eines Aufsichtsorgans muss gewisse Mindestkenntnisse und Fähigkeiten besitzen, um anfallende Geschäftsvorgänge ohne fremde Hilfe verstehen und sachgerecht beurteilen zu können. Dies gilt genauso für private wie selbstverständlich auch für öffentliche Unternehmen des Bundes, der Länder, der Städte oder der Gemeinden, vollkommen gleich, ob es sich um Körperschaften des öffentlichen Rechts oder um GmbHs und Aktiengesellschaften handelt.

Das vorliegende Werk des ehemaligen deutschen Finanzstaatssekretärs Dr. Robert F. Heller stellt das oftmals unübersichtliche Zusammenwirken von Gesetzen, Satzungen, Geschäftsordnungen und Verwaltungsvorschriften in kompakter Form aus der Sicht des Aufsichtsratsmitglieds dar. Die theoretischen Grundlagen werden durch zahlreiche Beispiele aus der Praxis ergänzt. Es sei angemerkt, dass das Werk Hellers die deutsche Rechtslage zugrunde legt, die sich im Detail von der österreichischen unterscheiden kann. Jedoch ist die deutsche Privatisierungspraxis in Form von Rechtsträgern des Privatrechts durchaus mit der Lage hierzulande vergleichbar. Zudem ist die deutsche Rechtsordnung, vor allem im Gesellschaftsrecht, der österreichischen sehr ähnlich, was das Buch auch für österreichische Vorstände, AnteilseigentümerInnen, aber vor allem Mitglieder in Aufsichtsorganen zur geeigneten Hilfestellung macht. ■

Sozialrecht in Grundzügen

8. Auflage

Dr. Wolfgang Brodil/Dr.ⁱⁿ Michaela
Windisch-Graetz | Facultas Verlag | 24 € |
ISBN: 978-3-7089-1508-1 | 209 Seiten,
flexibler Einband



Eine Besonderheit des Sozialrechts ist dessen schnelle Alterung, was auf rege Tätigkeit des Gesetzgebers in diesem Bereich zurückzuführen ist. Eine Konstante in diesem schnelllebigen Rechtsgebiet ist das mittlerweile altbewährte Lehr-

Grundlagen des externen Rechnungswesens

Buchführung, Bilanzierung,
Bilanzanalyse, Internationale
Rechnungslegungsstandards

Dr. Frank Placke/Michael Thomas P.
Sprenger-Menzel M.A. | Kohlhammer
Deutscher Gemeinde Verlag | 32 € |
ISBN: 978-3-555-01821-8 | 310 Seiten,
flexibler Einband



Das externe Rechnungswesen bildet die finanzielle Situation eines Unternehmens nach außen hin ab und dient als zentrale Informationsquelle für KapitalgeberInnen, GläubigerInnen, KundInnen und LieferantInnen sowie für den Staat. Dies gilt unabhängig von Größe, Branche und Rechtsform sowohl für private Unternehmen als auch für jene der öffentlichen Hand. Eine solide Basis im Bereich des externen Rechnungswesens ist daher nicht nur für BuchhalterInnen unerlässlich. Das vorliegende Werk der beiden – in der Lehre tätigen – deutschen Autoren Placke und Sprenger-Menzel bietet einen kompakten Überblick über die Grundsätze und Gesamtzusammenhänge des Rechnungswesens. Besonders spannend dabei ist, dass ein großes Augenmerk auf die Besonderheiten der kommunalen doppelten Buchführung und Bilanzierung gelegt wurde. Diese werden anhand des Beispiels des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen erläutert. Die Autoren legen großen Wert auf das Verständnis der Entstehung und Entwicklung der Buchführungssysteme und geben zudem einen Ausblick auf die Zukunft, die vor allem durch internationale Rechnungslegungsstandards geprägt sein wird. Placke und Sprenger-Menzel verstehen es, schwierige Geschäftsfälle systematisch zu ordnen und anhand von zahlreichen Beispielen übersichtlich zu veranschaulichen. Das Werk ist grundsätzlich als Lehrbuch konzipiert, das ausführlich geführte Stichwortverzeichnis macht es jedoch auch für Praktika zu einer geeigneten Hilfestellung. ■

buch von Brodil und Windisch-Graetz. Die 8. Auflage des Klassikers widmet sich unter anderem intensiv der grundlegenden Neugestaltung im Bereich der Pensionsversicherung. Weitreichende Änderungen brachten zudem das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2016 und das Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz 2015. Zudem wurden die bevorstehenden Änderungen im Meldewesen, welche mit 1. 1. 2018 in Kraft treten, von den AutorInnen eingearbeitet.

Das Werk ist grundsätzlich als Lehrbuch für Studierende zu charakterisieren. Durch umfassende Hinweise auf weiterführende Literatur handelt es sich jedoch auch um eine für PraktikerInnen hilfreiche Darstellung. Auch die 8. Auflage beinhaltet wieder zahlreiche Beispiele aus der Praxis. ■



Biodora

Plastik aus Pflanzen

Immer mehr Menschen wollen auf Plastik aus Erdöl verzichten und die Suche nach Alternativen läuft auf Hochtouren. Die Neulengbacher Firma Biodora hat sich für eine Variante aus Zuckerrohr entschieden und ist damit marktführend. Doch die sogenannten Bio-Kunststoffe sind umstritten.

Mag.^a Saskia Blatakes, Journalistin

Nach „bio“ sieht sie überhaupt nicht aus. Ganz im Gegenteil: Mit ihrer weißen, leicht glänzenden Oberfläche sieht sie aus wie Plastik. Sie fühlt sich an wie Plastik. Und sie hat auch sonst all die Eigenschaften, die Plastik lange Zeit zum Nonplusultra in Haushalt und Küche gemacht haben: Sie ist geruchlos, beständig und vor allem leicht. Und streng genommen besteht die Jausen-Box von Biodora auch aus Plastik.

Denn Plastik – oder Kunststoff – bezeichnet eigentlich all jene Stoffe, die „künstlich“ oder industriell hergestellt werden – aus welchem Rohstoff ist eine andere Frage. Landläufig versteht man unter Plastik immer noch jenes Industrieprodukt aus Erdöl, das als alles andere als umweltfreundlich gilt. Trotzdem produziert die Menschheit unaufhörlich Kunststoff – und es wird immer mehr.

Zukünftig mehr Plastik als Fische

Bis 2050 wird es in den Ozeanen der Welt in Tonnen gerechnet mehr Plastik als Fische geben, prognostizierte jüngst eine Studie der von der britischen Seglerin Ellen MacArthur ge-

gründeten Stiftung. Sie rechnet vor: Jedes Jahr sickern mindestens acht Millionen Tonnen Plastik ins Meer. Bildlich gesprochen ist das der Inhalt eines Müllwagens pro Minute. Derzeit kommen auf ein Kilogramm Plastik noch fünf Kilogramm Fisch. Aber das könnte sich bald ändern, denn in den nächsten zwanzig Jahren wird sich unser Plastikverbrauch voraussichtlich verdoppeln. Dann gewänne das Plastik die Oberhand in den Ozeanen.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel ist das Great Pacific Garbage Patch, das als größte Ansammlung von Plastikmüll gilt. Die im Nordpazifik gelegene „Insel“ besteht aus Millionen kleiner Plastikteilchen und anderem Dreck. Die Größe lässt sich schwer bemessen, Schätzungen liegen bei 700.000 bis 15 Millionen Quadratkilometern. Eine Schätzung ist auch deshalb so komplex, weil sie nicht nur aus mit bloßem Auge sichtbarem Plastik besteht.

Ein im gesamten Meer – zumindest für die Menschen – noch größeres Problem ist das sogenannte Mikroplastik. Das sind winzige Kunststoffpartikel, die zum Beispiel von Fleece-Kleidung stammen und über die Waschmaschine ins Meer



Produzieren lässt Biodora in Tschechien, China – und Altengbach. Die dort ansässige Firma Peithner (im Bild Geschäftsführer Franz Ecker) stellt auch Produkte aus herkömmlichem Plastik her.

gespült werden. Auch alle größeren Plastikstücke werden im Wasser mit der Zeit so zerrieben, dass nur noch Mikroplastik übrig bleibt.

Studien, die in Kalifornien und Indonesien durchgeführt wurden, haben gezeigt, dass heute schon circa ein Viertel der Fische Kunststoff in ihren Eingeweiden hat. Die Gefahr für uns Menschen ist noch nicht geklärt. Die UNO hat Mikroplastik deshalb zu einer jener sechs Umweltbedrohungen erklärt, die grundlegend erforscht werden müssen.

Künstlicher Stoff

Umso weniger überraschend ist, dass sich Industrie und KonsumentInnen längst auf die Suche nach Alternativen zum Erdöl-Plastik machen. Denn die gibt es: Kunststoff kann auch aus vielen anderen Rohstoffen hergestellt werden. Um Kunststoff – industriell gefertigten, „künstlichen“ Stoff – handelt es sich dabei in jedem Fall.

Auf die Suche nach einer solchen Alternative zum „Erdöl-Plastik“ hat sich auch eine Neulengbacher Firma gemacht. Doraplast handelte damals noch mit ganz gewöhnlichem Plastik und stellte unter anderem Keks-Ausstecher her, die sie noch heute im Sortiment hat. Doch vor zehn Jahren entschied sich Franz Sprengnagel senior, der mittlerweile pensionierte Chef der Firma, einen weiteren Unternehmenszweig zu gründen, der ausschließlich nachhaltige Produkte und umweltfreundlicheres Plastik anbieten sollte. Die neu geschaffene Firma taufte der Senior-Chef „Biodora“ und machte seine beiden Söhne Franz junior und Michael Sprengnagel zu Geschäftsführern. Doch woraus sollte er bestehen, der neue, nachhaltige Kunststoff?

„Unsere ersten Versuche haben wir mit Maisstärke unternommen“, erzählt Michael Sprengnagel beim Besuch der ÖGZ im Unternehmenssitz in Neulengbach. „Aber Zertifikate, dass der Mais auch wirklich gentechnikfrei angebaut wird, gab es leider nicht. Das war uns zu wenig.“

Die Überlegung, ein biologisch abbaubares Produkt herzustellen, wurde verworfen, weil solche Produkte laut Sprengnagel in der Regel nicht lange halten, was wiederum dem Nachhaltigkeitsgedanken nicht gerecht würde. Auch die Idee, den Biodora-Kunststoff aus Kartoffeln herzustellen, wurde abgelehnt: „Wir wollen keine Lebensmittel verwenden, das wäre unethisch“, so Sprengnagel.

Schließlich entschied sich das Familienunternehmen für Zuckerrohr aus Brasilien. Die robuste Pflanze wird in einem chemischen Prozess zu einem Granulat verarbeitet, das dann unter anderem zu Kochlöffeln oder Jausenboxen weiterverarbeitet wird. Zuckerrohr? Aus Brasilien? Ist das dann überhaupt noch „bio“? Ein Vorwurf der Bioplastik-KritikerInnen lautet nämlich, dass auch bei der Herstellung der Rohstoffe Kohlendioxid freigesetzt und die Umwelt verschmutzt wird: Der Mais, die Kartoffeln, das Holz oder das Zuckerrohr müssen angebaut und gedüngt werden und auch die Herstellung in der Fabrik produziert CO₂. Vom Transport von Brasilien nach Europa gar nicht zu reden.

Made in Altengbach – unter anderem

Konfrontiert mit diesen Einwänden meint Michael Sprengnagel: „Es ist kaum möglich, etwas herzustellen, ohne Energie zu verwenden. Unsere Produkte sind eine gute Alternative zu Erdölprodukten.“

Produzieren lässt Biodora in Österreich, Tschechien, Deutschland und China. Aus Asien kommt zum Beispiel die

„Es ist kaum möglich, etwas herzustellen, ohne Energie zu verwenden. Unsere Produkte sind eine gute Alternative zu Erdölprodukten.“

Neoprenhülle der wiederverwendbaren Glasflasche, die wiederum in Deutschland hergestellt wird. Doch auch ganz in der Nähe des Firmensitzes in Neulengbach laufen Produkte von Biodora übers Fließband. In Altengbach hat die Firma den alteingessenen Kunststoffproduzenten Peithner beauftragt. Hier werden zum Beispiel die Kunststoff-Kinderlöffel von Biodora hergestellt. In der überschaubaren Produktionshalle wird das weiße Granulat in die Maschinen geschüttet und in Form gebracht. Laut Geschäftsführer Franz Ecker macht es für die Weiterverarbeitung keinen Unterschied, ob das Granulat, aus dem die unterschiedlichen Plastikprodukte entstehen, nun aus Erdöl oder brasilianischem Zuckerrohr besteht. Aber außer Biodora arbeiten derzeit noch alle anderen Auftraggeber der Firma Peithner mit konventionellem Plastik. Ob sich das bald ändern könnte?

Als findiger Unternehmer hat Franz Sprengnagel senior vor zehn Jahren bereits einen Trend vorausgesehen. Denn Haushaltsprodukte aus Bio-Kunststoff und anderen Alternativen zu Plastik – wie Glas oder Edelstahl – boomen heute, die Absatzzahlen steigen kontinuierlich. Und die skeptische Haltung zu Plastik aus Erdöl ist nicht mehr nur die Sache einer kleinen, umweltbewussten Zielgruppe, sondern hat längst den Mainstream der KonsumentInnen erreicht.

Lob der kritischen KundInnen

Zu kaufen gibt es die Biodora-Produkte in Österreich bislang aber nur in Reformhäusern und Biomärkten. Die Zielgruppe ist anspruchsvoll und kritisch. Umso besser müssen die Unternehmer kommunizieren, woraus ihre Produkte genau bestehen. Und das gelingt nicht immer reibungslos. Erst vor Kurzem kam es zu einem folgenschweren Fehler: Die deutschen ProduktbewerterInnen von „Ökotest“ hatten die Waren von Biodora zwar mit dem begehrten „Sehr gut“-Siegel versehen, im dazugehörigen Magazin allerdings bedauert, dass Biodora für die Herstellung auch tierische Produkte verwende. Dabei seien die Produkte von Biodora sehr wohl „ve-



Der Neulengbacher Unternehmer Michael Sprengnagel leitet die Firma gemeinsam mit seinem Bruder. Gegründet wurde das Familienunternehmen von Vater Franz Sprengnagel senior.

gan“, wie die Firma versichert. Und das ist keine Selbstverständlichkeit, denn manche Biokunststoffe werden mittlerweile auch aus Tierabfällen, wie Schlachtfetten, hergestellt. „Ökotest“ revidierte den Artikel auf seiner Homepage, doch die Zeitschrift mit einer Reichweite von über 1,7 Millionen LeserInnen war bereits gedruckt und verbreitet worden.

Generell sind die KonsumentInnen heute wohl so kritisch, wählerisch und gut informiert wie nie zuvor. Für die Umwelt ist das gut. Für die Unternehmer bedeutet es, sich von vornherein gegen Kritik wappnen zu müssen und möglichst keine Angriffsfläche zu bieten. Doch Michael Sprengnagel sieht das Ganze pragmatisch: „Für uns ist es gut, dass die kritischen Kundinnen und Kunden existieren. Sonst wäre der Absatzmarkt gar nicht da.“

Er wünscht sich sogar eine noch strengere Kennzeichnungspflicht: „Es sollte für Herstellerinnen und Hersteller von Biokunststoffen Pflicht sein, anzugeben, wie hoch der Anteil nachwachsender Rohstoffe ist.“ Dieser Wunsch hat den einfachen Grund, dass dann viele KonkurrentInnen von Biodora schlecht dastehen würden. Denn die nicht geschützte Bezeichnung „Biokunststoff“ steht heute auch auf vielen Produkten, die mit Nachhaltigkeit gar nichts mehr zu tun haben. Über OnlinehändlerInnen kann man sogar schon angeblich umweltfreundliche Plastikalternativen direkt aus China bestellen.

Für viele KonsumentInnen ist dieses breite Angebot oft verwirrend. Wie „bio“ Biokunststoffe wirklich sind, lässt sich von LaiInnen kaum bewerten. Für viele sind deshalb zum Beispiel Boxen aus Glas die sinnvollere Alternative. Auch die hat Biodora im Programm. ■



Ein starkes Team für die Region: Bgm. Ing. Alfons Arnold, Obmann LAG Region Villach-Umland und Stadt-Umland Regional Kooperation, Mag.^a Irene Primosch, LAG Managerin, und ihre Assistentin Melanie Köfeler (links)

Stadt-Umland Regional Kooperation

Mit LEADER die Basis für stadt-regionale Zusammenarbeit legen

In der „Stadt-Umland Regional Kooperation Villach“ wird stadtregionale Zusammenarbeit schon seit Jahren gelebt. Vereinfacht wird die Stadt-Umland-Kooperation durch die Tatsache, dass sich 15 Umlandgemeinden organisiert haben und durch eine intensiv erarbeitete Regionsstrategie die Möglichkeit erhielten, mittels LEADER (EU) 3,7 Mio. EUR für 2014–2020 zu lukrieren – für regionale Projekte und das Management. Die Stadt Villach darf zwar aufgrund ihrer Größe selbst keine LEADER-Fördermittel beziehen, trägt die Kooperation aber dennoch aktiv mit. Die Stadt-Umland-Kooperation ist als Schwerpunkt in der Strategie der LEADER-Region verankert.

Mag.^a Irene Primosch, LAG Managerin Villach Umland, und DIⁿ Melanie Lutz, Österreichischer Städtebund

In der Agenda „Stadtregionen in Österreich“¹ ist die Stadtregion Villach eines von vier guten österreichischen Beispielen für stadtregionale Zusammenarbeit, auf deren Erfahrungsberichten viele der Empfehlungen der Agenda beruhen. Besonders interessant ist die spezifische Herangehensweise an diese Zusammenarbeit zwischen Stadt und Um-

land, denn die Umlandgemeinden sind als LEADER-Region organisiert und erhalten Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung (ELER). Die Stadt Villach ist aufgrund ihrer Größe jedoch nicht anspruchsberechtigt und erhält keine Mittel, um die Kooperationsaktivitäten finanziell abzugelten. Die Stadtregion ist jedoch auf vielfältige

© Foto: Oskar Höher

Weise miteinander verbunden: Villach ist ein Arbeits-, Einkaufs-, Bildungs- und Dienstleistungszentrum, die Region punktet mit naturräumlichen Schönheiten wie dem Naturpark Dobratsch, Seen und Schigebieten. Verbindend wirken unter anderem ein gut ausgebautes Infrastrukturnetz sowie das Interesse an einer gemeinsamen Positionierung, Attraktivierung und erfolgreichen Weiterentwicklung der Stadtregion.

Gründungsjahre der Stadt-Umland Regional Kooperation

Die heutige Stadt-Umland Regional Kooperation Villach (Stadt und alle 19 Gemeinden des Bezirks Villach-Land) wurde vor knapp 20 Jahren begründet: Im Jahr 1996 wurde eine BürgermeisterInnenkonferenz abgehalten mit Gemeindevorteilern aus allen 19 Villacher Umland-Gemeinden, die gleichzeitig den Bezirk Villach-Land bilden. Die Gründung erfolgte schließlich im Jahr 1999, wobei die Initiative hier stark auch von der Stadt ausging, wo auch die Geschäftsstelle angesiedelt ist. Diese übernimmt die Aufgaben der Koordination, Vernetzung, Förderabwicklung und Projektarbeit. Eine erste wichtige Grundlage für diese Kooperation wurde bereits 1981 mit dem Gesetz zur Orts- und Regionalentwicklung auf Landesebene erstellt. Die entsprechenden Fördermittel zur Orts- und Regionalentwicklung stammen aus einer gemeinsamen Förderquelle, sodass die Aufgaben eng aneinandergekoppelt sind.

Weitere wichtige Fördermittel für die Arbeit flossen zudem aus EU-Töpfen: 2001 wurde gemeinsam mit dem Regionalverband Hermagor und über 20 privaten AkteurInnen die LAG – Lokale Aktionsgruppe Region Villach-Hermagor gegründet, die ab dann Zugang zu Mitteln aus dem ELER hatte. Für die Programmperiode 2014–2020 haben sich die Regionen Hermagor und Villach selbstständig beworben – der aktuelle Verein „Region Villach-Umland“ wurde im Oktober 2014 gegründet und erstreckt sich über 15 Gemeinden des politischen Bezirks Villach-Land. Villach-Umland hat sich mit einer umfangreichen Regionsstrategie 2014–2020 sehr erfolgreich als LAG beworben. Der Verein „Stadt-Umland Regional Kooperation Villach“ bildet eine Basis in dieser LAG und kommt auch für die Eigenmittel für LAG-Management, Struktur und einige Stadt-Umland-Projekte auf. In der

LAG sind zusätzlich noch 23 weitere Mitglieder aus dem sogenannten „Privaten Sektor“ dabei (Kammern, Tourismus, Vereine, MedienvertreterInnen, NGOs usw.). An der Spitze der LAG Region Villach-Umland ebenso wie der Stadt-Umland Villach steht derzeit in Personalunion Bgm. Ing. Alfons Arnold, Paternion. Die LAG sowie die Stadt-Umland Villach werden von Geschäftsführerin Mag.^a Irene Primosch und Assistentin Melanie Köfeler gemanagt.

Die Regional Kooperation versteht sich als Plattform und Motor für gemeinde- und regionsübergreifende abgestimmte Regionalentwicklung. Erfolgreiche Projekte gab es über die Jahre einige, unter anderem den Samstag-Nachtbus, die Entwicklung und Gründung des Naturparks Dobratsch oder der Smart Region Villach, deren Projektziel die gemeinschaftliche Entwicklung einer Strategie für die Region, bestehend aus einer Roadmap und einem Maßnahmenplan, ist. Ziel ist es, dass die Gemeinden künftig gemeinsam den aufkommenden Herausforderungen wie demografischer Wandel, Klimawandel und Ressourcenverknappung aktiv begegnen sollen.

Gemeinsam mit der Stadt wurde auch an einem Masterplan mit Fokus Stadt-Umland gearbeitet, was gleichzeitig als wichtige Basis für die LES (Lokale Entwicklungsstrategie) zur Bewerbung als LEADER-Region diente – und finanziert aus INTERREG, einem weiteren EU-Topf. ■

¹ ÖROK-Schriftenreihe Nr. 198, Wien 2016

LINKS:

Mehr Informationen zur LAG Villach-Umland unter <http://www.rm-kaernten.at/lag-villach-umland/leader-14-21/>

Auch am 5. Österreichischen Stadtregionstag am 18. und 19. Oktober 2017 in Lienz/Osttirol wird der Einsatz von EU-Fördermitteln zur Förderung der Zusammenarbeit in Stadtregionen anhand spannender Praxisbeispiele thematisiert.

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

Förderung sozialer Angelegenheiten

Erstmals seit dem Beitritt zur Europäischen Union finanziert der ELER in der Programmperiode 2014 bis 2020 mit insgesamt 235,4 Mio. Euro „soziale Angelegenheiten“.

Ingrid Nagl, Abteilung VI/A/3 – Arbeitsmarktpolitik, Sozialministerium

Den Bundesländern (außer Wien) stehen daher für Investitionen in soziale Dienstleistungseinrichtung ca. 215,6 Mio. Euro und für den Gesundheitsbereich ca. 19,8 Mio. Euro an ELER-Mitteln mit Kofinanzierung zur Verfügung. Nunmehr können Investitionen in die Schaffung, Verbesserung oder Ausdehnung lokaler Basisdienstleistungen für die ländliche Entwicklung und die dazugehörige Infrastruktur gefördert werden. Gefördert werden können im sozialen Bereich Gebietskörperschaften, nicht gewinnorientierte Vereine und Unternehmen, Körperschaften öffentlichen Rechts, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Arbeitsgemeinschaften der vorgenannten Organisationen. Im Gesundheitsbereich sind dies GesundheitsdienstleisterInnen, soziale Gesundheits- und Pflegedienste sowie Städte und Gemeinden.

Folgende Einrichtungen im ländlichen Raum – mit einem Mindestvolumen von 50.000 Euro bis max. 2,5 Mio. Euro sind förderbar (Förderhöhe: 100 % der anrechenbaren Kosten):

Investitionen in

- » Kinderbetreuungseinrichtungen
 - » Psychosoziale und psychiatrische Einrichtungen für Kinder und Jugendliche
 - » Einrichtungen der Pflege und Betreuung (z. B. Tageszentren)
 - » Einrichtung von Wohnbauten zur Deckung des Betreuungs- und Wohnbedarfs von Kindern, Älteren, Menschen mit Beeinträchtigung oder in besonderen Notlagen
 - » Investitionen in Mobile Dienste sowie Hol-, Bring- und Servicedienste
 - » Hard- und Software für soziale Dienstleistungen sowie IKT-gestützte Alltagshilfen
 - » Barrierefreie Zugänge zu sozialen Dienstleistungsangeboten
 - » Auf- und Ausbau von Infrastrukturen im Bereich der ambulanten Gesundheitsdienstleistungen einschließlich Video- und Dolmetschdienste im Rahmen der Zielsteuerung-Gesundheit
- Beispielhafte Projekte, die bereits beantragt bzw. genehmigt wurden:**
- » Ausbau von Räumlichkeiten in der Kinder- u. Jugendpsychiatrie Rankweil und Errichtung einer Tagesklinik für die Kinder- und Jugendpsychiatrie Marianum Bregenz (Vorarlberg)
 - » Neubau Werkstätte in Haag am Hausruck für Menschen mit Beeinträchtigungen (Oberösterreich)
 - » Neubauten von Wohnhäusern und Tageskliniken sowie Einrichtung von Wohngruppen für Menschen mit Beeinträchtigungen (Oberösterreich, Burgenland)
 - » Neubau eines Seniorentagesbetreuungsentrums in Werfen (Salzburg)
 - » Bau Flüchtlingshaus St. Anton (Salzburg)
 - » Ausbau Kindergarten Mauterndorf (Salzburg)
 - » Generationsverbindendes Eltern-Kind-Zentrum im „Betreuten Wohnen“ Berndorf (Salzburg)
 - » Kinderbetreuungsatlas – Plattform, die Überblick über Kinderbetreuungseinrichtungen bietet (Burgenland)
 - » Hol- und Bringdienste – Ankauf von Fahrzeugen für Transport von Menschen mit physischen Beeinträchtigungen (Burgenland)
 - » Bau eines PHC – Primary Health Care in Enns (Oberösterreich)

© Foto: iStockphoto



US-Konzerne parken 1,5 Billionen Euro in Steueroasen

1,6 Billionen Dollar, umgerechnet 1,5 Billionen Euro, schleusen die größten US-Konzerne am Fiskus vorbei in Steueroasen. Dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung Kanadas. Berechnet wurde der Betrag von der Entwicklungsorganisation Oxfam. Dabei analysierte Oxfam lediglich die 50 größten US-Konzerne, allerdings mit deren 1.751 Tochterunternehmen und Zweigniederlassungen. Der Betrag hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 200 Milliarden Dollar erhöht. Als Steueroasen definiert die Studie Offshore-Finanzzentren, die Unternehmen mit niedrigen oder gar keinen Steuern locken und durch mangelnde Kooperation beim internationalen Bemühen gegen Steuervermeidung auffallen. Dies ist, wie Oxfam betont, vollkommen legal. Die Analyse zeige jedoch, dass das Steuersystem ermögliche, dass sich Konzerne um einen fairen Beitrag zum Gemeinwohl drücken. Zudem bemühen sich Unternehmen laut der NGO zunehmend um politische Einflussnahme. Zwischen 2009 und 2015 hätten Apple, Coca-Cola, Wal-Mart und Co. insgesamt 2,5 Milliarden Dollar für Lobbying in Richtung der US-Regierung ausgegeben, den Großteil davon für Steuerfragen. Oxfam

geht davon aus, dass das Steuersystem unter US-Präsident Donald Trump noch ungerechter wird. Dieser kündigte die „umfassendste Steuerreform in der Geschichte“ an. Der Steuersatz soll von bisher 35 auf 15 Prozent gesenkt werden (in Österreich 25 Prozent). Diese und weitere Änderungen in der Progression sowie Streichungen von Absetzbeträgen würden laut ExpertInnen vor allem Unternehmen und die Oberschicht entlasten. Mehr als 25 Millionen AmerikanerInnen, vor allem aus der Unter- und Mittelschicht, wären im Gegensatz dazu von einer Steuererhöhung betroffen. Oxfam veröffentlichte außerdem eine Rangliste von 15 Staaten, die Unternehmen bei der Umgehung von Steuern helfen. Auf dieser Liste finden sich auch einige europäische Staaten. Den ersten Platz im Ranking der Steueroasen belegt Bermuda, gefolgt von den Cayman-Inseln, den Niederlanden, der Schweiz und Singapur. Dahinter folgen Irland, Luxemburg, Curacao, Hongkong, Zypern, die Bahamas, Jersey, Barbados, Mauritius und die Britischen Jungferninseln.

AVISO



5. Österreichischer Stadtregionstag
„Erfolgsmodell Stadtregion – Ein gutes Leben für die Zukunft“
 am 18. & 19. Oktober 2017 in Lienz/Osttirol
 Rahmenprogramm am 18. & 20. Oktober 2017
 Programm und Anmeldung unter www.stadtregion.at

Frauenquote in Aufsichtsräten ab 2018

Oft ist die Rede davon, dass sich Frauen an der sogenannten „gläsernen Decke“ stoßen würden. Um die Präsenz von Frauen in Chefetagen zu fördern, gilt für 150 deutsche Großunternehmen seit Jahresbeginn eine Frauenquote von 30 Prozent bei Neubesetzungen im Aufsichtsrat. Nun zieht auch Österreich nach. Die Frauenquote von 30 Prozent gilt ab 1. Jänner 2018 für börsennotierte Unternehmen sowie für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Wie auch in Deutschland wird ein Verstoß mit Nichtigkeit der Wahl sanktioniert und der Posten bleibt gänzlich unbesetzt.

Die bisherigen Versuche, die Repräsentation von Frauen in Großunternehmen zu steigern, verliefen mäßig erfolgreich. Bereits im Jahr 2011 verpflichtete sich die Bundesregierung, den Frauenanteil in Aufsichtsgremien der Unternehmen, an denen der Bund mit 50 Prozent oder mehr beteiligt ist, bis Ende 2018 auf 35 Prozent zu erhöhen. Zwar wurde dieses Ziel bereits erreicht (derzeit 38 Prozent), jedoch gilt die Quote nur für vom Staat gestellte Aufsichtsratsmitglieder. Der erhoffte positive Effekt auf private KapitalgeberInnen blieb aus. Dass hier ein großer Nachholbedarf besteht, zeigen die Zahlen des jährlichen Frauen.Management.Reports der Arbeiterkammer. Demnach beträgt der Frauenanteil in den Kontrollgremien der 200 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs derzeit 18,1 Prozent (Stand Februar 2017). In mehr als einem Viertel der Unternehmen werden sämtliche Spitzenfunktionen von Männern besetzt. Dass die Quote in dieser Ausgestaltung wirkt, zeigt ein Blick über die Grenze nach Deutschland. Bereits fünf Monate nach Einführung stieg der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der DAX-Unternehmen auf 30,2 Prozent.



Mit 1. Jänner 2018 gilt die Frauenquote von 30 % für börsennotierte Unternehmen sowie für Unternehmen mit mehr als 1.000 ArbeitnehmerInnen.

Vorstandsebene weiter in Männerhand

Von einem Durchbrechen der gläsernen Decke kann jedoch noch keine Rede sein. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaft und Forschung (DIW) verharrt der Frauenanteil in deutschen Vorständen bei etwa 10 Prozent. In Österreich beträgt der Frauenanteil in Vorständen von börsennotierten Unternehmen erschreckende 3,9 Prozent. Bedenklich ist zudem, dass der Wert gegenüber dem Jahr 2015 von 5,8 Prozent noch weiter sank.

München sagt Coffee-to-go-Bechern den Kampf an

Überfüllte Abfallkübel und leere Einwegbecher auf den Straßen prägen das Stadtbild der Landeshauptstadt. Doch das soll sich so schnell wie möglich ändern. Um die Stadt von den allseits beliebten Coffee-to-go-Bechern zu befreien, plant man in München eine Reihe von Kampagnen.

UmweltschützerInnen sind Einwegbecher schon lange ein Dorn im Auge. So werden in Deutschland jährlich knapp drei Milliarden Becher weggeworfen – das sind 7,7 Millionen Becher am Tag, 320.000 pro Stunde. Mit einer Lebenszeit von etwa 15 Minuten symbolisiert kaum ein anderes Produkt die moderne Wegwerfgesellschaft besser. Um die Bevölkerung auf die damit verbundene Problematik aufmerksam zu machen, plant die Stadt München nun eine Bewusstseinskampagne. An stark frequentierten Plätzen der Stadt werden 4 Meter hohe Kaffeebecher aufgestellt, die genau die Menge an Kaffee fassen, welche die Münchner Bevölkerung täglich aus Einwegbechern konsumiert. Die überdimensionierten Becher sollen bewusst „das schöne Münchner Stadtbild stören. Daneben plant die Stadt eine groß angelegte Radio- und Online-Kampagne, in der darauf hingewiesen werden soll, dass Coffee-to-go-Becher keinen Papiermüll, sondern durch die spezielle Wachsbeschichtung und den hohen Kunststoffanteil Restmüll darstellen. Die Becher in ihre Einzelteile zu trennen ist daher sehr aufwendig.

Zudem will die Stadt München selbst mit gutem Beispiel vorangehen und in allen stadteigenen Gebäuden die Ausgabe von Coffee-to-go-Bechern verbieten. MieterInnen von kommunalen Immobilien sollen dazu künftig per Vertrag verpflichtet werden. Aber auch private Initiativen wurden bereits auf die Problematik aufmerksam. Das im September 2016 gegründete Start-up-Unter-



nehmen „reCup“ begann sein Pilotprojekt in Rosenheim. Das Modell von „reCup“ funktioniert folgendermaßen: Die KundInnen zahlen einen Pfand in Höhe von einem Euro für den Becher und können das Gefäß bei jedem teilnehmenden Betrieb wieder einlösen. Je nach teilnehmenden Unternehmen erhalten KundInnen beim Verwenden des Mehrwegbeckers sogar einen Rabatt von 10 bis 60 Cent. In Rosenheim läuft das Modell bereits länger. Allein 60 Partner-Cafés konnte man in der 60.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt gewinnen und auch in München wächst die Anzahl der Partnerunternehmen stetig. „reCup“ plant zudem eine Ausweitung des Modells auf weitere Städte.

© Fotos: Fotolia, recup GmbH

© Foto: Shutterstock



Ausblick auf die September-ÖGZ

Die kommende Ausgabe der ÖGZ wird sich dem **Schwerpunkt „Seniorenfreundliche Stadt“** widmen. Die **Abschaffung des Pflegeregresses** wird ebenfalls Thema sein. Die Ausgabe 9/2017 erscheint am **6. September**.

Städtebund - CIVINET Workshop

„Neue Perspektiven der City Logistik – Güterverkehr in Städten neu gedacht“

TERMINAVISO

Datum: Donnerstag, 12. Oktober 2017, 10–16 Uhr
Ort: Stadt Graz, Rathaus, Gemeinderatssitzungssaal, Hauptplatz 1, 8010 Graz

Die Veranstaltung richtet sich primär an Städte und Gemeinden aus dem deutschsprachigen Raum sowie VertreterInnen der Logistikbranche. Der Workshop wird gemeinsam vom Österreichischen Städtebund, der Stadt Graz, der Firma B.I.M. sowie der Forschungsgesellschaft Mobilität organisiert.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie uns gerne:

DIⁱⁿ Stephanie Schwer, Österreichischer Städtebund, schwer@staedtebund.gv.at
Dipl.-Geogr.ⁱⁿ Julia Zientek, Forschungsgesellschaft Mobilität, zientek@fgm.at

Ausschusstermine des Österreichischen Städtebundes
Oktober bis November 2017

Oktober

2. bis 3. Oktober	Fachausschuss Stadtvermessung	Klagenfurt
4. bis 5. Oktober	Verkehrsplanungsausschuss	Dornbirn
9. bis 10. Oktober	Fachausschuss Marktangelegenheiten	Steyr
11. bis 12. Oktober	Fachausschuss Gewerberecht und Gewerbeteknik	Wiener Neustadt
12. bis 13. Oktober	Fachausschuss für Informationstechnologie	Lustenau
16. Oktober	Arbeitskreis Veranstaltungswesen	Linz
17. bis 19. Oktober	Kontrollämtertagung	Klosterneuburg
18. bis 19. Oktober	Fachausschuss Integration	Bludenz
18. bis 19. Oktober	Stadtregionstag (Exkursion am 20. 10.)	Lienz
19. bis 20. Oktober	Fachausschuss Schlachthof- und Veterinärwesen	Steyr
19. bis 20. Oktober	Landesgeschäftsführersitzung	Leibnitz
23. bis 24. Oktober	Fachausschuss Kultur	Graz
24. Oktober	Finanzkommission	Wien

November

9. bis 10. November	Netzwerk Gesunde Städte	St. Pölten
15. bis 16. November	Fachausschuss Sportangelegenheiten	Kapfenberg
16. bis 17. November	Fachausschuss Rechtsangelegenheiten	Feldkirch
20. bis 21. November	Fachausschuss Soziales, Gesundheit und Jugend	Graz

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 7-8/2017 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.ⁱⁿ Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurinnen des Österreichischen Städtebundes: Mag.^a Christina Aigner und Lisa Hammer, MA, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135, Mitarbeit: Kevin Muik • ChefIn vom Dienst: Carina G. Wiesner, Grafische Gestaltung: Stefan Wagner, Lektorat: Carina G. Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Reproduktion: Repromedia Druck-ges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2017: 10 Ausgaben • Coverfoto: Markus Wache, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung: Tel. +43(0)1/740 32-466, abo@bohmann.at, Adressänderungen: Daniela Borka, daniela.borka@bohmann.at, Tel. +43(0)1/740 32-725 • Anzeigen: Sabine Pokorny, sabine.pokorny@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-422 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

Meine Gemeinde soll sich entwickeln. Wer verschafft mir den Spielraum?

Führende Public Sector-Expertise

Fragen Sie uns, wir sind für Sie da!

Wer seine Gemeinde weiterentwickeln will, braucht einen kompetenten Partner. Nahezu jede zweite österreichische Gemeinde vertraut dabei auf die Bank Austria. Unsere innovativen Service-Tools, wie der „Praxisplaner“, erleichtern kommunale Aufgaben und helfen dabei den Handlungsspielraum heute und in Zukunft zu erhöhen. Und das nachhaltig. Denn, wenn es um die Zukunft einer ganzen Gemeinde geht, muss die Lösung vor allen Dingen eines sein: zukunftssicher.

publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of **UniCredit**

RUND
50%
ALLER GEMEINDEN
SIND KUNDEN DER
BANK AUSTRIA